

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
 halbjährlich 5,50 M., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit nächster Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Prüfungs-
 Verordnungen. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 4 Mark, für das übrige Ausland
 5 Mark pro Monat. Postabonnements-
 zahlen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern-
 zeile oder deren Raum 50 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Erreiner-
 und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (frei-
 gebuchte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlu-
 feld-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Erchelet täglich außer Montags.

Kredaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 24. Januar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der zweite Schlag.

Im Moabit's Schwurgerichtsprozess wurde Montagabend das Urteil gefällt. (Siehe den Bericht in der 1. Beilage.)

Nun hat die Reaktion den zweiten derben Schlag auf die schmutzigen Finger erhalten, mit denen sie der Arbeiterklasse an die Gurgel wollte. Die Sippschaft der Junker und Schatzmacher, die, derweil das Zentrum bereitwillig Schmiere streicht, dem deutschen Proletariat Stück um Stück seiner spärlichen Rechte nehmen möchte, und die bei diesen Plänen die verständnisvolle Beihilfe der regierenden Bürokratie findet, hat eine neue schwere Niederlage erlitten. Mit Pauken und Trompeten, mit schmetterndem Trara sind sie ausgezogen gegen „den Umsturz“, den Popanz des „sozialdemokratischen Aufstandes von Moabit“ an hoher Stange vor sich herzuführen, das Volk zu schrecken, auf daß es vor Angst sich aufs neue geduldig ins Joch beuge und ihnen zins und fronde. Mit geknickter Helmsfeder und zerbrochenem Schild, mit blutigem Kopf und zerschundenen Knochen müssen sie jetzt heimziehen. Das große Schreckbild ist zerhaft von frästigen Segnern, Papierfetzen und Lumpen, die sein Inneres barg, liegen zutage, und die gräßliche Fraße, die den Schwindel bedeckte, ist zum Spott der Kinder geworden.

Nach der Strafkammer hat das Schwurgericht gesprochen, nach den gelehrten Richtern die Laten. Und der Spruch der Laienrichter ist der zweite zerschmetternde Stoß, den die Interessenten am blutigen Moabit'schen Schwindel, an Ausnahmegefahren wider die Arbeiterklasse trifft. Von achtzehn sämtlich des schweren Aufruhrs oder Landfriedensbruchs Angeklagten sind nur vier wegen dieser schweren Delikte, nur einer wegen einfachen Aufruhrs verurteilt worden. Bei den anderen Angeklagten haben die Geschworenen nur relativ harmlose Straftaten finden können, sechs sind nur wegen Uebertretungen verurteilt worden, vier mußten ganz freigesprochen werden. Und den wegen der schweren Delikte Verurteilten sind durchweg mildernde Umstände bewilligt worden.

Damit ist der Rüge von der gefährlichen Revolution, die die Sozialdemokratie in Moabit entfesselt und insgeheim geleitet, endgültig das Genick gebrochen. Als das unbequeme Strafkammerurteil mit der für die Revolutionschwindler so sehr fatalen Begründung erging, da trösteten sich die Herren insgeheim mit der Hoffnung auf das Schwurgericht, wo die schweren Verbrecher, wo die Häufelführer vors Brett kommen würden. Sie kamen und sie entpuppten sich als ganz gewöhnliche Randalierer, Steinwerfer und dergleichen, denen selbst die Staatsanwaltschaft die mildernden Umstände nicht verfahren konnte. Und die Verhandlung endet mit einem Urteil, in dem der grobe Unfug, eine Uebertretung, die sonst vom Schöffengericht gefehlt wird, fast die Hauptrolle spielt!

In der ganzen Verhandlung aber blieb die Sozialdemokratie gänzlich aus dem Spiele. Die Staatsanwaltschaft hatte aus dem für sie und ihre Mandantin, die Polizei, so sehr betrüblichen Verlauf der Strafkammerverhandlung so viel gelernt, daß sie sich schon in der Anklageschrift hütelte, noch einen Versuch zur politisieren der Moabit'schen Vorgänge gegen die Sozialdemokratie zu machen. Das war der erste Rückzug der Anklagebehörde. Der zweite war die Zubilligung mildernder Umstände für sämtliche Angeklagte. Sie war ein Zugeständnis, das die Staatsanwaltschaft nach der Beweisaufnahme machen mußte, um nicht durch den Spruch der Geschworenen desavouiert zu werden. Damit war der generelle Verzicht auf die Verhängung der schärfsten Strafe, der Justizhausstrafe, ausgesprochen. Und trotz dieses Zugeständnisses mußte die Anklagebehörde erleben, daß bei den meisten Angeklagten die Frage nach Aufruhr oder nach Landfriedensbruch glatt verneint wurde.

Es wäre unseres Erachtens zutreffender gewesen, wenn die Geschworenen diese Frage in allen Fällen verneint hätten, da bei der Massenhaftigkeit der Ausschreitungen von Polizeibeamten in Moabit es uns schlechterdings unmöglich scheint, zu entscheiden, wo und wann die Schutzmännerschaft in berechtigter Amtsausübung handelte und wo nicht. Der Zweifel mußte den Angeklagten zugute gerechnet werden. Aber wir unterschätzen die Schwierigkeit einer solchen allgemeinen Verneinung für die Geschworenen nicht. Es waren durchweg Männer der bestehenden Klasse, meist Unternehmer und Handwerksmeister, die den Wahrspruch zu fällen hatten, Männer, auf die der Appell des Oberstaatsanwalts, die Strafe nicht dem Mob zu überlassen, eine gewisse Wirkung ausüben konnte, für die die Sicherung des Eigentums und des Rechts der Arbeitstüchtigen zumeist mehr als platonisches Interesse hat. Unsere Schwurgerichte sind ja noch weit davon entfernt, Volksgerichte zu sein, die Geschworenenbank verkörpert noch lange nicht das Volk in allen seinen Bestandteilen. Kein einziger Arbeiter war unter den Männern, die über die Arbeiter zu urteilen hatten, die auf der Anklagebank saßen, keiner, der auch beim besten Willen völlig die Gefühle hätte nachfühlen können, die sich in der Brust des Klassenbewußten Proletariats regen müssen beim Anblick von Streikbrechern, die es sich zum Gewerbe machen, ihm in den Rücken zu fallen und die unter dem Schutze der Polizei sich in frechen Herausforderungen gefallen. Keiner war unter den Geschworenen, der die tiefe Abneigung der Arbeiterklasse gegen

die Polizei hätte nachempfinden können, die sie stets auf die Seite ihrer wirtschaftlichen Gegner, stets als das Werkzeug ihrer erbittertesten politischen Feinde sieht. Und deshalb ist der Spruch der Geschworenen, trotz der teilweisen Bejahung der Frage nach schwerem Aufruhr und Landfriedensbruch, doch eine empfindliche Niederlage der Staatsanwaltschaft oder vielmehr derer, die sie vorgeführt hatten und von ihr mehr forderten, als sie leisten konnte.

Das im Vergleich zur Anklage so magere Ergebnis des großen Prozesses ist für die Reaktion eine schmerzliche Enttäuschung. Und zugleich ist es ein dicker Strich durch die Rechnungen der Dallwitz, Jedlic, Arnim usw., die sich nun mit Veitmann Hollweg in die Blamage teilen können, vor der sie auch die neuen Ordensdekorationen, die sich am 22. Januar auf die Mannesbrüste der Jagow und Steinbrecht niedergelassen haben, nicht retten. Alle Anstrengungen können jetzt nicht mehr verhindern, daß die deutschen Wähler den Schwindel des Moabit-Popanzes durchschauen und daß sie die verzweifeltsten Bemühungen der Reaktion, ihn ausrecht-zuerhalten, nach ihrem wahren Wert erkennen. Es ist ja nicht anzunehmen, daß die edle Junkerschaft und ihre Verbündeten vor dem Urteil der Laienrichter mehr Respekt zeigen werden, als vor dem Urteil der gelehrten Richter, das sie, wenn nicht direkt, so doch deutlich genug gescholten haben. Und wenn ein preussischer Polizeiminister sich nicht scheut, im Parlament Behauptungen aufzustellen, die den Feststellungen des Gerichtsurteils direkt ins Gesicht schlagen, und wenn er rücksichtslos die ehrenwertesten und einwand-freiesten Zeugen verdächtigt, weil sie ihm nicht passen und seine Polizei belasten, deren massenhafte Ausschreitungen und Amtsverbrechen er umbesehen zu denken verdrückt, so können wir uns denken, wie die süßen Reichsverbandsfödlinge und die anderen „geistigen Kämpen“ der Reaktion mit der Wahrheit umspringen werden. Aber das unsaubere Handwerk ist ihnen jetzt doch erheblich erschwert, die ungenierte Weise, wie sie gerichtliche Urteile aus der Welt zu schaffen suchen werden, wird ihren Kredit bei manchem bislang gläubigen Zuhörer schädigen. Unsere Agitation aber hat eine neue Waffe erhalten.

Der Schwurgerichtsprozess hat daher das Werk des Strafkammerprozesses vollendet, obwohl das Urteil hier wie dort nicht das Urteil ist, wie es die Arbeiterklasse gefällig hätte. Man kann von der Justiz des Klassenstaates billigerweise nicht mehr verlangen, als sie vernünftigerweise leisten kann. Die Richter, die gelehrten wie die Laienrichter, können nicht aus ihrer Haut, aus der Haut des Bourgeois heraus, sie können in Prozessen, in die der Kampf der Klassen, wenn auch nur sehr mittelbar hineinzieht — denn die Angeklagten beider Prozesse waren fast durchweg keine Klassenkämpfer und ihre Straftaten waren noch viel weniger Akte des Klassenkampfes —, die Richter unserer Zeit können in solchen Prozessen nie aus ganz unparteiischen, von keinen Vorurteilen und Abneigungen getriebenen Augen sehen. Deshalb ist die Urteilsbegründung der Lieberkammer, ist der Wahrspruch der Geschworenen, so manches darin steht, das wir ablehnen müssen, doch ein bemerkenswerter Erfolg der unermüdbaren, klugen Arbeit der Verteidigung, ein Erfolg für die Arbeiterbewegung, ein Misserfolg ihrer Feinde.

Die Geschworenen begründen ihr Urteil nicht, ihre Meinung über das Vorgehen der Polizei löst sich nur aus ihrem Spruch mittelbar ableiten. Der Vorsitzende hat indes am Schluß in der Begründung der verhängten Strafen über das Verhalten der Polizeibeamten eine Bemerkung gemacht, die zu Anfang das wiederholt, was auch im Strafkammerurteil steht, in der Angabe über die polizeilichen Exzesse aber etwas milder lautet, als das Urteil der Kammer Lieber. Indes, wenn das als eine Differenz zwischen beiden Urteilen aufgefaßt werden sollte, so hätte die Kammer Lieber die umfangreichere, gründlichere Beweisaufnahme für sich. Eine solche Differenz besteht aber nicht einmal, Landgerichtsdirektor Unger hat sich lediglich mit der Frage, in welchem Umfange die polizeilichen Ausschreitungen stattgefunden haben, in seiner Bemerkung nicht weiter beschäftigt. In seiner Rechtsbelehrung hat er das schärfste Wort gesprochen, das wohl je über polizeiliche Amtsverbrechen gefallen ist, als er im Falle Hermann einen wohlgezielten Revolvererschuss auf die polizeilichen Mörder als berechtigte Notwehr qualifizierte. In seiner Schlussklärung hat er diese Bemerkung nicht zurückgenommen noch eingeschränkt, sondern sie lediglich gegen Mißdeutungen geschützt. Der Fall Hermann ist nun aber nicht vereinzelt in den Ururdelagen von Moabit, eine Legion anderer Fälle liegt ebenso, nur daß die Folgen der polizeilichen Brutalität nicht so fürchtbar waren, wie im Falle Hermann. Damit wollen wir nicht sagen, daß wir das Rezept des Herrn Landgerichtsdirektors unbedingt empfehlen können, bei der preussischen Justiz möchten wir keinerlei Garantie dafür übernehmen, daß im konkreten Fall die Gerichte berechnete Notwehr anerkennen. Theoretisch stimmt die Sache, aber mit der Praxis dürfte es arg haben.

Noch auf alle Fälle ist das Wort des Landgerichtsdirektors zum Falle Hermann ein bemerkenswertes Eingeständnis. Wenn ein Richter anerkennt, daß ein Bürger berechtigt gewesen wäre, Polizeibeamte niederzuschlagen, weil er sich in Notwehr befunden hätte, so ist das ein vernichtendes Urteil über unser Polizeisystem, mag Herr Unger es so gemeint haben oder nicht. Und so wird es wirken, wird der ganze Schwurgerichtsprozess wirken.

Das sind wir gewiß. Und mit feister Zuberficht gehen wir darum an die Arbeit, die das Wahljahr uns beibringt. Der Moabit'sche Spuk ist verfliegen und unsere Feinde stehen vor dem Nichts — wir aber vor der Ernte!

Angst vor der Wahrheit.

Furcht und nichts anderes ist der Grund, wenn die preussische Regierung erklärt, es befänden „Bedenken“, einem Antrage des Abgeordnetenhauses stattzugeben, Furcht vor dem Bekanntwerden der abfälligen Zustände, die, was die Löhne der Arbeiter anbetrifft, in dem Betriebe der Staatseisenbahn herrschen. Am 15. Juni vorigen Jahres beschloß das Dreiklassenparlament:

„Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, im Bericht über die Ergebnisse des Betriebs der Staatseisenbahnen die statistischen Nachweise über die Löhne der Handwerker und Arbeiter dahin zu erweitern, daß aus denselben ersichtlich sind die in den Eisenbahndirektionsbezirken verbienten reinen Arbeitslöhne (mit Ausschluß der Belohnungen usw.) 1. für Kolonnenführer, 2. für eigentliche Handwerker, 3. für handwerksmäßig ausgebildete Arbeiter, 4. für Hilfsarbeiter in Werkstätten, 5. für Betriebsarbeiter, 6. für Güterbodenarbeiter und 7. für Bahnunterhaltungsarbeiter.“

Anstatt die Gelegenheit beim Schopfe zu ergreifen, ihre vielgepriesene Arbeiterfreundlichkeit auch dem ärgsten „Nörgler“ zahlenmäßig und im einzelnen vorzudemonstrieren, verschönt sie sich hinter „Bedenken“, Bedenken, von denen bei den Beratungen über die Moabitprozesse nichts zu merken war. Hier sind sie:

„Die Angemessenheit der Arbeiterlöhne läßt sich nur unter Vergleichung des wirklichen Lohnniveaus des einzelnen Arbeiters mit seiner Tätigkeit und den allgemeinen Lohnverhältnissen am Orte seiner Beschäftigung prüfen. Durchschnittslöhne für größere Bezirke lassen einen Rückschluß auf die Angemessenheit der Löhne im einzelnen nicht zu, zumal wenn die Bezirke in sich so ungleichartig sind, wie es bei einem großen Teile der Direktionsbezirke der Fall ist. Die im Betriebsberichte bislang veröffentlichte Lohnstatistik soll auch nur einen Ueberblick über die allmähliche Entwicklung der Löhne im ganzen gewähren. Derartige statistische Angaben verlieren an Zuverlässigkeit, je mehr sie in die Einzelheiten zerlegt werden. Auch die gewünschten Angaben über die Durchschnittslöhne in den Direktionsbezirken sind infolge des geringeren statistischen Zahlenmaterials größeren zufälligen Schwankungen unterworfen und daher unter Umständen geradezu irreführend. Eine andere Masseneinteilung würde den Zusammenhang mit der Vergangenheit beseitigen, die Zuverlässigkeit des statistischen Materials aber beeinträchtigen. Die Ausschaltung der den Arbeitern gewährten Belohnungen aus der Statistik würde eine erhebliche Mehrarbeit verursachen, das Ergebnis aber höchstens in der zweiten Dezimale beeinflussen.“

Wären die geltend gemachten „Bedenken“ nicht so bedauerlich gescheit, man wäre versucht, sie herzlich dumm zu nennen. Denn klarer, als es durch diese „Bedenken“ geschieht, konnte die Regierung nicht betonen, daß die Löhne der einzelnen Arbeiter das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben, daß ihr Bekanntwerden den Nimbus der Arbeiterfreundlichkeit zerstören würde, den sie nicht zuletzt sich selbst als Haupt gewoben. Aus diesem Grunde will sie auch verhindern, daß irgend jemand in die Lage kommt, zu prüfen, ob die Löhne den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen angemessen sind. Die Staatsräson erfordert es, daß die Löhne der einzelnen Staatsarbeiter Staatsgeheimnis bleiben.

Die Regierung weiß, was sie tut, wenn sie sich weigert, das sorgsam gehütete Geheimnis profanen Blicken preiszugeben. Ja, wenn die Landstube noch sozialistenrein wäre! Aber heute? Kimmernsich! Heute muß es genügen, wenn die Verdichte „einen Ueberblick über die allmähliche Entwicklung der Löhne im ganzen gewähren“. Die Entwicklung der Löhne ist in der Tat eine recht allmähliche. Dem „Bericht über die Ergebnisse des Betriebs der vereinigten preussischen und hessischen Staatseisenbahnen im Rechnungsjahre 1909“ zufolge, haben es die Hilfskräfte im unteren Bahnbesatzungs- und Bahnunterhaltungsdienst, die Schrankenwärter und Schreiberhelfer für Bahnmeister im Jahre 1909 glücklicherweise im Gesamtdurchschnitt auf 2,52 M. gebracht, zwei Reichspennige mehr als im Jahre zuvor. Die Hilfskräfte im Lokomotiv-, Maschinen- und Wagenmeisterdienst ertraffen 2,99 Mark, die Hilfschaffner und Hilfswagenwärter 2,73 M., also je zwei Pfennige mehr als im Jahre zuvor. Die (91 434) Bahnunterhaltungsarbeiter mit Einschluß der Hilfsrotenführer und der Arbeiter der Oberbau- und Baumaterialienmagazine, der Niedergewinnungsarbeiter, der Telegraphenunterhaltungsarbeiter und der Arbeiter bei den Schwellentränkungsanstalten erhielten schon vier Pfennige mehr und brachten es auf 2,75 M. für den Tag. Die höchste Steigerung des Lohnes hatten die Hilfskräfte im inneren Dienst, sowie nichttechnische Bureaugehilfen usw. zu verzeichnen, nämlich zehn Pfennig für den Tag, während die handwerksmäßig ausgebildeten Werkstättenarbeiter leer ausgingen. Im Gesamtdurchschnitt sämtlicher Klassen von „Bediensteten“ (499 070) stieg der Lohn für ein Tagewerk um fünf Pfennig auf 3,20 M. für den Tag.

Stutige Wahrheit war es, als im November vorigen Jahres in einer Staatsarbeiterversammlung in Magdeburg ein Redner ausführte: „Weniger gelbe Anöpfe, aber mehr Lohn müsse die Parole sein.“ Wo bleibt denn angefaßt solcher fast hundsfüttlich zu nennenden Verzögerung das „volle Verständnis“ der Eisenbahnverwaltung für die Lage der Angestellten, und ihr „Bemühen“, diese Lage zu „verbessern“? Ist diese unzulängliche Bezahlung der Erfolg der „dauernden Aufmerksamkeit“, die nach der Versicherung des Eisenbahnministers die Eisenbahnverwaltung der Lohnfrage schenkt? Dumme Frage! Hat nicht der Minister,

Als er von dem Vermögen, die Lage zu bessern, sprach, einschränkend zugefügt, „so weit es möglich ist“. Mehr war eben nicht möglich, trotz des Mehrüberflusses von 145 Millionen und des Minusüberschusses von 183,5 Millionen Mark. Deshalb mühten auch die mehr als zweihunderttausend Handwerker und Arbeiter im Betriebe der Staatseisenbahn mit einer „Entwicklung der Löhne“ fürlieb nehmen, die in ihrer Gesamtheit bei weitem nicht an die Erhöhung der Preiskräfte heranreicht.

Doch ein Trost ist den emsigen Staatsdienern geblieben: „Um die treuen Dienste der Arbeiter“, so heißt es in dem Bericht, „die bereits diese Jahre hindurch bei der Verwaltung beschäftigt werden, noch mehr als bisher anzuerkennen, sind mit Wirkung vom 13. März 1910 die Belohnungen unter Verbeibehaltung des für eine 20jährige Beschäftigung vorgesehenen Betrages wie folgt erhöht worden.“ Und dann wird der Segen ausgegossen: für 25-, 30-, 34- und 40jährige Beschäftigung wird jetzt je 20 M. mehr als Belohnung gezahlt, also 60, 80, 90 und 100 M.; für 45jährige anstatt 100 M. 200 M. und für 50jährige anstatt 150 M. 300 M. Weiß die Regierung wirklich nicht, daß der Sinn der Staatsarbeiter nicht auf Belohnung, sondern auf bessere Bezahlung gerichtet ist? Ferner auf Anerkennung ihrer Staatsbürgerlichen Rechte? Und daß sie nicht so sehr empört, als wenn die Verwaltung ihre Nase in Dinge hineinsteckt, die ausschließlich Privatsache der Arbeiter sind?

Nicht nur die Löhnerhältnisse lassen in den Betrieben der Staatseisenbahn zu wünschen übrig, auch die Dauer der Arbeit. 54 504 „Bedienstete“ mußten, nach Abzug der planmäßigen Dienstpauzen von mindestens 1/2 Stunde, täglich über 10—11 Stunden, 22 804 über 11—12 Stunden, 2249 über 12—13 Stunden, 389 über 13—14 Stunden und 56 über 14—15 Stunden sich abradern. Da wird es begreiflich, wenn von den 270 750 gegen Krankheit versicherten „Bediensteten“ 85 508 erkrankten.

Säße die Eisenbahnverwaltung wirklich „volles Verständnis“ für die Lage der Angestellten und würde sie dementsprechend handeln: fürwahr es stände besser um die Parias der Junkerregierung und diese würde keine Verantwortung haben, „Bedanken“ zu tragen, daß die Bediensteten der Zustände in den Musterbetrieben zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelange.

Der Bankrott der „deutschen Invasion“.

Aus London wird uns geschrieben: In den Volksschichten, die die eigentlichen Träger der auswärtigen Politik Großbritanniens sind, stehen sich zwei Schulen gegenüber: die Befürworter der Verteidigungspolitik und die Befürworter der Angriffspolitik. Die ersteren legen das größte Gewicht auf den Besitz einer unüberwindlichen Flotte, die das Land nicht allein vor einem Einfall schützt, sondern Großbritannien auch zu einem höchst begehrten Bündnispartner macht und dadurch seine Machtstellung in der Welt festigt. Sie behaupten, daß ein großes siehendes Heer nach dem Muster der kontinentalen Heere für Großbritannien ein unnützer Luxus sei; auch das gewaltigste Heer könne das Inselreich nicht vor dem Untergange schützen, sollte es einem Feinde gelingen, die englische Flotte zu vernichten; die siegreiche feindliche Flotte brauche nur vor den Toren zu warten, bis das Land ausgehungert worden sei. Diese Schule wird im großen und ganzen mit der liberalen Partei, der Vertreterin der Handels- und Exportinteressen, identifiziert. Die zweite Schule betont nicht allein die Aufrechterhaltung einer unüberwindlichen Flotte, sondern verlangt auch fürmlich nach einem großen Heere und Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Sie befürwortet die Einmischung in die Politik des europäischen Festlandes und erblickt in der großen militärischen Streitmacht ein Mittel zur Führung festländischer Kriege. Das Sprachrohr dieser Schule ist der aus dem Burenkriege bekannte General Roberts und ihre Anhänger sind in der konservativen Partei zu suchen.

Wie diese militärische Schule in den letzten Jahren das englische Volk in beständiger Aufregung gehalten hat, dürfte noch in aller Erinnerung sein. Um für ihre Ideen Propaganda zu machen, durfte sie es nicht wagen, dem Volke ihre wahren Absichten vorzulegen; denn die große Masse des englischen Volkes ist ebenso friedliebend und verspürt ebenso wenig Lust, den Nachbar anzugreifen, wie die große Mehrheit des deutschen Volkes, das ja der Feind sein soll. Man griff daher zu dem Bismarckschen Rezept und suchte dem Volk Angst einzujagen. Man sprach von dem verteidigungslosen Zustande des Landes, der großen bedrohlichen Gefahr einer Landung deutscher Truppen, von der Katastrophe, die dem Lande drohe, „sobald die verfluchten Schufte einmal die Nase ins Land gesteckt hätten“, wie sich ein alter cholerischer hoher Militär in eleganter Weise ausdrückte. Was nützen euch dann eure politischen Freiheiten? so blieb es. Was eure Sozialpolitik? Glaubt ihr, die Alterspensionen würden dann weiter ausbezahlt werden? Ein alter abgedankter Admiral, dem das schwer zu bewegende englische Volk nicht schnell genug toll wurde, rief aus: „Unsere Leute werden erst daran glauben, wenn sie die preussischen Bajonette im Bauch fühlen!“ Diese systematisch betriebene Verhetzung, die aus jedem Worte eines wahnwichtigen Aldeutschen neue Nahrung zog, übte eine tiefe Wirkung auf die Gemüter aus und trug nicht wenig dazu bei, den Argwohn zwischen den beiden großen Kulturvölkern zu vermehren, der sowieso schon von den interessierten Kreisen genügend sorgsam gepflegt wird.

Die aggressive Schule hat nun in den letzten Tagen einen wichtigen Schlag erlitten, vor dem sie zurücktaumelte. Der Mann, der ihr diesen Schlag versetzt hat, ist kein geringerer als der Erste Seelord, Sir A. R. Wilson, anerkanntester der weitauß größte Stratege, den England besitzt. Kein anderer englischer Seeoffizier kann auch nur annähernd die vieljährige Erfahrung und Fähigkeit beanspruchen, die dieser angesehenen Offizier nach dem Zeugnis aller seiner Kollegen besitzt. Sir A. R. Wilson hat einen Anhang zu einem Buche des Generals Sir Ian Hamilton, das sich gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht richtet, geschrieben, in dem er in knappen, klaren und überzeugenden Worten beweist, daß der vielbesprochene Einfall feindlicher Truppen in England praktisch undurchführbar ist, selbst wenn der Feind nur 70 000 Mann zu Lande versuchte.

Die Ausführungen des Admirals haben unter den Anhängern der militärischen Partei wie eine Bombe gewirkt. Sie haben niemand, der sich mit dem Ersten Seelord messen könnte, und können auch schwerlich zu dem Mittel greifen, einen Mann in Mißkredit zu bringen, den sie noch vor kurzem als den Ausbund aller Flottenweisheit gepriesen haben. Die Enttäuschung auf ihren Gesichtern ist denn auch deutlich wahrzunehmen. Zwar versuchen sie einige schüchterne Erwiderungen; aber man kann zwischen den Zeilen lesen, daß sie sich bewußt sind, daß man ihnen eine scharfe Replikationsmasse aus der Hand geschlagen hat. Uebrigens haben die Militäristen ja selbst nie ernstlich an die Möglichkeit einer Invasion ge-

glaubt. Welchen Einfluß das Einreifen Wilsons, der in England eine ähnliche Autorität besitzt wie früher Moltke in Deutschland, auf die Stimmung im Volke und die innere Politik haben wird, ist noch gar nicht abzusehen. Eins steht jedoch fest: den Leuten, die das Volk systematisch verhetzt haben, die bei jeder Gelegenheit das Volk mit dem bevorstehenden Einfall der Deutschen geängstigt haben, ist das Handwerk sehr schwer gemacht worden. Das Whantom des fabelhaften deutschen Soldaten, der zum Sprunge nach England ausholt, verdrängt in der Bühnenverkennung, befreit von dem Alpdruck, werden auch die der chauvinistischen Verhetzung am leichtesten zugänglichen Kreise des englischen Volkes dem deutschen Vetter freimütig und ohne Argwohn entgegenkommen.

Auch in der auswärtigen Politik kann dieser Umwälzung nicht ohne Folgen bleiben. Wie war in den letzten Jahren die Zeit für eine deutsch-englische Aussprache, ja eine herzliche Entente günstiger als heute. Die militärische Partei hat eine große Schlappe erlitten. Mit jedem Tage wird es klarer, daß die konservative Partei, die sich mit ihr identifiziert, auf Jahre hinaus hoffnungslos desorganisiert ist und keine Regierung stellen könnte, sollte die Regierungsmehrheit in diesem oder dem nächsten Jahre auseinanderfallen. Die Kreise, die hinter der liberalen englischen Regierung stehen, haben kein Interesse an einem Konflikt und sind bereit, sich mit Deutschland im nahen Osten auf dem Wege eines Vergleichs abzufinden. Wird die deutsche Regierung den moralischen Mut finden, dem Drängen der Panzerplattenpatrioten und aller derer, die in der herrschenden Atmosphäre des Mißtrauens und des Argwohns ihr Schächeln ins Trockene bringen, zu widerstehen oder werden die kommenden Reichstagswahlen erst der Regierung beweisen müssen, in welcher Richtung die wahren Interessen des deutschen Volkes zu suchen sind?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Januar 1911.

Das Abgeordnetenhaus und sein Präsident.

Die Sitzung des Abgeordnetenhauses am Montag war eine Stunde später als gewöhnlich angesetzt. Der Grund war der, daß die bürgerlichen Parteien zu der „Beleuchtung“ ihres Präsidenten durch den Genossen Hoffmann vom Freitag Stellung nehmen wollten. Sie einigten sich samt und sonders — einschließlich der fortschrittlichen Volkspartei — auf eine Erklärung, die darin gipfelt, daß die dem Präsidenten widerfahrene Beschimpfung auf das nachdrücklichste zurückgewiesen werden müsse, zumal da die sozialdemokratische Fraktion das Verhalten des Abg. Hoffmann nicht mißbilligt habe. Die Erklärung war dem Präsidenten v. Kröcher vorher mitgeteilt, und so gestattete er denn ihre Verlesung durch den Abg. Stengel. Dagegen verwies er unseren Genossen Dirck, der eine Segenerklärung abgeben wollte, damit an den Schluß der Sitzung. Die Hoffnung der bürgerlichen Parteien, unsere Fraktion werde den Abg. Hoffmann fallen lassen, erwies sich natürlich als trügerisch. Genosse Dirck erklärte vielmehr, daß seine Freunde das Verhalten des Abg. Hoffmann durchaus billigen, weil sie darin einen gebotenen Akt der Selbstverteidigung erblickten, dessen Schärfe sich aus einer in einem deutschen Parlament bisher noch nicht dagewesenen Herabwürdigung eines Abgeordneten und aus wiederholten Verletzungen der parlamentarischen Form seitens des Präsidenten gegen ihn und andere Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion erklärt. Welche Einzelfälle unser Genosse dabei im Auge hatte, wird jeder wissen, der die Vorgänge im preussischen Abgeordnetenhaus mit Aufmerksamkeit verfolgt hat. Einstweilen dürfte der Fall damit seine Erledigung gefunden haben. Wir werden abwarten, ob die Scharfmacher vielleicht wiederum die Geschäftsordnung verschlechtern.

Von den Gegenständen, die auf der Tagesordnung standen, nahm den größten Teil der Sitzung die Beratung von Anträgen ein, die bereits die Budgetkommission beschäftigt haben und die schärfere Maßnahmen zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche verlangen. Zwischen allen Parteien herrschte Uebereinstimmung darin, daß alles geschehen müsse, um die Verseuchung des heimischen Viehstandes zu verhindern. Auch Genosse Hoffmann sprach sich in diesem Sinne aus, allerdings unter ausdrücklicher Verwahrung dagegen, daß etwa Maßnahmen ergriffen werden, die nur scheinbar der Ausrottung der Seuche dienen, während sie in Wirklichkeit die Nahrungsmittel des Volkes verteuern und den Agrariern die Taschen füllen. Im übrigen wurden eine Reihe kleiner Etats meist debattelos genehmigt. Am Dienstag beginnt die Generaldebatte zum Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung.

Preussische Polizei.

Die Moabiter Prozessverhandlungen haben in den letzten Wochen verschiedens konservativen und liberalen Blätter zur Aufwerfung der Frage bestimmt: „Weshalb ist unsere Polizei so unbeliebt?“ Die reaktionären Blätter kommen natürlich durchweg zu dem Ergebnis, daß die Schuld ausschließlich beim Publikum liegt, das noch immer nicht gelernt habe, die Ordnung und den Gehorsam gegen staatliche und kommunale Gesetze als Grundpfeiler des Staatswesens zu schätzen und in dem Schutzmänner lediglich den wohlwollenden Hüter dieser heiligen Staatsordnung zu erblicken. Gegen derartiges Geschwätz zu polemisieren, lohnt sich nicht der Mühe. Etwas tiefer hat die Ursache der sogenannten polizeifeindlichen Stimmung ein Polizeisachmann erkannt, der sich in der „Rhein.-Westf. Ztg.“ folgendermaßen äußert:

Der Unteroffizier in der Polizei, der in ihr herrschende „Unteroffizierstun“ und Unteroffiziers-Geist ist es, dem wir die Feindschaft verdanken, die die Bevölkerung der Polizei entgegenbringt. Er, der „Unteroffizier“, hat die Klust geschaffen, die Polizei und Volk trennt. Zunächst ist festzustellen, daß der deutsche exekutive Polizeikörper zu etwa 95 Proz. aus ehemaligen Unteroffizieren besteht. Dies gilt auch, mit einiger Einschränkung, von den oberen Beamten (Polizei-Inspektoren und Kommissaren) der Gemeindepolizei. Bei den oberen Beamten der staatlichen Polizei sind Offiziere, Juristen und Reserveoffiziere häufiger vertreten. Der Unteroffizier ist nun durch seine Egerzierfähigkeit — das ihm obliegende „Dressgeschäft“ — fast in allen Volkskreisen wenig beliebt. Offiziere und Mannschaften sind jedenfalls weit volkstümlicher. Der Dienst im Heere ist hart, rau, befehlshaberisch. Der Träger dieses Tons aber ist vorzugsweise der Unteroffizier. Nach genau bez-

zeichneten Richtlinien hat er zu handeln gelernt. Strenge, energisch, blind gehorchend und von seinen Untergebenen blinden Gehorsam verlangend, die gegebenen Vorschriften buchstäblich befolgend, — dahin mußte er sich entwickeln, um als tüchtiger Unteroffizier dazuzutreten.

Als solcher verläßt er nun die Truppe, um Polizeibeamter zu werden. Alles, was man im Heere bei ihm lobte, gilt hier als verpönt. Er muß sich wandeln. Das gelingt aber wenigen, da es an einer längeren polizeilichen Schulung fehlt und man auch meistens zu alt ist. Der Unteroffizier wurzelt auch als Polizeibeamter im Heere, er liebt militärische Uniform, Waffen und Gewehr, besitzt auch das über Gebühr entwickelte militärische Ehrgefühl. Er fühlt sich als Herr, und regt damit den Widerspruchsgedanken der Massen. Die Schwierigkeiten des Polizeidienstes sind dem Unteroffizier in der Armee bekannt. Wenn er dennoch zur Polizei geht, so gehorcht er vielfach nur der Not. Man ist im Frontdienst aufgegangen, der die Zeit zu einer Fortbildung nicht immer finden ließ. Vielleicht man auch zu sorglos, um sich Bureaukenntnissen zu widmen. Auf einmal war der Zeitpunkt des Ausscheidens da. Man mußte gehen! Aber wohin? Steuer, Post, Eisenbahn, Verwaltung stellen hohe Anforderungen. Diese Behörden wehren sich gegen die Militäranwärter. Unterkommen will man aber, so geht man schließlich zur Polizei...

Es muß also festgestellt werden, daß von den zahlreichen Unteroffizieren, die alljährlich die Armees verlassen, der größte und bessere Teil zur Verwaltung, Post, Steuer, Eisenbahn usw. geht, die zweite Qualität als Sergeanten und Schulleute zur Polizei gelangt. Die Bedeutung der Polizei für das Staatswohl ist aber sehr groß und steigert sich täglich. Die Polizei ist der gewaltige Regulator unseres gesamten, vielverzweigten, öffentlichen Lebens. Jedes Jahr weist ihr 40 neue Befehle zur Durchführung zu — eine Tätigkeit, die umfassende Bildung, Takt und Kenntnis des Volksempfindens verlangt. Diese Tätigkeit auszuüben, ist der ehemalige Unteroffizier mit seinem militärischen Geiste und Tone, seiner lüdenhaften Bildung und seiner vielfach mangelhaften Veranlagung außerstande, selbst wenn die besten Elemente, und nicht — die zweite Qualität zur Polizei gelangten.

Der Polizeisachmann der „Rhein.-Westf. Ztg.“ hat nicht so unrecht; aber der Unteroffizierstun, die lüdenhafte Bildung — in vielen Fällen kann man von dritter Qualität sprechen — erklären nicht allein den Haß der Bevölkerung gegen die Polizei. Hinzu kommt, daß das reaktionäre preussische Regiment in der Polizei das „gottgegebenen“ Instrument erblickt, jedes Streben der ärmeren Volksschichten nach größeren politischen Rechten und nach Verbesserung ihrer Lebenslage gewaltig niederzuhalten und daß tatsächlich vielfach die Polizei zu einem gefügigen, blinden und brutalen Werkzeug dieses Mißwillens der herrschenden Klasse geworden ist.

Ein Ordensregen

Hat sich jetzt auch über diejenigen ergossen, die nur mittelbar an dem glorreichen Feldzuge in Rußland beteiligt waren. Als direkt beteiligt kommt nur der Berliner Polizeipräsident v. Jagow in Betracht. Nach der Ordensdekoration der Schulleute und Leutnants konnte ja auch seinem Verdienste der Lohn nicht vorenthalten werden. Ob freilich der ihm verliehene Orden hinreicht, die bösen Rosenblätter auszugleichen, die ihm die beiden Moabiter Prozesse verhasst haben, dürfte sehr fraglich sein. Auch Herr Steindrecht, der Urheber der klassischen Auftragschrift, hat seinen Orden bekommen. Nach den argen Mäffeln, die dem unglückseligen Strategen wegen seines ja freilich hervorragenden „In- und Mißgeschickes“ von der Scharfmacherpresse zuteil geworden sind, war dieser Trost in der Tat auch sehr bonniten. Auch Octavio v. Zedlitz hat seinen Orden weg, der ihm nicht minder zu gönnen ist, als den Steindrecht und Jagow. Hat sein staatsbehaltender Eifer, der ihn bei der Staatsdebatte des Abgeordnetenhauses bis zur moralischen Selbstpreisgabe trieb und der ihm eine so fassige Abfuhr eintrug, doch ein Sämerzspäthchen verdient. — Auch Herr Dr. Friedberg, dessen gequälter Mannesbrust sich bei der Staatsdebatte so jedsüchtige Sammlungsrufe entronnen, kann diese Heldendrust jetzt mit dem Kronenorden schmücken. Auch Herr Peter Spahn, der Präsident der regierenden Mehrheit ist nicht ohne Anspöckelnde dazugekommen, ebensowenig wie der bewährte „freisinnige“ Scharfmacher Mugdan.

Epäglich nur sind bei dem Ordensregen die „Vertreter von Handel und Industrie“ bedacht worden. Ihre staatsbehaltende Gesinnung ist wohl nicht über allen Verdacht erhaben.

Die nationalliberale Stichwahlparole.

Verwandte Seelen finden sich zu Wasser und zu Land. Je näher die Reichstagswahlen heranrücken, desto näher rücken die Nationalliberalen und Konservativen zusammen. Mit Sicherheit ist deshalb darauf zu rechnen, daß so ziemlich überall, wo ein Konservativer mit einem Sozialdemokraten oder einem linksliberalen demokratischer Färbung in die Stichwahl kommen wird, die nationalliberalen Parteileiter die Stichwahlparole ausgeben werden: „Stimmt für den Konservativen!“ Die „Magdeb. Zeitung“ kündigt, voreilig, wie sie ist, bereits in einem „zur Klärung“ überschriebenen Leitartikel an, daß es die hohe Pflicht des echten deutschen Liberalismus ist, überall, wo Konservative und Sozialdemokraten in der Stichwahl stehen, den konservativen Kandidaten herauszuhauen. Das Blatt schreibt:

Theoretisch wäre die gesunde Kampfordnung für die liberalen Wähler mit drei Fronten: gegen die Sozialdemokratie, gegen das Zentrum, gegen die Konservativen. In wenigen Wahlkreisen — wenn überhaupt — wird sich aber die schöne Theorie in die Praxis umsetzen lassen. Leider ist fast nirgends die liberale Wählerschaft so stark, um aus eigener Macht mit allen drei Gegnern abzurechnen zu können. Und so wird sie auf die Stichwahl angewiesen sein und dort aktiv oder passiv die Wahl entscheiden helfen. Hierbei kommt nun die Gewissenfrage: Wer ist von meinen drei Gegnern der mir trotz allem am nächsten stehende?

Die bisher bekannt gewordenen — sei es, beabsichtigten, sei es, schon geschlossenen Stichwahlabkommen — zeugen von einer unbegreiflichen Kurzsichtigkeit. Mag vorgekommen sein, was will — der bürgerliche Kandidat, also der Konservative, steht näher dem Liberalismus, wie Ultramontaner und Sozialdemokrat und muß in der Stichwahl gewählt werden.

Ohne Zweifel wird das bei dem gegenwärtigen Schulbonto der Konservativen auch recht gemüht Liberalen nicht leicht fallen, aber reines Vergnügen hat eine politische Wahl noch nie bereitet. Die Wahl ist auch nicht zum Vergnügen da, sondern eine ernste Handlung einschneidendster und weittragendster Bedeutung.

Welche Partei das tut (einen Sozialdemokraten unterstützt), vergißtet die noch gefunden politischen Wege griffe unseres Volkes vollends. In dem kommenden Wahlkampf wird nicht siegen, wer die meisten Mandate erzieht, sondern wer vor den Augen des Volkes besteht als in sich ge-

festigte Partei. Nicht abhängig von blinder Leidenschaft, nicht bühnend um die Gunst der Masse, nicht die Zeitumstände in strapellosem Egoismus auszunutzen, nicht schamlos um ein paar Mandate.

Wie die Nationalliberalen stimmen sollen, wenn ein Sozialdemokrat mit einem Ultramontanen in die Stichwahl kommt, vermag die „Magdeburger“ nicht. Bald wird sie jedoch entscheiden haben, daß auch in diesem Falle die vaterländische Pflicht die Unterstüßung des Gegners der Noten gebietet.

Der Zweck des Kampfes gegen die freie Jugendbewegung.

In der „Deutschen Tageszeitung“ besagt ein Adept der Verteilungsschule, daß zwischen der Schule und der Kaserne eine Zeit liege, in der die heranwachsende Jugend „der Jügel ledig“ sei. Er meint:

„Kein Volk Europas, kein Kulturvolk der Welt tut so wenig für die Heranwachsenden wie das deutsche. Wir, die Erfinder der allgemeinen Wehrpflicht, wir, die strengsten Durchführer der allgemeinen Schulpflicht, scharfen und den Ruchd darum, was die Objekte unserer nationalen Erziehungskunst zwischen der Schule und dem Heere treiben. Wenn Kommissar lassen wir sie hart an, beugen sie unter feste Soldatenzucht, lassen ihnen, der Disziplin wegen, nur einen kleinen Teil (2) des eigenen Willens. Vorher aber gönnen wir ihnen bedingungslos jede Freiheit. Dem Zwanzigjährigen ist verboten, was der fünfzehnjährige sich lachend gehalten darf. Dies nennen wir Folgerichtigkeit, und wir rühmen sie vor Fremden gern. Derselbe Fremde weiß indes, daß junge Burken, die schon einmal aller Jügel ledig gewesen sind, nur knirschend wieder Gehorsam üben. Daß ein Unreifer, dem bereits alle Laster der Erwachsenen offenbart und gestattet worden sind, nie mehr in einen halb aufrechten Jüngling zurückverwandelt werden kann. Wie soll das Heer gut machen, was Aeneas, Lanzknecht, Straßengänger verbrochen haben? Wenn sich die Klagen über schlechtes Material, das besonders aus den Großstädten zum Militär kommt, bedrohlich häufen, wen darf Wunder nehmen?“

Der ist wenigstens offen: Er verlangt Gehorsam, nicht den „Anfänger“, sondern den des Selbigen. Alles Erleinen der „Jugendfreunde“ über den „entsittlichenden“ Einfluß der freien Jugendbewegung ist verlogene und widerliche Heuchelei — man will unbedingte Zucht und Gehorsam, tiefste Devotion vor den „Erdstern und Vesien“.

Politik der Madelstiche.

Auf eine Beschwerde des polnischen Komitees für Volksvertretung in Polen hat das preussische Oberverwaltungsgericht als höchste Instanz vor einigen Tagen entschieden, daß unter den § 12 des Reichsverfassungsgesetzes nur die öffentlichen Versammlungen fallen, die unmittelbar bezwecken, auf politische Angelegenheiten Einfluß auszuüben. Dagegen ist es erlaubt, öffentliche Versammlungen in polnischer Sprache zu veranstalten, die Bildungszwecke verfolgen. Seit dieser Entscheidung finden in Polen Versammlungen zu Bildungszwecken ungehindert statt.

Was in Polen gilt, braucht natürlich in Oberschlesien nicht beachtet zu werden! Als vor einigen Tagen in Katowitz ein öffentlicher Bildungsvertrag in polnischer Sprache angekündigt war, löste ein Polizeikommissar gleich nach Eröffnung die Versammlung wegen des Gebrauchs der polnischen Sprache auf. Der Vorsitzende des Katowitzer Komitees für polnische Volksvertretung, der polnische Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Dr. Szepa, ließ der Katowitzer Polizei vor der betreffenden Versammlung die Abschrift des Urteils des Oberverwaltungsgerichts zu geben; die Polizei setzte sich aber trotzdem auf Grund eines Mandats des Regierungspräsidenten in Oppeln über jene Entscheidung hinweg.

Herr v. Jagow und der Bund der Festbesoldeten.

Dem Vorstand des „Bundes der Festbesoldeten“ ist beim Polizeipräsidenten v. Jagow angefragt worden, ob es den Tatsachen entspreche, daß er den ihm unterstellten Beamten den Beitritt zum Bund untersagt habe. Herr v. Jagow antwortete, daß er den Beitritt nicht untersagt, sondern nur als „zur Zeit nicht empfehlenswert“ bezeichnet habe. Das Schreiben des Polizeipräsidenten schließt:

„Die in dem dortigen Schreiben enthaltenen Vorwürfe, daß ich durch diese Maßregel meine Beamten „politisch entrechtet“ und „logischverwirrt“ genötigt habe, „politisch die Sozialdemokratie zu unterstützen“, weise ich als unbegründet und ungehörig sowie als eine Verleumdung aller dem Bunde nicht angehörenden Beamten hiermit auf das Entschiedenste zurück.“

Diese Entkräftung ändert nichts an dem Faktum, daß der Polizeipräsident seinen Beamten den Beitritt zu einer Organisation verbietet, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Interessen der Beamten zu vertreten.

Die „anständige“ konservative Presse.

Herr Oberst a. D. Gädle schreibt uns: „In Ihrer Nummer vom 21. Januar besprechen Sie in Ihrem Leitartikel den Anschlag auf die anständige Presse“. Sie erwähnen dort, daß die „Deutsche Tageszeitung“ mit „pharisaischem Augenaußschlag“ darauf verweise, daß die gegen sie angestrebte Verleumdungsklagen jedesmal im Sande verlaufen seien.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat in der Tat ein außerordentlich kurzes Gedächtnis. Ich habe sie vor knapp zwei Jahren wegen Verleumdung verklagt, weil sie mich einen „Lobpreis des Admirationssoldaten“ genannt hatte. Sie wurde in der ersten Instanz zu 600 M. Geldstrafe verurteilt und mußte sich in der zweiten Instanz bequemen, ihre Verleumdung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen und die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Auch jetzt bin ich wieder dabei, zwei konservative Zeitungen durch den Richter zu größerem Anstande erziehen zu lassen.

In der Presse keiner anderen Partei wird mit so nichtswürdigen Mitteln persönlicher Beschimpfung und Verleumdung gearbeitet wie in der sogenannten staatsbehaltenden Presse. Ich erfahre das fast täglich am eigenen Leibe.“

Stenerdrückbergerei mit behördlicher Hilfe?

Eine befremdliche Behauptung stellte in einem in Augsburg gehaltenen Vortrage der Syndikus des Bayerischen Industriellenverbandes Dr. Kulo auf, indem er sagte, im Finanzministerium zeige man selbst den Leuten den Weg, wie sie um eine höhere Besteuerung herumkommen. Das sei gewiß nicht im Geiste des Gesetzes gelegen.

Das bayerische Finanzministerium wird nicht umhin können, sich hierzu zu äußern. Wie der „Bayer. Kurier“ schreibt, gehen in München tatsächlich solche Mitteilungen um. Besonders werden die Rückversicherungs-Gesellschaft und Kathreinners Reichs-Kaffee-Gesellschaft als solche genannt, die durch Steuerkonsessionen des Finanzministeriums bewogen worden seien, in Bayern zu bleiben. Es wird sogar behauptet, daß beide unter den neuen bayerischen Steuergeetzen weniger zahlen als bisher.

Zum Studentenstreik in Hannover.

Da die Reize des Direktors der Tierärztlichen Hochschule, des Geheimrats Damman, nach Berlin zum Minister für Landwirtschaft in Baden des Studentenstreiks ohne Erfolg geblieben ist, beschlossen die Studenten heute vormittag, ihrerseits eine Deputation an den

Minister für Landwirtschaft zu senden, um die Erfüllung ihrer Wünsche zu erreichen. Auch sollen die hannoverschen Landtagsabgeordneten ersucht werden, für die streikenden Studenten einzutreten. Eine weitere Deputation soll sich zum Stadtdirektor Tramm begeben, um diesen zur Intervention zu veranlassen. Je nach Erfolg dieser Schritte wird die Studentenschaft in den nächsten Tagen beschließen, ob sie im Streit beharren oder den Besuch der Vorlesungen wieder aufnehmen soll.

Dr. v. Jagzewski.

Abg. Dr. v. Jagzewski (Pole) ist heute vormittag 10 1/2 Uhr im Abgeordnetenhaus plötzlich an Herzschlag gestorben.

Nur vor dem angelegten Termin zu einer Fraktions-sitzung, etwa 10 Minuten nach 10 Uhr, als erst drei Mitglieder der polnischen Fraktion sich im Sitzungssaal eingefunden hatten, erkrankte er plötzlich unter Symptomen von Schlaganfall. Das Mitglied der polnischen Fraktion, Sparter Kopiga, erteilte dem Sterbenden die Absolution, der unmittelbar darauf verschied.

Ein Gewaltakt.

Die Mandate der sechs in Hahnau in Schlesien gewählten sozialdemokratischen Stadtverordneten wurden vom Bezirksausschuß für ungültig erklärt; von den Gegnern, die gegen die Wahl Protest erhoben hatten, waren große Verstöße begangen worden.

Eine Innungsgröße.

Geradezu Unglaubliches enthält eine Verhandlung vor der Strafkammer in Glogau. Angeklagt war der Obermeister der Fleischerinnung zu Kewitz a. D. Medjed wegen Nahrungsmittelfälschung. Er betreibt die Fleischerrei seit 29 Jahren ausschließlich mit Wehrlingen. Ein von ihm schwer mißhandelter Wehrling erstattete Anzeige, daß sein Meister verdorbene Würst verkaufe und verdorbenes Fleisch zu Würst verarbeite.

Bei einer polizeilichen Revision wurden unter dem Ladentisch vollständig mit Waden durchsetzte Lungenbraten und viele hundert verdorbene Würst gefunden. — Troßdem der Angeklagte in der Verhandlung durch die Zeugen schwer belastet wurde, leugnete er alles. Es half aber nichts. Er wurde wegen Nahrungsmittelfälschung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Monaco.

Verfassungsfragen.

Monaco, 23. Januar. Eine von etwa 400 Wählern besuchte Versammlung sprach sich gestern gegen den vom Fürsten genehmigten Verfassungsentwurf aus. Insbesondere wurde gegen die Teilung des Fürstentums in drei Gemeinden und gegen die Errichtung eines Nationalrates ohne wirkliche Regierungsgewalt protestiert.

Hegypten.

Die Unterdrückung der Pressefreiheit.

Kairo, 23. Januar. Der Vorsitzende der ägyptischen Nationalpartei, Mohammed Ferid, wurde wegen Veröffentlichung des Wortwortes zu einem aufrührerischen Gedicht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

China.

Uraußen.

Hankow, 22. Januar. Die englische Polizei ließ einen Kuli, den sie todkrank auffand, nach der Polizeistation bringen; der Kuli starb unterwegs. Die Chinesen behaupten nun, die Polizei hätte den Kuli getötet, und es brachen infolge davon Unruhen aus. Von dem englischen Kanonenboot „Abisile“ und dem deutschen Kanonenboot „Jaguar“ wurden freiwillige aufgerufen und Detachements gelandet, die von der Menge mit Steinen beworfen wurden. In dem nun folgenden Kampf wurden acht Chinesen getötet. Der Vizkönig entsandte darauf chinesische Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung. Die Lage, die zuerst ernst war, wurde bald wieder ruhiger.

Die Verfassungsbewegung.

Peking, 20. Januar. Die Session der beratenden Versammlung ist durch ein Etilt um zehn Tage verlängert worden, um die Prüfung der Gesetze zu ermöglichen. Die beratende Versammlung hat eine sehr große Rolle gespielt und man sieht mit Spannung der Zeit entgegen, wo sie nicht mehr das Sprachrohr der Nation sein wird. Nach dem Schlusse der Session werden die einzelnen Agitationskomitees wieder an Bedeutung gewinnen, und sie werden den Kampf um die Annahme der vierten Witzschrift, die eine sofortige Einberufung des Parlamentes will, wieder aufnehmen.

Amerika.

Die Befestigung des Panamakanals.

New York, 22. Januar. In einer Ansprache an die Vertreter der Panamakanalgesellschaft in New York erklärte Taft, die Abänderung des Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten und England über den Panamakanal habe zum Zweck, das Recht zur Befestigung des Panamakanals wieder zu erlangen. Der Vertrag mit Panama enthalte ausdrücklich die Anerkennung dieses Rechtes. Keine einzige Nation, einschließlich Englands, habe bei den Vereinigten Staaten ein Unvermögen angenommen, den Kanal zu befestigen. Taft verhielt sich sodann den Vorschlag, den Kanal durch ein internationales Abkommen zu neutralisieren, und fragte: Nachdem wir 500 Millionen Dollar zur Verbesserung der nationalen Verteidigung ausgegeben haben, sollen wir auf den halben militärischen Wert des Kanals verzichten, indem wir den Vorteil davon einer Nation zulassen, die uns zu vernichten sucht? Taft erklärte dann weiter: Gerade durch die Bedingungen des Vertrages mit England sind wir verpflichtet, den Kanal in gutem Zustande zu erhalten, als einen Durchgangsweg für alle kriegsführenden Parteien, solange wir nicht selbst in den Streit mit hineingezogen werden. Er gebe niemand in der Friedensliebe nach und schlage vor, wenn er die Zustimmung der betreffenden anderen Staaten erlangt habe, dem Senat Schiedsgerichtsverträge zu unterbreiten, die in ihren Bestimmungen weiter als alle bisher ratifizierten und weiter als alle jetzt zwischen irgendwelchen Nationen bestehenden Verträge gingen. Aber er könne sich nicht vor der Möglichkeit eines Krieges verschließen. Man habe die Welt noch nicht erreicht, wo man auf Beilegung aller internationalen Streitigkeiten durch Schiedspruch rechnen könne.

Mexiko.

Eine Niederlage der Regierungstruppen.

New York, 23. Januar. Aus Presidio in Texas wird gemeldet, daß etwa hundert Mann mexikanischer Regierungstruppen in einem zweitägigen Kampf mit den Revolutionären bei Ojibinaga gefallen seien.

Aus der Partei.

Ein sozialdemokratischer Ortsklub

wurde in Albrechts bei Suhl gewählt. Zwei Kandidaten erhielten 5 fünf Stimmen; das Los entschied für den Genossen Endte.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein verständiges Urteil.

Vor dem Hamburger Schöffengericht hatte sich am Sonntagabend der verantwortliche Redakteur des „Hamburger Echo“, Genosse Köpfe, wegen Verleumdung eines dortigen Bäckermeisters zu verantworten. Vor einiger Zeit hatte unser Hamburger Parteiblatt einer Zuschrift Raum gegeben, wonach dem weiblichen Personal des angeblich Verleumdigen Schlafsaum angewiesen waren, die menschenunwürdige seien. Außerdem wurde in der Nacht die Aufsichtsbefehle auf die ungeschliche, von 5 1/2 Uhr morgens bis 11 Uhr abends dauernde Arbeitszeit hingewiesen. Troßdem der Bäckermeister erst am Tage vor der Verhandlung gegen Genossen Köpfe wegen Uebertretung der Gewerbeordnung angeklagt und auch verurteilt worden war, ließ er sich trotz der eindringlichen Vorstellungen des Vorsitzenden, Amtsrichters Carlsson, zu einem Vergleich nicht herbei. Aber es kam anders, wie der Kläger erwartete. Nach eingehender Verhandlung erkannte das Gericht auf Freisprechung des Beklagten und legte dem Privatkläger sämtliche Kosten, einschließlich der dem Beklagten erwachsenen persönlichen Auslagen, auf. Schon aus subjektiven Gründen müsse der Angeschuldigte freigesprochen werden, da er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. In gutem Glauben habe er in sachlicher Weise nur das mitgeteilt, was ihm von Zeugen, deren Glaubwürdigkeit außer Zweifel stehe, mitgeteilt worden sei. Pflicht der Presse sei es, auf Mißstände hinzuweisen, um die Behörden zum Einschreiten zu veranlassen. Schon aus diesen Gründen müsse dahingestellt bleiben, ob die Mißstände, wie geschildert, vorhanden waren.

Wenn in ähnlich verständiger Weise auch andere Gerichte die Pflicht und Bedeutung der Presse erkennen würden, manches unglaubliche Urteil gegen Preßfänger dürfte eine Korrektur erfahren.

Der beleidigte Bürgermeister.

Von der Düsseldorf Strafkammer wurde Genosse Peter Verten von der Düsseldorf „Volkszeitung“ wegen Verleumdung des Bürgermeisters Hahn in Erkelenz zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt; von der Anklage, auch den Erkelenzer Polizeiwachmeister beleidigt zu haben, wurde Verten freigesprochen. Die „Volkszeitung“ hatte in drei Artikeln Erkelenzer kommunale Verfassungsverhältnisse kritisiert. Wegen zwei dieser Artikel soll später verhandelt werden.

Eine hochnotpeinliche Aktion.

Am Sonntagabend wurde im Auftrage der Staatsanwaltschaft durch den Polizeirat Raeder-Beuthen D.-S. in der Redaktion der „Gazeta Robotnica“ in Katowitz eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Es wurde nach Manuskripten des Genossen Genossen Wojciechowski vermutet man den Verfasser des Artikels, Wojciechowski, dort und gefahndet. Durch einen im Oktober 1910 veröffentlichten Artikel sieht sich die Essener Zeitung beleidigt; in dem es wurden lediglich einige Briefe von ihm beschlagnahmt, die keine Verbindung mit dem Artikel haben.

Aus der Frauenbewegung.

Leutonisches.

In einer tief sinnigen Betrachtung über Mädchenerziehung und Rassenhygiene schreibt das Organ des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes:

„Die scharf gespaltene Frage, das frühzeitige Wecken so vieler Studentinnen lehnen, wie schädlich angestrengte Hinarbeit für den weiblichen Körper ist. Eigentlich sollten — Honny soit qui mal y pense! — die jungen Mädchen wie die jungen Mütter und Stuten geweidet werden. Wenn dabei nur ihr Gemüt, ihr Charakter und ihr praktischer Sinn gepflegt und entwickelt werden, könnten sie allen gelehrten Stunden sehr wohl entbehren.“

Die Deutschnationalen lassen es sich hoffentlich auch angelegen sein, durch Organisation von Triolen unter geschickter Weisheit für genügende Verwendung der Stuten zu sorgen.

Kampf gegen die Rechtslosigkeit.

Die sozialistische Frauenbewegung unterscheidet sich von der bürgerlichen allein schon dadurch, daß sie kein „Ding für sich“ ist, sondern nur ein Glied der großen internationalen Arbeiterbewegung. Die Bewegung zur Gleichberechtigung der Frau darrt in der Sozialdemokratie erst seit Webel, schrieb kürzlich eine Frauenzeitschrift. Sie wolle damit — anders kann die Anekdote ja nicht verstanden werden — jedenfalls sagen, die Sozialdemokratie habe sich zuerst auch nicht um die Frauen gekümmert und Webel mußte erst kommen, um eine solche Bewegung aus dem Boden zu stampfen. Nach dieser Logik hätten wir heute keine sozialistische Frauenbewegung, wenn — Webel nicht lebte. Was Webel für das weibliche Geschlecht getan hat, brauchen wir nicht besonders hervorzuheben. Der obige Vorwurf haut aber schon aus dem Grunde daneben, weil unser alter Kämpfer Webel das Fundament der aufkommenden Sozialdemokratie mit legen half. Wer jedoch die Schriften von Marx, Engels und Liebknecht liest, wird ohne weiteres feststellen können, daß unsere Altmeister der Frauenfrage mehr Bedeutung und Wert zugewiesen haben als die ganzen bürgerlichen Nonbchalpolitiker von heute. Der Sozialismus hat von Anfang an den Kampf um die volle Gleichberechtigung auf allen Gebieten für das gesamte weibliche Geschlecht ebenso konsequent wie energisch durchgeführt. Ist es doch einer unserer wichtigsten Programmpunkte, für alles, was „Menschenantzig trägt“, einzutreten. Weiter heißt es im Erfurter Programm: „Abfassung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung dem Manne gegenüber benachteiligen.“

In unserer Partei ist dieser Standpunkt auch in die Praxis umgesetzt. Blickt man hingegen in das Lager der bürgerlichen Parteien, so findet man nicht eine, die der Frau die Gleichberechtigung zuerkennt. Mit den lächerlichsten, abgehacktesten Märgeln, mit den fadesten Ausreden drückt man sich um die Anerkennung einer selbstverständlichen Forderung herum. Die ganze Art, wie die Herren der Schöpfung aus dem bürgerlichen Lager über diese Frage denken, wird in einem alten Herrn verkörpert, der sich in bürgerlichen Frauenvereinigungen gewöhnlich zur Diskussion meldet und regelmäßig sein Sprichlein mit den Worten beginnt: „Erlaubt mir die Frauen auch die Hände auf die Schulter nehmen — — —“

Man kann die „fortschrittlichen“ Führer an den Fingern einer Hand abzählen, die geneigt sind, „gegebenenfalls“ für das Frauenstimmrecht einzutreten. Troßdem überleben sich die guten Damen in rührender Aufopferung für ihre unerbilligen Rechtsbeweiser, leisten jegliche Arbeit, sammeln Gelder und schleppen bei den Wahlen für sie. Wären die bürgerlichen Frauen in ihrer Haltung nicht so jämmerlich schlapp, sie könnten ihren Herren Führern schon die Zähne weisen. Weiter aber, als bis zu einer gelegentlichen fürchterlichen Drohung, bei längerer Verweigerung ihrer Rechte zur Sozialdemokratie abzuschwenken, reicht ihr Kämpfermut nicht. Das Wahlrecht wird nicht mit Weinen und Drohungen erobert; hinter dem Wort muß die Tat stehen!

Sesabend.

Niederschönweide. Dienstag, den 24. Januar, beim Genossen Bengsch, Brügel Str. 17.
Königs-Waherhausen. Mittwoch, den 25. Januar, bei Witwe Wedhorn (Altes Schützenhaus). Vortrag: „Bürgerliche und politische Rechte der Frauen“.

An die organisierten Bauarbeiter von Groß-Berlin!

Für die in der Berliner Landschaftsgärtnerei tätigen Gärtner und Gartenarbeiter bildet der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein die zuständige gewerkschaftliche Organisation. Diese Gärtner und Gartenarbeiter kommen nun vielfach mit Bauarbeitern zusammen, da die Landschaftsgärtnerei einen Teil des Baugewerbes bildet. Weisen sich nun die Gärtner und Gartenarbeiter als Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins aus, so wird oft von den Bauarbeitern angenommen, es handle sich um die Mitgliedschaft in einer blauen Organisation. Wir wollen darum hier betonen, daß der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein freigewerkschaftlich ist, d. h. der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen ist. Die in Groß-Berlin arbeitenden Mitglieder führen als gewerkschaftlichen Ausweis eine Kontrollkarte, die innen rot und außen schwarz ist und in der für jeden Monat eine „Bezahlmarke“ geklebt wird. Die Bauarbeiter wollen durch Forderung der Kontrollkarte die Organisation unterstützen.

Aufmerksam machen wollen wir noch auf den „Deutschen Gärtnerverband“. Diese Organisation ist „national“ und den christlichen Gewerkschaften angeschlossen. Da sie mitgeteilt wird, daß sich Mitglieder des Deutschen Gärtnerverbandes als freigewerkschaftliche Arbeiter ausgewiesen haben, wollen die organisierten Bauarbeiter diese Unterschiede beachten.

Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein (Ortsverwaltung Groß-Berlin).

Berlin und Umgegend.

Die Jungbierspender der Brauerei Luisenstadt, Inh. E. Weber, Petersburger Str. 3, befinden sich seit Montag, den 23. d. M., im Streik. Die Ursache dieses Streiks ist folgende: Der Verein der Weiß- und Braubierbrauereien hat mit dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin, einen Tarif abgeschlossen, welchen Herr Weber als Mitglied dieses Vereins auch anerkannt hat. Da nun in obengenanntem Betriebe zwei Fahrer zu anderen Bedingungen, wie im Tarif vorgesehen, beschäftigt wurden, stellten sie den Antrag, ebenfalls zu den im Tarif vereinbarten Bedingungen zu fahren. Es fanden zu diesem Zweck im Oktober 1910 zwei Sitzungen mit dem Einigungsamt des Vereins der Weiß- und Braubierbrauereien statt, in welchen Herr Weber sich bereit erklärte, die in Frage kommenden zum 10. Januar resp. 1. Februar 1911 zu den tariflichen Bedingungen fahren zu lassen. Diesen Vorschläge stimmten die Fahrer zu. Als nun der 10. Januar heranlang, erklärte Herr Weber, daß er seine Zugeländnisse zurückziehe und den betreffenden Fahrer überhaupt nicht mehr beschäftigen. Aus diesem Grunde sollen die übrigen Fahrer sich veranlassen, ebenfalls die Arbeit niederzulegen.

Wir bitten die organisierten Kollegen, hiervon Notiz nehmen zu wollen. Die Bezirksleitung des Deutschen Transportarbeiterverbandes.

Deutsches Reich.

Ein glänzender Reinsfall der „nationalen“ Arbeiter.

Wegen der Vorgänge auf der Torpedowerft in Wilhelmshaven, in letzter Linie, weil in einer von der Werk einberufenen öffentlichen Werftarbeiterversammlung diese eine Vertrauensresolution für die Werkleitung ablehnte, legte der Arbeiterausschuß sein Amt nieder. Die Neuwahl wurde auf den 21. Januar festgesetzt. Von den einzelnen „nationalen“ Organisationen, den Reichsverbänden, Kriegervereinen, Hirschens und Christlichen wurde sowohl in Versammlungen wie in der bürgerlichen Presse eine lebhafteste Agitation entfaltet, um eine Kandidatenliste „nationaler“ Arbeiter durchzubringen. Daß das Vorgehen dieser Gesellschaft „von oben herab“ unterstützt wurde, versteht sich am Rande. Deste entschärfte sich aber die Macher nun von dem Ausgange der Wahl, der eine vollständige Niederlage der nationalen Arbeiter brachte. Früher, als die „Nationalen“ sich nicht offiziell mit einer Liste an der Wahl beteiligten, gehörten von den 21 Mitgliedern des Arbeiterausschusses etwa zwei Drittel den freien Gewerkschaften an, der Rest bestand aus Gewerksvereinen, Christlichen und Widen. Bei der Wahl am Sonnabend gelang es den Gegnern der freien Gewerkschaften aber nur, einen einzigen ihrer Kandidaten mit einer geringen Mehrheit durchzubringen. In den übrigen 20 Bezirken erhielten sie nur eine geringe Anzahl Stimmen.

Hoffentlich trägt dieser Denktzettel, den die Arbeiter den im Trüben stehenden Gegnern der gewerkschaftlichen Organisationen gegeben haben, dazu bei, daß alle Arbeiter in Staatsbetrieben den Weg zu den freien Gewerkschaften finden.

Lithographenstreik in Leipzig.

Am 20. Januar entschied sich eine von 450 Lithographen besuchte Versammlung für den Ausstand in den Privatbetrieben, die die Vereinbarung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht anerkennen. Die Kündigung wurde darauf am 21. Januar eingereicht bezw. die Arbeit niedergelegt. Soweit sich jetzt überleben läßt, haben sich auch die Unorganisierten geschlossen der Bewegung angeschlossen. In 26 Werkstätten der Privatlithographen sind die Lohnverhältnisse geregelt, wodurch eine ganze Anzahl Arbeiter nicht an dem Konflikt beteiligt ist. Immerhin wuchsen noch 70 Werkstätten der Privatlithographen gesperrt oder bestreikt werden. Da in Leipzig Arbeit für die halbe Welt gemacht wird, werden die Lithographen aufgefördert, Leipziger Arbeiten nur nach genauerster Erkundigung bei der Organisation als einwandfrei zu behandeln. Da weiterhin noch nicht zu erkennen ist, welche Kreise die Bewegung ziehen wird, muß Leipzig bis zur Beendigung der Bewegung gemieden werden.

Ausperrung der Kürschner in Leipzig.

Der Kampf der Kürschner in Röhtha bei Leipzig um das selbstverständliche Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter in ihrer Organisation hat nunmehr zu einem verstärkten Angriff des Unternehmertums geführt. Der Verband der Rauchwarenjuristen und Färbereibesitzer Deutschlands will die Arbeiterklasse mit allen Mitteln seinem Willen gefügig machen und hat deshalb Dienstag früh über sämtliche in Leipzig und Umgegend arbeitenden Kürschner und Hilfsarbeiter die Aussperrung verhängt. Damit liegen die Kürschner, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in Leipzig, Lindenau, Markranstädt, Röhtha und Schleuditz auf der Straße, etwa 1500 bis 1600 Personen.

Die Aussperrung ist erfolgt, trotzdem in dem noch geltenden Tarifvertrag bei Entlassungen eine 14tägige Kündigung vorgesehen ist. Es beginnt den Anschein, als ob sich der Kampf gegen den Tarifvertrag überhaupt richtet. Natürlich werden sich die Arbeiter dem Diktum der Unternehmer nicht fügen und sind bereit, den Kampf mit allen Mitteln bis zu Ende durchzuführen. — Zusug ist fernzuhalten.

Ausland.

Der Streik an den Wiener Theatern hat eine recht merkwürdige Ursache. Der freigewerkschaftliche Wiener Musikerbund hat sich vor Kurzem mit der Union der Bühnenpersonale, der die technischen Arbeiter-Abteilungsverbände, zum Teil auch schon die Chorsänger angehörend, verschmolzen. Darnach besteht aber der Oesterreichisch-

ungarische Musikerverband weiter und im Einverständnis mit diesem und der Schauspielerorganisation beschloß der der Hauptstelle der Arbeiterverbände angeschlossene Wiener Direktorenverband, die von der Musikersektion der Union verlangte Gleichstellung ihrer Arbeitsvermittlung mit der des Musikerverbandes abzulehnen. Auch die Anerkennung der Union wurde abgelehnt. Bald darauf wurden die der Union angehörigen Musiker des Theaters an der Wien, Kaimund-Theaters und Apollo-Theaters unter dem Vorwand der Verurlaubung ausgesperrt, ebenso die Bühnenarbeiter. Daraufhin sind die Nationsangehörigen an drei weiteren Bühnen, die die Union nicht anerkannt hatten, in den Streik getreten und zwar am Karl-Theater, Josephstädter und Lustspiel-Theater. Das Johann-Strauß-Theater, die Volkoper, das Deutsche Volkstheater und die Theatervariétés, Colosseum und Monarch, haben die Union anerkannt und blieben daher von der Bewegung unberührt. Die von dem Musikerverband und der städtischen Arbeitsvermittlung gestellten Streikbrecher arbeiteten so, daß die Pausen unglaublich verlängert wurden und beispielsweise im Kaimund-Theater in einer Pause das musikalische Zwischenstück 12mal wiederholt werden mußte, ehe der Bühnenumbau glücklich beendet war. Einen ersten Erfolg erzielte die Union im Apollo-Theater, das die Forderungen bewilligte und die Streikbrecher entließ. Direktor Jarno vom Josephstädter und Lustspiel-Theater erklärte, daß er nur gezwungen mitspiele und sich sowohl bei den Direktoren für friedliche Verlegung einsetze, als keinem der Beteiligten etwas nachtragen wolle.

Zur Situation im Lütticher Streikrevier.

(Beschlüsse, die nicht eingehalten werden.)

Unser belgischer Korrespondent schreibt uns: Der Beschluß der Plenarversammlung der Bergarbeiter-Föderation auf Wiederaufnahme der Arbeit, mit 21 gegen 2 Stimmen und 6 Stimmenthaltungen gefaßt, war ein Appell an die Disziplin, dem nur in bescheidenem Maße Rechnung getragen wurde. . . . Obwohl der Beschluß dahin ging, den Arbeitern jener Gruben, deren Forderungen kein Gehör fanden, im Falle sie sich für eine Weiterdauer des Streiks entschließen, Unterstützung seitens des Verbandes zu gewähren, war dennoch von einer allgemeineren Ausnahme der Arbeit keine Rede. Im Lütticher Bassin und in Gerstal war die Zahl der Streikenden noch fast genau so kompakt und in Seraing, Flémalle und eilichen anderen Gruben, wo die Arbeit teilweise aufgenommen war, werden aufs neue Streiks gemeldet.

Die Situation ist demnach nichts weniger als geklärt und im Hinblick auf die Beachtung von Beschlüssen einer in jedem Betracht kompetenten Versammlung befriedigend. Hier freilich, wie bei manchen anderen Anlässen während des Lütticher Streiks, zeigte sich gegenüber der Macht der Organisation die Macht der Unorganisierten, die mit einem plötzlich ausgebrochenen Schlag erobern zu können glauben, was nur in Etappen und vor allem auf der Basis einer zur Festhaltung und Kontrolle des Erzwungenen befähigten Organisation zu erreichen ist. Es ist nicht zu leugnen, daß eine kluge und allgemeine Befolgung des Beschlusses der Bergarbeiter-Versammlung, eines Beschlusses, der zudem an einen zweifellos realen Sieg anknüpfte, die moralische Position der Bergarbeiter nur befestigt hätte, mögen nicht abzusehen ist, was die chaotischen Schwärmel nach der Schlacht, ja nach den Friedensabjählungen für praktische Erfolge bringen könnten. Ganz abgesehen davon, daß es in diesem Chaos, wo der eine Teil, der sich an die Beschlüsse hält, zur Arbeit drängt, während der andere davon abhält, stets zu Zwischenfällen kommt, die nur den Unternehmern willkommen sein können. Daß es aber an solchen Zwischenfällen, den berückichtigten, in Belgien mit einem Ausnahmeparagraphen geschnitten Angriffen auf die „Freiheit der Arbeit“ nicht fehlt, zeigt fast jeder Tag. Mit schuld freilich an diesen und manchen anderen betrüblichen, im modernen Gewerkschaftskampf der Arbeiter nicht mehr üblichen Erscheinungen mag der Umstand tragen, daß es gerade in der belgischen Bergarbeiterschaft noch genügend Elemente gibt, die weniger nüchternen Organisationsarbeiten, als einem an französischen Vorbildern genährten phrasenhaften Revolutionarismus anhängen, der bei solchen Gelegenheiten gerne seine Ausbeute macht. Zu diesen betrüblichen Erscheinungen kann man z. B. den Revolverangriff zählen, den nach einer heutigen Zeitungsnachricht drei Arbeiter auf eine Gruppe Bergarbeiter verübten, die zur Arbeit nach Wilmort zogen.

Unorganisierte Arbeiter sind es auch, die die Meinung versprengen, der Beschluß des Bergarbeiterverbandes sei nicht zu Recht gefaßt worden. Das heißt, daß die Wiederaufnahme der Arbeit nur auf einen Beschluß des Föderativkomitees zurückgehe. Die Wahrheit ist aber, daß, wie selbstverständlich, der Beschluß von den Delegierten der einzelnen Gewerkschaften in der Plenarversammlung gefaßt wurde — mit einer, wie die anfangs erwähnten Biffen zeigen, überwiegenden Majorität. Daß aber der Beschluß auch moralisch und materiell begründet ist, ergibt sich aus den Tatsachen selbst, die für den größten Teil der Bergarbeiter eine Anerkennung ihrer Forderungen bedeuten.

Hoffentlich erweist sich der mächtige Lütticher Ausstand mit seinem Sieg wie mit seinen betrüblichen Nachklängen als eine heilbringend nachwirkende Lektion — für die Erkenntnis der Notwendigkeit einer modernen, kraftvollen Organisation.

Der anlässlich des blutigen Zusammenstoßes in Seraing verhaftete Bergarbeiter Vognoul, den die Gendarmen zum Karndel machen wollten, hatte sich gestern vor Gericht zu verantworten. Er wurde des „Dou-Hou“-Aufens, der Gendarmenbeleidigung, der Verletzung der „Freiheit der Arbeit“ natürlich und der „Widergesetzlichkeit“ bezichtigt. Die Zeugen bestätigten, dürfte sich sein Verbrechen auf eine Aufforderung an seine Genossen, die „Internationale“ zu singen, beschränkt haben. Aber immerhin: angesichts der Gendarmengewalt . . . Er wurde in Ansehung der erwähnten Vergehen zu acht Tagen und 50 Fr. Geldstrafe verurteilt. Interessanter wird es sein, wie die Gendarmen in „Ansehung“ ihrer Schieberei, der ein unschuldiges Menschenleben zum Opfer fiel, ausgehen werden!

Zum Achtstundenkampf der Londoner Schriftsetzer.

Der Londoner Sengerverein, der 12000 Mitglieder und ein Vermögen von 1,2 Millionen Mark besitzt, hat an die Druckerereien die Aufforderung gerichtet, sofort die 8- und vom 1. Januar 1912 an die 48stündige Arbeitswoche einzuführen. Da die übrigen englischen Organisationen beschloffen haben, in keine Bewegung einzutreten, führen die Londoner sie auf eigene Hand. Sie haben durch Streikversicherung Anspruch auf Streikunterstützung von wöchentlich 10 Schilling pro Arbeiter bei dem National-Druckereiarbeiterverband, desgl. auf 5 Sch. bei der Allgemeinen Arbeitsföderation. Ferner wurde beschloffen, daß die weiterarbeitenden Senger wöchentlich 5 Sch. Beitrag zahlen sollten. Der Leiter der 1900 Mitglieder zählenden Sektion der Zeitungsführer erklärte, daß diese zur Zahlung von 10 Sch. aufgefordert werden sollten. Falls die eingeleiteten Verhandlungen ergebnislos bleiben, wird der Streik am 4. Februar beginnen.

Bergarbeiterstreik in England.

London, 22. Januar. Die gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter von Nordwales haben ihren Arbeitsvertrag gekündigt, um hierdurch gegen die Aufstellung nichtorganisierter Arbeiter zu protestieren. Infolgedessen dürfte in 14 Tagen ein Streik ausbrechen, der 8000 Arbeiter treffen wird.

Abgeordnete der Vergleute von Northumberland haben in einer gestrigen Versammlung zu Newcastle gleichfalls die Kündigung des Arbeitsvertrages beschloffen, um eine Gehaltserhöhung von 30 Proz. zu erzwingen. Dieser Streikbeschluß unterliegt noch der Abstimmung der Vergleute. (P.)

Der Kanzel-Paragraph.

Der in der Zeit des Kulturkampfes eine Rolle spielte, gelangte am 20. Oktober v. J. wieder einmal zur Anwendung. Das Landgericht Bromberg hat an diesem Tage den Pfarrer Edmund Gryglewicz wegen Aufreizung durch Wort und Schrift (Absatz 1 und 2 des § 130a) zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten Festung verurteilt. Der Angeklagte ist jetzt mehr als 30 Jahren an der katholischen Kirche in Slesin angeschlossen. Im Februar v. J. hat er in der (polnischen) Neuen Prediger-Bibliothek zwei Predigten veröffentlicht, welche die Leitworte trugen: „Verlieren wir die Hoffnung nicht!“ und „Bleibe bei uns, denn es will Abend werden und der Tag hat sich geneigt“. Nach der Veröffentlichung hat er auch die eine dieser Predigten am Ostermontag in kürzerer Form vor seinen Bauern gehalten. Er will nicht aufreizend, sondern nur eindringlich gesprochen haben. Das Gericht hat aber festgestellt, daß er in nicht mißzubestehender Weise das Entgegnungsgebot vom 20. März 1908, das bis jetzt noch nicht zur Anwendung gekommen ist, zum Gegenstand der Erörterung gemacht hat. Er habe ausgeführt, die Polen hätten die Hoffnung, daß auch für sie die Stunde der Auferstehung schlagen werde. Er habe dann das Leiden Christi ausführlich dargestellt und damit die Unterdrückung der Polen durch die Preußen verglichen. Die Polen seien an ein hartes Regiment gebunden, das sie mit verschiedenen Gesetzen, Erlassen und Verfügungen peitsche. Ihre Rechte und ihre Sprache habe man den Polen genommen. Nicht bloß der große Grundbesitzer, sondern auch der kleine solle seines Besitzes beraubt werden, der seinen Feinden gegeben werden solle. Im letzten Teil der Predigt „Was wird aus uns werden?“ habe der Angeklagte ein ausführliches Programm zur Auferstehung des polnischen Reiches gegeben. Die Spannung zwischen polnischen und deutschen Kreisen, so heißt es weiter im Urteil, ist eine sehr hohe und hat schon zu Zusammenstößen geführt, wie der Schulstreik gezeigt hat. Die Predigt war geeignet, die Zuhörer zu Ausschreitungen gegen deutsche Beamte anzureizen. Niemand war sich dessen mehr bewußt als der Angeklagte, der schon aus Anlaß des Schulstreiks zu einer Geldstrafe von 500 M. verurteilt worden ist. Was die Veröffentlichung in der Bibliothek betrifft, so hat das Gericht angenommen, daß der Angeklagte sie in Ausübung seines geistlichen Berufes vorgenommen habe, nicht lediglich, um sich als Schriftsteller zu betätigen. Er habe seine Berufsgenossen veranlassen wollen, gleiche Predigten zu halten. — Die Revision des Angeklagten kam am Freitag vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Das Reichsgericht verwarf die Revision.

Der Kanzelparagraph (§ 130a des Strafgesetzbuches) bedroht mit Gefängnisstrafe oder Festungshaft bis zu zwei Jahren einen Geistlichen oder anderen Religionsdiener, der in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Berufes entweder öffentlich vor einer Menschenmenge oder welcher in der Kirche oder an einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Ort vor Mehreren Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstand einer Verkündigung oder Erörterung macht oder verbreitet, in welchen Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstand einer Verkündigung oder Erörterung macht.

Der Kanzelparagraph ist während der Kulturkampfzeit als ausnahmsrechtlicher Strafparagraph (am 10. Dezember 1871 und 26. Februar 1876) beschloffen. Damals stimmten selbstverständlich gegen denselben, außer den Sozialdemokraten auch das Zentrum und die Polen. Das regierungsfremde Verhalten dieser beiden Parteien in der letzten Zeit und ihr auffälliges Eintreten für Verschärfung von Strafvorschriften, welche die Meinungsfreiheit bedrohen, schließt, wie man sieht, ihre eigenen Freunde vor Strafe nicht. Im Gegenteil: an der Möglichkeit solcher Verurteilungen, wie der erwähnten, ist der Umstand mitschuldig, daß das Zentrum und die Polen als ihre Gefolgschaft immer offener sich unter das von den Konservativen errichtete Joch begeben haben.

Bremer Krawallprozeß.

Am Sonnabend wurde in Bremen noch eine aus Anlaß des Straßenbahnerstreiks erhobene Anklage gegen zwei Lehrlinge verhandelt. Das Landgericht hatte die Erhebung der Anklage abgelehnt, auf Beschwerde des Oberlandesgerichts die Eröffnung der Hauptverhandlung jedoch angeordnet. Die Strafkammer sprach beide Angeklagte, die von Rechtsanwalt Dr. Herz (Altona) verteidigt wurden, frei. Damit haben die von der Scharfmacher-Presse so ungeheuerlich aufgebauchten Bremer Prozesse ihr Ende erreicht.

Letzte Nachrichten.

Der D-Zug Kopenhagen—Berlin entgleist.

Auf der Station Volkstrahne (Mecklenburg-Schwern) ist gestern abend der D-Zug 12 auf der Fahrt von Kopenhagen nach Berlin entgleist. Die Entgleisung wurde dadurch herbeigeführt, daß der D-Zug mit einem Güterzug zusammenstieß. Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist eine Person verletzt worden. Einzelheiten fehlen noch. Der D-Zug wird nach dreistündiger Verspätung in der ersten Morgenstunde auf dem Stettiner Bahnhof erwartet.

Influenza-Epidemie in Nürnberg.

Nürnberg, 23. Januar. (B. G.) Die Influenzaepidemie in Nürnberg macht weitere Fortschritte. In der vergangenen Nacht sind drei Personen gestorben. 695 liegen krank danieder.

Wegen Gattenmord verurteilt.

Nürnberg, 23. Januar. (B. L. A.) Das Schwurgericht verurteilte unter Jubilation mildernder Umstände die Witwe des Rechts Anwalt Herberich, die im April vorigen Jahres ihren Mann erschossen hatte, wegen Totschlags zu vierinhalb Jahren Gefängnis unter Anrechnung von acht Monaten Untersuchungshaft. Bei der Verkündung des Urteils rief die Angeklagte: „Das halte ich nicht aus. Ihr habt meinen Tod auf dem Gewissen!“ Ein Antrag des Verteidigers, die Verurteilte wegen ihres Gesundheitszustandes aus der Haft zu entlassen, wurde abgelehnt.

Opfer seines Berufes.

Amberg, 23. Januar. (B. G.) In einem Steinbruch bei Hohenbrunn wurde der Steinbauer Neul von Gesteinsmassen getroffen und sofort getötet.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom Montag, den 23. Januar, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: v. Schorlemer.

Das Haus ehrt zunächst das Andenken des verstorbenen Abgeordneten v. Jagdzewski (Pole) durch Erheben von den Sitzen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort

Abg. Stengel (fl.): Ich bin beauftragt, folgende Erklärung abzugeben: Der Abg. Hoffmann hat in der Sitzung vom 20. den ersten Präsidenten dieses Hauses schwer beleidigt. Selbst wenn Abg. Hoffmann infolge einer vorher gegen ihn gerichteten Bemerkung des Präsidenten zu einer Abwehrklärung sich für berechtigt hielt, hat er durch den dem Präsidenten, dessen Ehre die Ehre des ganzen Hauses ist, angetanen Schimpf alles Maß überschritten und nicht nur die Ordnung des Hauses, sondern auch das Ansehen des Parlaments in einer in Deutschland bisher noch nicht dagewesenen Weise verletzt. (Sehr richtig! rechts.) Da die Partei, der der Abg. Hoffmann angehört, keinen Anlaß genommen hat, sein Verhalten gegenüber dem Präsidenten zu mißbilligen, so wie ich im Namen der sämtlichen übrigen Parteien die dem Parlament in seinem Präsidenten widerfahrne Beschimpfung auf das nachdrücklichste zurück. (Beifall! Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Hirsch (Soz.): Ich möchte an den Herrn Präsidenten die Bitte richten, mir zu erlauben, zu der eben verlesenen Erklärung eine Erklärung meiner Freunde abzugeben.

Präsident v. Arndt: Das darf ich nicht. Ich kann Ihnen nicht erlauben, jetzt eine Erklärung abzugeben. Ich werde Ihnen aber außerhalb der Tagesordnung gestatten, diese Erklärung abzugeben, wenn Sie mir vorher schriftlich den Inhalt mitgeteilt haben. (Kurze bei den Sozialdemokraten.) Ich kann Ihnen nur gestatten, jetzt über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung der Erklärung zu sprechen. Ich will Herrn Hirsch gar nicht dergewaltigen, er soll ebenso behandelt werden wie die übrigen Mitglieder des Hauses, es ist aber üblich, daß Erklärungen, welche vor oder außerhalb der Tagesordnung abgegeben werden, dem Präsidenten vorher schriftlich mitgeteilt und dann verlesen werden.

Abg. Hirsch (Soz.): Ich hätte selbstverständlich den Weg beschritten, den der Herr Präsident vorschlägt, wenn ich davon Kenntnis gehabt hätte, daß heute namens aller übrigen Parteien eine Erklärung abgegeben werden würde. (Lachen rechts.) Ich muß mich nun vorläufig mit der Erklärung begnügen, daß es mir im Rahmen dieser Debatte nicht möglich ist, die Gründe anzugeben, aus denen wir uns der verlesenen Erklärung nicht anschließen können. (Lachen rechts.)

Nunmehr tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Einige kleinere Etats werden in zweiter Lesung debattelos erledigt. Beim Etat des Disziplinarhofes wünscht

Abg. König (Z.) eine Modifikation des gesamten Beamtenrechts und fragt an, ob entsprechend einem früheren Beschluß des Landtages noch in dieser Session ein Gesetz betreffend Einführung des Wiederaufnahmeverfahrens im Disziplinarverfahren gegen nicht richterliche Beamte zu erwarten sei.

Ein Regierungskommissar erklärt die Vorlegung eines solchen Gesetzes in dieser Session für wahrscheinlich. (Bravo!)

Es folgt der Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung.

Bei den dauernden Ausgaben Titel „Ministergehalt“ hat die Budgetkommission einen Antrag Red. (L.) angenommen, die Regierung zu ersuchen,

1. bei Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche die durch die notwendigen Schutz- und Sperrmaßnahmen hervorgerufenen schweren wirtschaftlichen Schäden dadurch zu lindern, daß

a) Die Untersuchung des aus Sperrbezirken auszuführenden Viehes an bestimmten dem örtlichen Bedürfnis entsprechenden Terminen auf Staatskosten erfolgt;

b) Die Sperrbezirke nicht schematisch, sondern nach dem Ermessen der örtlichen Behörden begrenzt werden;

2. Die erneute Einschleppung der Seuche aus dem Auslande durch die schärfsten Vorschriften an der Grenze zu bekämpfen.

3. Die wissenschaftliche Erforschung der Seuche mehr als bisher namentlich durch Auslösung von Prämiolen zu fördern.

Abg. Red. (L.) beantragt, außerdem noch die Regierung zu ersuchen, Mittel im Etat bereit zu stellen zur Unterstützung der Landwirte, die durch Sperrmaßnahmen in ihrer Existenz bedroht werden.

Abg. Bierck (fl.): Meine Freunde stimmen diesen Anträgen zu. Eine Abschwächung der Sperrmaßnahmen zur Bekämpfung der Seuche wünschen wir durchaus nicht, wir legen nur Wert darauf, daß die Ausführungsbestimmungen mehr mit der Praxis in Einklang gebracht werden.

Abg. Heine (nall.): Auch meine Freunde halten die Forderungen des Antrages für durchaus berechtigt. In dem Bestreben, die Seuche möglichst rasch zu bekämpfen, sind einzelne Verwaltungsbeamte nervös geworden und haben Maßnahmen ergriffen, die die Landwirtschaft mehr geschädigt als ihr genutzt haben.

Abg. Ehlers (Sp.) betont, daß auch die Kreise des Fleischergewerbes und des Viehhandels großes Interesse an einer durchgreifenden Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche hätten. Die Hauptfrage sei regelmäßige Untersuchung aller Viehbestände durch tierärztliche Sachverständige. Die auf 3-4 Millionen geschätzten Kosten könnten dabei keine Rolle spielen.

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer: Allgemein besteht die Verfechtung der Viehbestände eigentlich jetzt nur noch in Posen, aber vereinzelt ist die Seuche in allen Provinzen vorhanden, so daß die Gefahr ihrer Weiterverbreitung ständig vorliegt. Zugabe ist, daß die Sperrbezirke nicht zu weit gezogen werden dürfen. Nach dieser Richtung wird eine Anordnung an die Regierungspräsidenten ergehen, in der darauf hingewiesen werden wird, wie wichtig die Desinfektion der Tierärzte ist, damit nicht gerade durch sie die Seuche verschleppt wird. (Bravo! rechts.) Sollte sich in einzelnen Grenzbezirken ein Rotlauf der Landbevölkerung herausstellen, so wird die Regierung jedenfalls für Abhilfe sorgen. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf v. Spee (Z.) beantragt Uebertreibung des neuen Antrags Red. an die Budgetkommission. Im übrigen seien auch seine Freunde mit dem ganzen Antrag einverstanden. Die Stellungnahme des Herrn Ehlers sei um so mehr zu begrüßen, als vor einigen Jahren Abg. Fischel denselben Antrag als eine Bevorzugung eines einzelnen Teiles der Bevölkerung bekämpft habe.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Auch wir stimmen jedem notwendigen Staatschutz für Menschen und Tiere nach innen und nach außen zu. Diesmal scheint besonders der innere Feind bekämpft werden zu müssen. (Heiterkeit.) Die Anzeigepflicht möchte strenger gehandhabt werden; die Anzeige findet manchmal erst statt, wenn 8 Tage später die Sperre wieder aufgehoben werden kann. Allzu rigoros sollte man nicht vorgehen. So wurden im Mansfelder Kreise Tanzvergünstigungen unteragt. Viel eher hätte man den Kirchenbesuch verbieten sollen, weil die Leute gerade von der Arbeit beim Vieh in die Kirche kommen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Besondere Sorgfalt sei notwendig beim Milchverkauf. So wurde bei Glogau von einem gemeingefährlichen Agrarier vom November bis Januar Milch von verseuchten Tieren an Hotels, Private und auch Krankenhäuser geliefert. Erst dann gelangte die Seuche durch einen Stallschweizer, der bis dahin Schweitegeld erhalten hatte, zur Anzeige. (Hört! hört! b. d. Soz.) Wenn solche Dinge vorkommen, kann man sich nicht wundern, wenn das Volk meint, es gäbe Großagrarien, welche ein Interesse daran hätten, diese Seuche künstlich zu züchten (Lachen rechts), um damit zu erreichen, daß die Grenze hermetisch verschlossen werde. Die Tatsachen beweisen doch, daß mehr Seuchen auch bei Öffnung der Grenzen in Preußen nicht herrschen können. Der Nachweis der Einschleppungsseuchen aus dem Auslande ist bisher überhaupt nicht erbracht worden. (Widerspruch rechts.) Die gefährlichsten Seuchen sind gerade da vorhanden, wo eine Einfuhr von Vieh fast gar nicht in Frage kommt. Die Maßnahmen gegen die Einschleppung von Viehseuchen aus dem Auslande dürfen jedenfalls nicht darauf hinauslaufen, die Viehfahrt überhaupt zu unterbinden. Der badische Minister v. Godman (Lachen rechts) — ich weiß ja, das ist kein Name nach Ihrem Gemüt, aber glücklicherweise sind Sie noch nicht so weit, daß Sie auch in Baden die Minister machen können (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten) — hat nach der „Kölnischen Zeitung“ erklärt, daß kein Anlaß mehr vorliege, die bisherige Sperre gegen Frankreich aufrechtzuerhalten, da dort schon seit 1 1/2 Jahren die Maul- und Klauenseuche vollständig erloschen sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch sei der Bezug von Schlachtvieh aus Norddeutschland bedenklich, weil dort fast niemals die Maul- und Klauenseuche erlosche. Wenn also das französische Vieh nach Bayern und Baden eingeführt werden kann, so ist nicht einzusehen, weshalb es für den preussischen Wagen schädlich sein soll. (Sehr wahr! bei den Sozialdemo-

kraten.) Die Agrarier wehren sich bei uns ja auch gegen die Einfuhr argentinischen Gefrierfleischs, mit dem man in Deutschland bekanntlich die besten Erfahrungen gemacht hat. Man gönnt bei uns den Arbeitern eben nicht die geringste Ermäßigung der Fleischpreise. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Von einer Mäßigkeit des Fleisches kann keine Rede sein, unsere Agrarier genießen ja bekanntlich nach Schluß der Jagden Hasenfleisch, das durch Gefrieren lange konserviert wird. Auch in ganz katholischen Kreisen empören sich die Arbeiter heute schon über die Art, wie das Zentrum im Verein mit den Junkern die Fleischpreise in die Höhe treibt. Wir sind, wie gelagt, für jeden Schutz unseres Viehstandes, wollen aber Garantien dagegen, daß der Schutz nicht gemißbraucht werden kann, um das Volk noch mehr als bisher auszunutzen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Cramer (L.) bestreitet, daß eine Einschleppung der Seuche aus dem Auslande nicht bewiesen sei.

Damit schließt die Debatte. Die Anträge gehen an die Budgetkommission.

Zur Abgabe einer Erklärung erhält das Wort

Abg. Hirsch (Soz.):

Nach dem amtlichen stenographischen Bericht über die Sitzung vom 20. Januar 1911 hat der Herr Präsident den Zwischenruf des Abg. Hoffmann: „Am vielen Tagen erkennt man den Abgeordneten v. Pappenheim“ mit den Worten gerügt: „Herr Hoffmann, ich kann Sie in diesem Falle nicht ernst nehmen, sonst würde ich Sie zur Ordnung rufen“. Darauf hat der Abgeordnete Hoffmann später erwidert: „Meine Herren, als ich vorhin bei der Rede des Abgeordneten Leitert auf eine Provokation von der rechten Seite einige Juruse machte, sagte der Herr Präsident, der so liebenswürdig war, mich nicht zur Ordnung zu rufen: „Herr Hoffmann, ich nehme Sie in diesem Falle nicht ernst“. Ich bitte nun, daß der Herr Präsident mich jetzt ernst nimmt, wenn ich zur Geschäftsordnung sage: Ich halte diese Verurteilung für eine Unverschämtheit“. Nach diesem Sachverhalt können wir uns der vom Abgeordneten Stengel verlesenen Erklärung aller übrigen Parteien nicht anschließen. Wir billigen im Gegenteil das Verhalten des Abgeordneten Hoffmann durchaus, (Hört! hört! rechts) weil wir darin einen gebotenen Akt der Selbstverteidigung erblicken, dessen Schärfe sich aus einer in einem deutschen Parlament bisher noch nicht dagewesenen Herabwürdigung eines Abgeordneten und aus wiederholten Verletzungen der parlamentarischen Form seitens des Präsidenten gegen ihn und andere Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion erklärt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung.)

Schluß 4 Uhr.

Die Moabiter Vorgänge vor dem Schwurgericht.

Erster Tag. In der gestrigen Schlussverhandlung im Moabiter Schwurgericht wurden 4 Angeklagte, Jahnke, Worowiak, Schadowski und Marquardt freigesprochen, ein Angeklagter, Gieslik, wurde wegen Werfens von Steinen auf Menschen zu zwei, fünf Angeklagte, Vonnet, Lufsch, Albrecht, Scharfenberg und Minor, wurden wegen groben Unfugs zu je sechs Wochen Haft, zwei Angeklagte, Jofka und Orłowski, wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu je drei Monaten, ein Angeklagter, Rohde, wegen Sachbeschädigung zu vier Monaten, ein Angeklagter, Figner, wegen Aufruhrs zu acht Monaten, drei Angeklagte wegen schweren Aufruhrs, und zwar Trau zu neun Monaten, Kasimir und Jakob Adamski zu je 1 Jahr Gefängnis, Bruhn wegen schweren Landfriedensbruchs zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungshaft wurde in vollem Umfange den Verurteilten angerechnet.

Dank einer im ganzen recht sorgfältigen Ausführung, bei der die Vertreter des Anwesenden Ehepaars: Max Marx und Jula Grünig schöne ausgeglichene Charakterleistungen darboten, war der „Koggensticker Komödie“, die man allerdings lieber in einem Einzelakt zusammengeschlossen sähe, ein freundschaftlicher Erfolg beschieden.

Neues Schauspielhaus: Das kleine Schokoladenmädchen. Lustspiel von Paul Sabault. Das unersetzte und ungezogene Töchterchen eines millionenschweren Pariser Schokoladenfabrikanten quartiert sich bei einem nächtlichen Automobilunfall in Landhaus eines schlichten Junggesellen ein, verärgert ihn durch bahnbrechende Frechheit und bringt ihn dann noch obendrein durch provozierendes Verhalten mit seiner Verlobten auseinander. Als der gepeinigete Vertreter des stärkeren Geschlechts sich dazu aufrafft, dem reichen Vorfisch gründlich die Wahrheit zu sagen, erscheint das dem verübten Gändchen nur als eine neue und besonders anziehende Sensation. Endlich einer, dem die väterliche Schokolade nicht imponiert, einer, bei dem man sicher sein kann, daß er nicht des Geldes wegen heiratet. Sie vertieft sich also in den kleinen Beamten und läßt ihm durch drei Akte, so lang es eben der Theaterabend erfordert, nach. Von irgend welchen Ansätzen zu psychologischer Durchsicht ist dabei so wenig wie bei einem beliebigen Residenztheaterabend die Rede. Die kraßesten Unglaublichkeiten können sich aufeinander, nur spärlich hier und da mit einigen amüsanten Einfällen verfehlt. Schlußtrumpf: Fräulein Logistolle legt nach dem Festschlagen aller anderen Akten im schwarzen Kommissariats dem teuren Eruber ein gerühmtes Lebenswohl, was den letzten Stoß des Männerberzens zum Schmelzen bringt. Es wurde gut gespielt. In erster Reihe war es Jda Wüsts unzerstörbare Frische und Munterheit, die das gedrehte Fahrzeug durch alle Klippen ohne Unfall in den Hafen steuerte.

Notizen. — Kunstabende. Margu Delbard und Marc Henry, das auch in Arbeiterkreisen bekannte Künstlerpaar, werden heute Dienstag, den 24., und Donnerstag, den 26. Januar, im Künstlerhaus zwei Kammermusikabende geben. Farbe, Ton und Wort haben die Künstler zugleich in ihren Dienst gestellt.

— Die Kulturarbeit der Sozialdemokratie. In seinem Vortrag über die hygienischen Mängel auf dem Lande bemerkt Dr. Liebetrau, Kreisarzt in Reddinghausen: „Eine Begleiterscheinung der unzulänglichen Ernährungsverhältnisse ist der Mißbrauch geistiger Getränke. Man darf jetzt, besonders nachdem die Sozialdemokratie den Schnapsbottich erklärt hat, wohl sagen, daß der Schnapsgenuss auf dem Lande relativ viel größeren Umfang als in der Stadt hat.“

— Die Bilanz der Tradition. Die Pariser Akademie der Wissenschaften wählte im zweiten Wahlgang mit 28 Stimmen Branly zum Mitglied. Frau Curie erhielt 20 Stimmen. Der Mann und nicht die größere wissenschaftliche Bedeutung trug den Sieg davon.

Kleines feuilleton.

Die älteste Industrie der Erde. In der englischen Grafschaft Norfolk hat sich noch ein Gewerbe erhalten, das gewissermaßen auf eine Vergangenheit von wenigstens zehn Jahrtausenden zurückblicken kann. Es besteht in der Herstellung von steinernen Flintenspälfessern, die zwar in Europa längst abgekommen sind, aber in den wüsten Gegenden von Afrika noch immer ein begehrter Artikel sind und daher für die Ausfuhr dorthin hergerichtet werden. Die Leute, die sich mit diesem Gewerbe abgeben, werden als Flintenspälfesser bezeichnet, und diese merkwürdige Industrie pflegt sich in der genannten Gegend in denselben Familien zu vererben. Uebrigens ist die Beschäftigung ziemlich ungesund, da bei dem Spalten der Feuersteine die herumspritzenden Steinenteile leicht in die Lungen geraten. Ungefähr geschätzt diese Arbeit noch ebenso, wie sie der vorgezeichnete Mensch während der Steinzeit ausgeübt hat, wenn er seine Meißel, Äxte und Hämmer verfertigt. Als Waffen aus Metall eingeführt wurden, wurden die Feuersteine doch noch zum Feuermachen durch Vermittelung von Junder lange gebraucht, und man findet sie zu diesem Zweck noch heutigen Tages sogar in europäischen Ländern wie in Spanien und Italien. Die Steinlochflinten oder Feuersteingewehre brachten dann der alten Industrie einen neuen Aufschwung, der erst durch die Erfindung der Perkussionswaffen unterbrochen wurde. Während des letzten südafrikanischen Krieges sollen nach einer Angabe von „English Mechanic“ auch die englischen Truppen noch mit Erzeugnissen dieser uralten Industrie versehen worden sein, indem ihnen nicht weniger als 14 000 Zunderbüchsen als Feuerzeuge mitgegeben wurden — gewiß ein der schlagendsten Beispiele dafür, wie äh der Mensch an Vorrichtungen schätzte, die durch Jahrhunderte sich als zuverlässig erwiesen haben, was man von den modernen Feuerzeugen nicht gerade behaupten kann.

Theater. Charlottenburger Schiller-Theater: „Nathan der Weise“ von Lessing. Es war eine der besten, vielleicht die beste Aufführung, die dem Schiller-Theater bisher gelang. Sie hatte einen Nathan, eine Recha, einen Tempelherrn, die auch einer Bühne ersten Ranges zur Ehre gereicht hätten. Die milde Herzgenüthe und die tiefe in ihren Leidenformen so anspruchsvoll beschriebene Weisheit des Dramas leuchtete unbedunkelt aus dieser Darstellung heraus und setzte sich beim Zuschauer in ein Gefühl andächtig stiller Freude um; mit erneuter Ueberraschung wurde man gewahrt, welche plastische Charakteristik und welche lichtvolle dramatische Architektur dies Werk der abgeklärtesten Tendenzkunst auszeichnet. Die Einheit des Bedanens, des humanitären Ideals, das Ziel und Richtung gibt, verbindet sich vollkommen ungezwungen mit der Freiheit eines farbigen Spiels. Die um das ideale Zentrum — jenes Gleichnis von den drei Ringen — gruppierte Handlung wird im Schlußbild, in der durch Nathans Güte und Klugheit herbeigeführten Vereinigung der jüdisch erzogenen Christin,

des christlichen Tempelherrn und des mohammedanischen Sultan wieder zur Parabel.

Parag gab den Nathan mit einem Realismus, der das Vollblutjudentum der Lessing'schen Figur bis in den kleinsten Nuancen festhielt und im Rahmen dieser Rollenart doch jeden Augenblick die Güte, wie die mächtige, geistige Uebertreibung durchschimmern ließ. Das Organ, das leicht Gefahr läuft, in eine etwas singend salbungsvolle Tonlage zu verfallen, gehobte hier jedweder Intention. Ebenso vorzüglich gelangen die Szenen, in denen mächtiges Gefühl heiß hervorbricht, so die Erzählung von dem Klosterbruder. Würdig standen ihm die südländisch leidenschaftliche und schwärmerische Recha des hochbegabten Fräulein Alma und Paestles prachtvoll tragischer Tempelherr zur Seite. Von den übrigen sei nur noch Reimers einsätziger Klosterbruder namentlich erwähnt. Das einzig Störende war die Weisheit des Demoschides durch einen korpulenten Herrn, der im Gegensatz zu diesem Körperphlegma seine Reden mit um so atemloserer Hast herunterjagte.

Neue Freie Volksbühne (im Kleinen Theater): „Das Kind“ von Dromar Erling. Der Titel läßt Versprechungen für ein Modethema aufkommen, das innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft seit verschiedenen Jahren bis zum Ueberdruß diskutiert worden ist. Glücklicherweise ist die Pär vom Jahrhundert des Kindes“ noch nicht nach Koggenstied gedrungen zu sein. In diesem Provinzst. irgendwo im Holsteinlande, spielt die Komödie. Dort mag die Trennung der Kinder von den Eltern wirklich noch zuweilen bitter sein und den Eltern es ähnlich ergehen wie der Henne, die Entlein ausgebrätet hat. Jda, die einzige Tochter der Familie Anees, ist als erwachsenes Mädchen nach Hamburg gegangen. Notwendig war das nach Ansicht der Eltern, die von einer kleinen Pension und Kapitalrente ganz gemächlich leben, nicht gewesen. Schließlich hätte Jda einen braven Koggenstiedter geheiratet und man wäre so hübsch beisammen geblieben. Aber alles ist anders gekommen. Jda hat sich zu großstädtischer Anschauung hinaufgearbeitet und dann auch geheiratet, ohne die Alten zu fragen. Trotzdem bleibt „das Kind“ nach wie vor ihre einzige Sorge. Als infolge eines Unfalls Jdas Erbteil verloren geht, ziehen sie in eine Manufaktur und scharren sich ein — nur, damit Jda nichts verliere. Endlich kommt sie auf Besuch, sehr verwundert über die Veränderung. Sie offenbart den Eltern, daß sie sich scheiden lassen und auf eigene Gefahr ein Geschäft übernehmen will. Hierzu bedarf sie ihres Erbteils. Da kommt's nun zu unliebsamen Ausstellungen. Die Eltern haben ihr mitgeteilt, daß das Geld verloren ging und daß sie um der Tochter willen gedurft haben. Von soviel fürsorglicher Liebe ist Jda demüthigt gerührt, daß sie ihre beschämte Ehescheidung aufgibt. Des weiteren berichtet sie auf ihr Erbte zugunsten der betagten Eltern, für die sie fortan sorgen will. Anees und Frau begreifen das nicht; im Gegenteil: sie wähen sich nunmehr gänzlich ihres „Kindes“ beraubt, so als ständen sie „ganz allein“. ... So schließt die bitterfüge Komödie, die, unbeschadet aller liebevollen Mildeuilderung und trefflichen Welterleuchtung des innerlichen Wesens und äußerlich stillen Lebens der beiden alten Leute doch nur ein Wägenstück ohne Handlung ist.

gung auch auf die Wache bezieht. — Rechtsanw. Cohn: Daraus könnte die Auffassung gefolgert werden, eine Wache verträge es nicht. — Herr hincingut. — Vors.: Wir wollen die Zeugen selber entscheiden lassen. (Zum Zeugen Schuhmann Schünemann): Sie sollen Rebaad auf der Wache geschlagen haben. — Zeuge: (sofort einfallend): Nein! — Vors.: Ja, wollen Sie denn überhaupt ausfragen? — Zeuge: Ich weiß nicht, ob ich darf. — Zeuge Leutnant Kulte: Ich werde an Stelle des Beamten ausfragen. — Vors.: (zum Zeugen Schünemann): Haben Sie Bedenken wegen der Genehmigung? — Zeuge: Ich glaube, ich darf ausfragen. — Vors.: Haben Sie geschlagen? — Zeuge: Nein.

Wieder stellt die Verteidigung

Schweideanträge

Rechtsanw. Cohn und Rechtsanwalt Buppe beantragen zu den Fällen Lube und Tich die Vernehmung von Zeugen, deren Aussage die Glaubwürdigkeit der Zeugin Frau Brach, die beide Angeklagte belästigt hat, erschüttern werde. Verzicht will Rechtsanwalt Cohn auf seinen Antrag, wenn die Staatsanwaltschaft schon jetzt erklären wolle, daß sie die Anklage gegen Tich fallen läßt. Rechtsanwalt Cohn beharrt bezüglich des Falles Lube bei seinem Antrag. Auch zum Fall Schilling beantragt Rechtsanwalt Buppe noch Ladung von Zeugen, durch die er die Aussage der Belastungszeugin Frau Abraham entkräften will. Staatsanw. Bräuning verweigert, er spreche nicht an der Glaubwürdigkeit der Frau Abraham. Dagegen gibt er nunmehr die Erklärung ab, daß

die Anklage gegen Tich nicht aufrecht erhalten

wird, doch besage das nichts gegen die Glaubwürdigkeit der Frau Brach. Diesen neuen Schweideanträgen wird durch Gerichtsbeschluß stattgegeben.

Dagegen behält sich das Gericht die Beschlußfassung vor über einen von Rechtsanwalt Cohn eingereichten Schweideantrag bezüglich der Mißhandlungen auf der Wache Utrechtter Ecke Maxstraße. Rechtsanwalt Cohn führt hierzu aus, er halte es für eine unzulässige Beschuldigung, daß nur die Mißhandlungen zur Sprache kommen dürfen, die von den hier als Zeugen benannten Polizeibeamten verübt sein sollen. Für die fragliche Wache komme nur eine geringe Zahl von Beamten in Betracht, darum werde man diesem Schweideantrag stattgeben müssen, auch wenn nicht die Beamten näher bezeichnet werden können. In der Nacht vom 29. zum 30. Oktober seien etwa von 10 Uhr abends bis 2 Uhr nachts aus den Räumen des 107. Polizeibureau von Zeit zu Zeit heftige Schläge und laute Schreie gehört worden. Von einzelnen Hausbewohnern seien, wie schon in früheren Fällen, so auch Ende Oktober über die nachlässigen Ruhestörungen und Mißhandlungen festgenommener Beschuldigten gekommen. Es solle besprochen werden, daß am Abend des 29. Oktober drei Kriminalbeamte auf der Treppe zum Polizeibureau einen älteren Mann, der sich nicht im mindesten widersetze, vor sich herziehen und fortwährend mit Gummiknüppel und Eis schlugen; ferner, daß einem Herrn, der den Beamten deshalb Vorhaltungen machte, ebenfalls Schläge angedroht wurden.

Zum Fall Lube wird dann der von der Verteidigung geladene Gastwirt Tomme vernommen, von dessen Vernehmung Lube bei ihm von 11 1/2 Uhr bis kurz vor 12 Uhr nachts gewillt hat, also nicht stundenlang ununterbrochen vom Flur des von ihm bewohnten Hauses Schererstraße 12 in die sich immer wiederholenden Aufläufe eingegriffen haben kann. Lube war so betrunken, daß er einschlief, nachher wurde er aber von einem Bekannten noch in eine andere Kneipe mitgenommen. Dem Antrag des Rechtsanw. Cohn auf Ladung weiterer Zeugen, die das bekunden können, wird stattgegeben.

Wegen Polizeibeileistung und Aufforderung zu strafbaren Handlungen haben die

Angeschlagene Arbeiter Walter und seine Ehefrau

sich zu verantworten. Sie sollen zum Fenster hinaus geschimpft haben „Misthund! Spitzhund! Verbrecher!“ usw., sollen die Menge zum Widerstand angereizt und selber die Schupleute bedroht haben, ihnen „eins auf den Kopf“ zu werfen. Beide geben nur zu, von oben den Schupleuten „Bisul! Schämt Euch!“ zugerufen zu haben, weil sie Mißhandlungen auf der Straße beobachteten. Leutnant Kulte, der zu der Zeit eine Attade leitete, befand, eine Zivilperson namens Behrens habe ihn auf das Schimpfen aufmerksam gemacht, und er habe dann selber die Schimpfworte gehört. Allerdings habe er von einer Aufforderung zum Widerstand nichts gehört. Nebenbei lautete die Aussage eines Schupmanns Lorenz und eines Zivilzeugen Klus.

Die Zivilperson namens

Behrens ist Redakteur am „Lokal-Anzeiger“.

Herr Behrens ist als Berichterstatter auf dem Wedding tätig gewesen und hat dabei auch der Polizei seine Unterstützung geleistet. Er gibt an, aus dem Volkerschen Fenster auch den Ruf gehört zu haben: „Lacht euch das nicht gefallen, schlägt die Verbrecher nieder!“ Er glaubt, sagen zu können, daß in der ganzen Lage nur das eine Fenster erleuchtet und besetzt war. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß z. B. die Angeklagte Frau Rudloff, die in demselben Hause wohnt, nach ihrem eigenen Geständnis gleichfalls hinausgeschimpft hat. — Staatsanw. Linde (zum Zeugen): Haben Sie auch die Vorgänge in Moabit mitangesehen? — Zeuge: Ja. — Staatsanw. Linde: Haben Sie beobachtet, daß die Vorgänge auf dem Wedding ebenfalls noch schlimmer... — Rechtsanw. Cohn: Diese Frage beanstande ich. — Rechtsanw. Cohn richtet dann an den Zeugen die Frage, woher

das Material zu den „Lokal-Anzeiger“-Artikeln über die Weddingunruhen

bezogen worden sei. — Zeuge antwortet, er habe sich auf

Auskünfte der Polizei

und auf eigene Beobachtungen gestützt. — Rechtsanw. Cohn: Haben Sie keine Ausarbeitung von der Polizei bekommen. — Zeuge: Nein. — Rechtsanw. Cohn: Auch nicht vom Kommissar Kuhn? — Zeuge: Nein.

Beim Anblick eines Eisbrenntransportes soll die

Angeschlagene Frau Platow

„Misthund!“ geschimpft haben; sie hat sich daher wegen Polizeibeileistung zu verantworten. Frau Platow bestreitet jede Schuld. Die Zeugen Schuhmann Fegel und Schuhmann Bagusat bezünden, nur sie könne diese Schimpfworte ausgesprochen haben. Ihrer von ihr weglaufenden Freundin habe sie nachgerufen: „Tomm, Tomh, bleib bei mir!“ Hinterher habe sie erklärt, die andere habe geschimpft, doch könne sie sie nicht.

Auf der Wache sollen auch die Schupleute in Zweifel darüber gewesen sein, welche von beiden geschimpft hatte. — Rechtsanw. Liebknecht (zum Zeugen Fegel): Auf der Wache wurde der Angeklagte gesagt: „Wenn Sie's nicht waren, was es die andere.“ — Zeuge: Ich sagte das nicht. Der Esemann, der nach der Wache kam und behauptete, daß seine Frau es nicht gewesen sei, fragte ich: „Waren Sie es dann?“ Er sagte: „Ja, bin Sozialdemokrat vom Scheitel bis zur Sohle, meine Frau ist zu dumm dazu.“ — Rechtsanw. Liebknecht: Wozu zu dumm? — Zeuge: Na, er meinte wohl, so etwas zu rufen. — Rechtsanw. Liebknecht: Ach, das muß wohl ein Verstum von Ihnen sein.

Frau Platow sagt, auf der Wache habe ein Beamter zu ihr gesagt, sie

sie sei wohl eine von der Strafe.

Schupmann Bagusat erklärt: Ich habe das nicht gesagt, habe es auch nicht gehört. — Angekl.: Dieser Beamte sagte es. — Vors.: Sie können auf die Frage, ob Sie es waren, die Aussage verweigern. — Zeuge: Solche Ausdrücke gebrauche ich nicht. — Rechtsanw. Liebknecht: Ja, das ist gar keine Antwort. — Zeuge: Ich kann mich nicht entsinnen, ich glaube es nicht. — Vors.: Sie können die Aussage verweigern. — Zeuge: Ich verweigere die Aussage.

Frau Beantni, die Freundin der Angeklagten, schildert, wie aus der Menge „Misthund“ gerufen worden sei. Da sie sich nicht wohl fühlte, wies ihr ein Stuhl gereicht. Sie sitzt dann plötzl-

hinüber, so daß die Gerichtsdiener hingspringen und sie aufrechten müssen. Nachdem sie sich ein wenig erholt hat, stammelt sie: „Frau Platow rief „Misthund!“ Der Vorsitzende stellt fest, daß Frau Platow im Vorverfahren damit zurückgehalten hat und jetzt ihren Eid die Wahrheit sagt. Vors.: Haben auch Sie getrunken? — Zeugin: Wenn ich gerufen hätte, hätte mich der Schupmann festgenommen. — Vors.: Ja, haben Sie nicht gerufen? Sie können die Aussage verweigern. — Zeugin: Ich verweigere sie. — Vors.: Aber das ist richtig, daß Frau Platow rief? — Zeugin: Ja. — Angekl.: Herr Kuhn hat ihr so den Kopf verfeilt. Er hat ihr gesagt: Es ist gut, wenn Frau Platow es nicht war, dann waren Sie es!

Zum Fall Rudloff wird dann, um die

Glaubwürdigkeit des Zeugen Schreiber

zu prüfen, der auf Antrag des Rechtsanwalts Cohn geladene Gastwirt Fuchs vernommen. Er bekundet, daß Schreiber an dem Tage, wo er hier vor Gericht vernommen worden war, abends in sein Lokal gekommen sei und dort gesagt habe, nur im Interesse der Partei habe er das getan, daß er einen jungen Bengel, der Laternen einwarf, der Polizei übergab. Schreiber habe hinzugefügt, er sei seit 4 Jahren Mitglied der sozialdemokratischen Partei und sei Bezirksführer gewesen. Als Fuchs ihm sagte: „Na, dann würden Sie doch auch den „Vorwärts“ halten“, habe Schreiber versichert: „Ja, den halte ich schon vier Jahre zu Hause.“ Darauf habe Fuchs gerufen: „Du verfluchter Schwindler, Du! Heute früh stellst Du Dich vor den Richtertisch und sagst, Du hältst ihn nicht!“ Darauf habe Schreiber sein Bier stehen lassen und sei schleunigst gegangen.

Zeuge Schreiber, der telephonisch herbeigerufen worden ist, wird daraufhin nochmals vernommen. — Vors.: Sie haben uns hier gesagt, daß Sie den „Vorwärts“, den Sie in der Tasche zur Schau getragen haben sollen, gar nicht halten. Nun haben Sie doch aber eine ganz eigenartige Angabe bei Fuchs gemacht. — Zeuge: Ich muß behaupten, hier überhaupt eine Aussage gemacht zu haben und möchte gar keine Aussage mehr machen. So, wie mich die Zeitung schon abgemacht hat... — Vors.: Sie sind Zeuge und müssen ausfragen. — Zeuge: Ja, ich habe bei Fuchs gesagt, ich lese den „Vorwärts“, bin im Wahlverein und war Bezirksführer. Die Gäste machten mich schlecht, sie schimpften mich „Strolch“ und „Schuft“ und machten Miene, mich zu verprügeln. Da sagte ich schnell, ich bin Bezirksführer gewesen und ging raus. — Vors.: Sie sollen Ihren eigenen Bruder bestohlen haben. — Zeuge: Davon weiß ich nichts. — Vors.: Wollen Sie sagen, Sie haben es nicht getan. — Zeuge: Ich habe es nicht getan, das bestreite ich ganz entschieden. — Rechtsanw. Cohn: Wie verhält es sich denn eigentlich mit Ihren Vorstrafen? — Zeuge: Ich sage darüber überhaupt nichts mehr. — Vors.: Das müssen Sie. — Zeuge: Ich verweigere meine Aussage. — Vors.: Dann können Sie bestraft werden. — Zeuge: Ich kann mich so nirgends mehr setzen lassen, so bin ich in der Zeitung abgemacht worden. — Rechtsanw. Cohn verzieht nunmehr auf die Frage nach den Vorstrafen, forscht aber jetzt nach dem Standkommen des Strafaufschiebungsbegehrens. Er sagt: Konnten Sie den Kommissar Kuhn schon treffen? — Zeuge: Nein. — Rechtsanw. Cohn: Von polizeilicher Seite wird das Gegenteil behauptet. Bei Ueberführung des Strafaufschiebungsbegehrens hat die Polizei der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß Sie auch sonst im Dienste der Polizei stehen. — Zeuge: Darüber habe ich mich auch schon gewundert. Das hat der Kommissar Kuhn aus Versehen geschrieben. — Rechtsanw. Cohn: Sie bestreiten das unter Ihrem Eid? — Zeuge: Ja. — Rechtsanw. Cohn: Auch, daß Sie bezahlt worden sind? — Zeuge: Aufgeschossen! — Rechtsanw. Cohn: Nachdem Sie die ersten Strafen erlitten hatten, was haben Sie dann vom Jahre 1898 an gemacht? — Zeuge: Gearbeitet. — Rechtsanw. Cohn: Wo? — Zeuge: Sie haben mich schon so schlecht gemacht, ich gebe Ihnen überhaupt keine Antwort mehr. — Vors.: Sie dürfen nicht so erregt sein, wenn man recht ruhig bleibt, geht alles am besten. — Rechtsanw. Dr. Cohn: Ich beantrage nunmehr, den Kriminalkommissar Kuhn darüber zu vernehmen, daß der von ihm herüberkommene amtliche Vermerk: „Schreiber ist auch sonst für die Polizei tätig“, der Wahrheit entspricht.

Staatsanwalt Bräuning: Ich bitte diesen Antrag doch schriftlich einzulegen. Rechtsanw. Dr. Cohn: Herr Staatsanwalt, ich habe bis jetzt geschwiegen über die sehr merkwürdige Art und Weise, mit der der Herr Polizeipräsident von der Verteidigung verlangt, Anträge, die sich auf die Vernehmung von Polizeibeamten in nicht angeordneten Dingen beziehen, schriftlich niederzuliegen. Ich erkläre jetzt, daß es uns gar nicht einfällt, dem Folge zu leisten. Hier ist eine mündliche Verhandlung und das Gericht ist verpflichtet, auch mündliche Anträge entgegenzunehmen. — Rechtsanw. Dr. Karl Liebknecht: Ich stelle ebenfalls den Antrag, den Kriminalkommissar Kuhn zu vernehmen, und erkläre gleichfalls, daß ich mich nicht veranlaßt sehe, diesen Antrag schriftlich zu fixieren. (Zu dem Zeugen Schreiber gewandt): Hat Ihnen der Kriminalkommissar Kuhn, als er Ihr Strafaufschiebungsbegehren beantwortete, vielleicht gesagt: Eine Hand wäscht die andere, ich werde dafür sorgen, daß Sie nicht verhaftet werden. Sie müssen aber auch für die Polizei hin und wieder tätig sein? — Zeuge: Nein, davon weiß ich nichts. — Rechtsanw. Dr. Liebknecht: Ihr Bruder Rudolf soll doch auch ein sehr abfälliges Urteil über Sie fällen? — Zeuge: Der kann meinetwegen sagen, was er will. — Rechtsanw. Dr. Buppe: Hat der Kommissar Kuhn jenen Vermerk vielleicht in Ihrer Gegenwart gemacht, daß Sie ihn lesen könnten oder Ihnen vielleicht mitgeteilt, was in dem Briefe stand? — Zeuge: Na, soll ich denn hier nochmals sagen, was schon in der Zeitung gestanden hat? Der Kommissar hat mir nichts davon gesagt. — Rechtsanw. Dr. Liebknecht: Vorhin hat der Zeuge aber gesagt, er habe sich schon damals über den Vermerk gewundert, er muß demnach doch davon Kenntnis gehabt haben. Diese Sache ist doch heute hier das erste Mal zur Sprache gebracht worden. — Vors.: Waren Sie vielleicht dorthin im Aufwachtezimmer? — Zeuge: Nein. — Rechtsanw. Dr. Liebknecht: Sie haben uns neulich hier gesagt, Sie wären außer der letzten Strafe nur einmal vor sechzehn Jahren verurteilt. Ist das denn richtig? — Zeuge: Ich bin ja auch nur einmal bestraft. — Rechtsanw. Dr. Liebknecht: Ich weiß nicht, ob die Staatsanwaltschaft jetzt nicht einen Antrag gegen den Zeugen stellen wird. Es ist ja einfach unglücklich, daß der Zeuge dies in Abrede stellt. — Vorsitzender: Wie aus den Akten hervorgeht, sind Sie doch schon mehrfach bestraft. — Zeuge: Dann habe ich das wohl falsch verstanden, ja, früher bin ich allerdings mehrfach bestraft. — Rechtsanw. Dr. Liebknecht: Der Zeuge hat aber hier ganz deutlich auf wiederholte Fragen gesagt, er sei früher nur einmal bestraft und hat dies dem Vorsitzenden neulich auch leise mitgeteilt, worauf dieser uns zurief: „243“.

Der Zeuge Fuchs tritt nochmals vor und bezeichnet es als eine glatte Unwahrheit, wenn der Zeuge Schreiber hier behauptet, er sei in seinem Lokal bedrückt worden und habe nur aus Angst geschwändelt.

Der Angeklagte Rudolf bittet an den Zeugen Schreiber die Frage richten zu dürfen, weshalb er ihn denn gerade nach dem 11. Polizeirevier habe bringen wollen. — Das Gericht lehnt diese Frage ab. Der Angeklagte Rudolf bemerkt noch, daß es ihm bekannt geworden sei, daß sich Schreiber sogar mit mehreren Beamten dieses Reviers buzte. — Vorsitzender: Na, selbst wenn! — Rechtsanw. Dr. Liebknecht: Ja, die Beamten pflegen sich doch nicht so ohne weiteres buzen zu lassen! — Der Vorsitzende erklärt die Frage für unerschließlich. — Rechtsanw. Dr. Cohn stellt fest, daß die Polizei damals dem Zeugen Schreiber noch so viel Glauben schenkte, daß sie ihm auf der Wache die aus einer Gastwirtschaft auf seine Veranlassung hinführenden Personen vorführte und die von ihm bezeichneten festhalten und mußte dann außer Verfolgung gesetzt werden.

Zum Fall Lube wird noch Gastwirt Soms, der die Zeugin Brach als nicht sehr vertrauenswürdig bezeichnet.

Zum Fall Lube wird noch Gastwirt Soms vernommen, der die Zeugin Brach als nicht sehr vertrauenswürdig bezeichnet.

Das Gericht beriet dann über die Schweideanträge, über die noch keine Entscheidung getroffen ist, und kommt zu folgendem

Beschluß: Das Gericht hat die Schweideanträge der Verteidigung teilweise abgelehnt, da sie als Beweismittelungsanträge angesehen seien, teilweise auch, da eine Beweiserhebung insoweit nicht zulässig sei, wenn die von den zu ladenden Zeugen zu bekundenden Tatsachen Urteile darstellten. Andere Punkte in den Schweideanträgen hat das Gericht als wahr unterstellt. Das Gericht hat ferner als wahr unterstellt, daß sich die Angeklagten in dem Glauben befunden haben, es seien Handlungen, wie sie von der Verteidigung behauptet werden, tatsächlich von der Polizei unternommen worden. Die Anträge auf Ladung des Kriminalkommissars Kuhn und des Obhändlers Schreiber werden abgelehnt, da die in ihr Wissen gestellten Tatsachen für die Entscheidung des Gerichts ohne Bedeutung sind.

Die Sitzung wird hierauf auf Dienstag 9 1/2 Uhr verlag.

Aus aller Welt.

Mehr Arbeiterschutz — weniger Menschenopfer.

Ein schreckliches Brandunglück hat sich vor einigen Tagen in der Zelluloidabteilung der Kammfabrik Prunhuber in Raumburg ereignet. Bei dem Unglück sind 20 Personen verletzt worden, davon sieben schwer. Einem Arbeiter, der vor einigen Jahren bei einem ähnlichen Brandunglück schon einen Arm verlor, wird auch der zweite abgenommen werden müssen. Außerdem wurde ihm das rechte Auge herausgerissen. Das Unglück wurde herausbeforscht durch das Einlöten der Versandkisten. Die Arbeiter behaupten, daß das hierzu verwendete Metall zu schwarz gewesen sei, so daß der Löthammer daselbst durchdrang. Das Unglück wurde dadurch besonders groß, daß die Kisten in einem Räume verbrannt wurden, über dem sich Familienwohnungen befinden. Durch die Explosion des Zelluloids, die in einem Partierzimmer erfolgte, flog die Decke, sowie auch das Dach des zweistöckigen Hauses in die Luft und die verletzten Personen wurden teilweise durch die Fenster und Türen ins Freie geschleudert. Durch das direkt angrenzende Zelluloidlager erhielt das Feuer reiche Nahrung, so daß eine Reihe weiterer Personen in Gefahr geriet.

Schon vor einiger Zeit hat der Holzarbeiterverband in Gemeinschaft mit den übrigen Verbänden, zu denen die Zelluloidarbeiter ihrer Berufstätigkeit nach gehören, sich in einer Petition an die Reichsregierung wie auch an den Reichstag gewendet, um einen größeren Schutz gegen die Feuergefahr in den Zelluloidfabriken zu erreichen. Insbesondere wurde in der Petition verlangt, daß die Räume, in denen Zelluloid verarbeitet und aufbewahrt wird, von den Wohnräumen isoliert werden sollen. An die geiziggebenden Körperschaften muß auch Anlaß dieses Falles mit aller Energie die Forderung gestellt werden, daß die Verarbeitung und Aufbewahrung von Zelluloid in besonders dazu hergerichteten Räumen geschieht und die Schutzvorrichtungen für Leben und Gesundheit der Arbeiter verschärft werden.

Schweres Eisenbahnunglück in England.

Am Montag vormittag stieß in der Nähe der englischen Stadt Pontypriid auf dem durch das Hospital des Taff führenden Schienenwege ein Personenzug mit einem Kohlenzuge zusammen. Die ersten Wagen des Personenzuges schoben sich ineinander, die anderen Wagen blieben einen Trümmerhaufen. Bisher sind elf Tote unter den Trümmern hervorgeholt worden. Unter den bei dem Eisenbahnunglück Getöteten befinden sich drei Mitglieder des Exekutivausschusses des Bundes der Bergarbeiter von Süd-Wales, die nach London reisten, um an der allgemeinen Bergarbeiterkonferenz teilzunehmen.

Die Pestgefahr im Osten.

Wie aus Tientsin telegraphiert wird, hat sich die durch den Ausbruch der Pest geschaffene Lage weiter verschlimmert. In Peking waren gestern neun, in Tientsin acht Todesfälle an der Pest zu verzeichnen. Die Nachrichten aus Tschin lassen erkennen, daß eine Abnahme der Erkrankungen noch nicht eingetreten ist. In Tschifu sind 13 neue Todesfälle vorgekommen. Man hegt Besorgnis für die Sicherheit Schanghai's. „Daily Mail“ meldet aus Peking, daß dort wegen der Ausbreitung der Seuche das diplomatische Korps das Gesandtschaftsviertel abgesperrt habe. Auch die Abspernung des europäischen Viertels dürfte im Laufe des gestrigen Tages erfolgt sein.

Meine Notizen.

50 000 R. Schmuckstücke gestohlen. Reiche Leute machen Einbrecher, die am Sonntagmorgen ein Goldwäschgeschäft in Würzburg heimlichst. Den bisher unbekanntem Täter seien für etwa 50 000 R. in Uren und Juwelen in die Hände.

Ein Oper seines ärztlichen Berufes wurde der Assistenzarzt an der Kinderklinik in Breslau Dr. Ernst Blumenthal. Der im Alter von 28 Jahren stehende Arzt, der Sohn eines Fabrikbesizers in Berlin, war Stationsarzt der Scharlachabteilung der Kinderklinik. Er infizierte sich vor fünf Tagen mit Scharlach und erlag am Sonntag der Krankheit.

Blutstau eines Fahnenflüchtigen. Wie die „Pfälzische Presse“ aus Speyer meldet, hat der Pionier Kloy, ein Schloffer aus Forzheim, der aus Furcht vor einer Strafe desertiert war, bei seiner Verfolgung durch 20 Pioniere einen Offizier und einen Unteroffizier lebensgefährlich verletzt. Als Kloy dann bei Dudenhofen gefasst wurde, tötete er sich durch einen Schuß aus seinem Dienstgewehr.

Schweres Unglück in einem französischen Bergwerk. Wie ein Telegramm aus St. Claire im Departement Dife meldet, sind in einem dortigen Bergwerk vier Bergleute verschüttet worden; zwei von ihnen wurden als Leichen geborgen. Die übrigen liegen noch unter den Gesteinsmassen.

Folgeschwere Explosionen. Gestern nachmittag explodierte in der militärtechnischen Anstalt in Wien ein eisernes, Schwefelsäure enthaltendes Faß. Durch die gewaltige Explosion wurden drei Soldaten sehr schwer verletzt. — Infolge einer Gasolineexplosion geriet in Moskau ein Restaurant in Brand. Drei Personen sind in den Flammen umgekommen, sieben Bedienstete des Restaurants wurden schwer, vier leicht verletzt.

Roch ein Opfer der japanischen Reaktion. Die Mutter des zum Tode verurteilten Dr. Kotoku, die nach der Verhaftung ihres Sohnes erkrankt war, ist am Tage nach der Verurteilung des Urteils infolge der Aufregungen gestorben.

Briefkasten der Redaktion.

H. Oehm u. Gen. Infolge eines Versehens der Drucker ist ein kleiner Teil der Auflage von der Unterhaltungsbeilage Nr. 8 verdrückt worden. Leser, die die Unterhaltungsbeilage aufbewahren, können sich die Nummer nachliefern lassen.

Wetterprognose für Dienstag, den 24. Januar 1911. Zunächst etwas kühler, vorwiegend heiter bei mäßigen südlichen Winden; später wieder zunehmende Bewölkung und Vermehrung eger erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 21. Januar verstarb unser
Genosse, der Arbeiter
August Werner
Wiedomstraße 12a.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 24. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofes der Himmel-
jahrts-Gemeinde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
224/11
Der Vorstand.

Arbeiter - Radfahrer - Verein
Groß-Berlin.
Den Mitgleibern zur Nachricht,
daß unser Sportgenosse
Artur Schröder
gestorben ist. 10/1
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 25. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Jakobus-Kirch-
hofes in Nizdorf, Hermannstraße
aus statt.
Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter
Deutschlands.
(Zahlstelle Berlin.)
Am Sonntag, den 21. Januar,
verstarb unser Mitglied
Emil Peters.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 24. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, vom Moabiter
Krankenhaus, Birkenstraße, aus
statt.
Rege Beteiligung erwartet
63/2 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf!
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Dreher
Alfred Triemer
am 19. Januar an Lungenseiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
110/18 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbe-
kasse d. deutschen Wagenbauer
Filiale Weißensee.
Nachruf.
Am 15. Januar d. J. verstarb
in der Heilanstalt in Obersalbe
unser Mitglied und Freund sowie
Berufskollege
Hermann Noetzel.
Wir werden sein Andenken stets
in Ehren halten! 257/2
Der Vorstand
der Filiale Weißensee.

Allen Verwandten und Be-
kannnten die traurige Nachricht,
daß mein lieber Mann, unser
liebevollster Vater, der Drechsler
Gustav Haberland
am Sonntag früh 7^{1/2} Uhr nach langen
schweren Leiden sanft entschlafen ist.
Dies zeigt tiefbeträbt an
Die trauernde Witwe nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Mittwoch,
den 25. Januar, nachmittags 3 Uhr,
vom Emmaus-Kirchhof aus statt.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die Kranzspenden bei
der Beerdigung meiner lieben Frau,
unserer guten Mutter sage hiermit
allen Bekannten und Freunden, so-
wie meinen Arbeitskollegen bei der
Firma Auer, Hütlingung J., auch dem
Wahlverein des 4. Kreises (351. Bez.,
Teil II, meinen innigsten Dank.
Otto Bruschke nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die zahlreichen Beweise herz-
licher Teilnahme anlässlich der Beer-
digung meiner lieben Frau sage allen
Beteiligten, Verwandten und Freunden
diesen Dank.
28096
Franz Spata und Tochter.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41,
dicht am
Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Blumen- und Franzbinderrei
von **Robert Meyer,**
an der **Mariannen-Straße 2.**

Allgem. Deutscher Gärtner-Verein.
Ortsverwaltung Groß-Berlin.
Branche Landschaftsgärtnerei.
Gärtner! Gartenarbeiter!
Dienstag, den 24. Januar, abends 8^{1/2} Uhr,
in Miethes Festsälen Rastf., Schöneberg, Hauptstr. 5/6:
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Taktik bei Zohnbewegungen in der Landschaftsgärtnerei.
Referent: Kollege **Josef Busch.**
2. Unsere Forderungen für dieses Frühjahr.
Referent: Kollege **Walter Kwasnik.**
Die Branchenleitung.

Schallplatten
Verleih-Institut.
H. Pfau, Bandagist
Berlin, Direksenstraße 20
C.,
zwischen Bahnhofs Alexanderplatz und
Goltzstraße. — Amt VII, 13799.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen.

Gaskoch- und Heizapparat D. R. P. 28188
„Revolution“
Kein Anbrennen der Speisen.
Gleichmäßigste Hitzeverteilung.
Zum Heizen, auch großer Küchen hervorragend geeignet. Verblüffend
Beleer u. billiger Ersatz für Feuerzeug.
Warmhalten von Speisen ohne Gas.
Kein Ansengen der Kleider. Keine heißen Geschirrgriffe.
Schönung der Kochgeschirre. Keine offene Flamme.
Größte Reinlichkeit. Leicht zu säubern.
Keine Reparaturen. Kleinste Flammenstellung.
Einmalige Anschaffung. Geringer Kaufpreis.
Kocht ohne Gas weiter.
Grosse Gasersparnis.
Kein Auslöschen der Flammen durch Luftzug.
Keine Gasvergiftung. Preis compl. M. 450. Keine Explosion.
**Gustav Fischer, Ingenieur, BERLIN, W. Schiffbau-
Spezialabteilung: Gasapparatebau, damm 27.**

Vertreter gesucht!

Peek & Cloppenburg
Gertraudenstraße 25, 26 u. 27



Alpentrachten
für Damen und Herren.

Straßenbahnen: 5, 7, 8, 27, 32, 38, 47, 48, 58, 59, 62, 64,
65, 66, 67, 69, 71, 72, 74, 76, 78, 79, 92, 99.

Sechster Wahlkreis!
Dienstag, den 24. Januar, abends 8^{1/2} Uhr:
Zwei öffentliche politische Versammlungen.
Im Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclessstraße 24:
Tagesordnung: 1. **Volksstaat oder Beamtenstaat?**
Referent: Reichstagsabgeordneter **Georg Ledebour.**
2. Freie Diskussion.
In den Pharus-Sälen, Müllerstraße 142:
Tagesordnung: 1. **Rußland und Preußen!**
Referent: Landtagsabgeordneter **Dr. Karl Liebknecht.**
2. Freie Diskussion.
Die Einberufer: **Alfred Paersch, Oldenburger Straße 10.**
Theodor Buchholz, Brüsseler Straße 47.

Ehrentische Kranken- und Sterbe-
kasse Nr. 27. 28188
Sonntag, 29. d. Mts., vormittags
10^{1/2} Uhr, am Zohannistisch 3:
Außerordentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Beratung eines neuen Statuts.
Wahl zweier Vorsteher-Stellvertreter.
Innungskrankenkasse
der Dach-, Schiefer- und
Ziegeldächer zu Berlin.
Die 7. Abänderung des Statuts
(Unterstützungen für Familienangehö-
rige) ist genehmigt und vom 16. 1. 11
ab in Kraft getreten. 270/14
Der Vorstand.
Gustav Goldberf, Vorsitzender.

Sofastoffe
Rosenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Reste! Moquetts.
Plüsch. Reste! Satteltaschen.
Muster bei näherer Angabe
franko.
Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Dol I. Amt 3, 1209. Charitstraße 3. Dol III. Amt 3, 1067.

Mittwoch, den 25. Januar, abends 8^{1/2} Uhr:
Versammlung
der **Gold- und Silberarbeiter**
im **Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Wissel** über: „Unfallversicherung“.
2. Sonstige Angelegenheiten.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Mittwoch, den 25. Januar, abends 6 Uhr:
Versammlung
der **chirurgischen Brauche**
im **Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12.**
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der
Kommission. 4. Neuwahl des Arbeitsvermittlers. 5. Verschiedenes.
Die wichtige Tages-Ordnung macht das Erscheinen jedes Kollegen
erforderlich. Wir erwarten von jedem einzelnen, daß er rege für den
Besuch dieser Versammlung agitiert. 110/17

Gravenre! Zifelenre!
Mittwoch, den 25. Januar, abends 8^{1/2} Uhr:
Versammlung
in den **Korona-Prachtsälen, Kommandantenstraße 72.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **H. Weiß**, Redakteur des „Kunstgewerbe-
zeichner“, über: „Der Arbeiter in der bildenden Kunst“. 2. Dis-
kussion. 3. Verschiedenes.
Rege Beteiligung wird erwartet. **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Bürsten- und Pinselmacher.
Mittwoch, den 25. Januar cr., abends 8^{1/2} Uhr, im Lokal von
F. Preuß, Holzmarktstr. 65:
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Tenebung und ihre Ursachen. Refer.: Kol. J. Hildebrandt.
2. Jahresbericht der Kommission. 3. Branchenangelegenheiten.
Wegen Ausgabe d. Kontrollkarten sind die Mitgliedsbücher mitzubringen.
Um zahlreiches u. pünktl. Erscheinen ersucht Die Branchenkommission.

Stellmacher.
Mittwoch, den 25. Januar, abends 8^{1/2} Uhr, im **Rosenthaler
Hof, Rosenthaler Straße 11/12:**
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Branchenkommission und das Ergebnis der Statistik in
den Branchen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen.
2. Wahl der Branchenkommission, der Delegierten zur General-
versammlung und der Zentralkommission.
3. Branchenangelegenheiten. **Die Kommission.**

Perlmutter- und Knopfarbeiter.
Mittwoch, den 25. Januar, abends 6 Uhr, im **Gewerk-
schaftshaus, Engelauer 14/15 (Saal V):**
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht der Branchenkommission. 2. Wahl der Branchenleitung.
3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. **Die Kommission.**

Donnerstag, 26. Jan., abends 8^{1/2} Uhr:
Kombinierte Versammlung
der Ortsverwaltungen und Kontrollkommissionen Berlin,
Charlottenburg, Nizdorf, Schöneberg, Steglitz und
Groß-Lichterfelde.
Lokal: **Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21.**
Sonabend, den 28. Januar, abends 9 Uhr, bei
Einsetzer **Goeter, Weberstr. 17: Großes Winter-
vergügen.** 78/8

Kindersegnen und Arbeiterklasse
oder: **Wie schützt man sich vor starkem Familienzwang mit und
ohne Hilfsmittel? — Preis 30 Pf. — Gegen Vor-
einblendung von 35 Pf. in Briefen portofrei ins Haus durch den Verlag
von **W. Leißner, Jena-Op (Saale),** sowie durch die Buchhandlung
Vorwärts, Berlin SW. 68. 28025**

Der Kampf ums preußische Wahlrecht

ist von der Sozialdemokratie erneut aufgenommen worden, nachdem die Regierung zu verstehen gegeben hat, daß sie in absehbarer Zeit an eine Aenderung des gegenwärtigen Wahlsystems nicht denkt.

Nicht weniger als 31 Versammlungen

im Reichsbilde Berlins

und mehr als ihrer 70 in Groß-Berlin überhaupt, beschäftigten sich am Sonntag mit der Frage der Wahlreform. Welches Interesse die Masse diesem Thema entgegenbringt, zeigte sich an dem Besuch der Versammlungen, die fast ohne Ausnahme überfüllt waren. In allen Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

Die heute tagende Volksversammlung spricht ihre tiefste Entrüstung über die Art aus, in welcher unsere Regierung und der reaktionäre blauschwarze Block das Versprechen des Königs, dem preußischen Volke endlich eine der heutigen Kultur angemessene Vertretung zu schaffen, versagen und zu deuten versuchen.

Die Mehrheit des deutschen, des preußischen Volkes, aus den Anhängern der Sozialdemokratie bestehend, hat allerdings von den herrschenden Klassen keine andere Handlungsweise als Hohn, Spott und brutale Vergewaltigung zu erwarten.

Die Versammelten geloben wiederum, unablässig zu wirken und zu agitieren, um die schamlose Reaktion in Preußen zu bekämpfen, besonders die kommenden Reichstagswahlen durch sozialdemokratische Stimmabgabe zu einer vernichtenden Niederlage der Junker und Scharwacher zu gestalten und die Regierung zur Gewährung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes zu zwingen.

Im ersten Berliner Reichstagswahlkreis

hatte man als Versammlungsort die Eispöle am Reichstagsufer in Aussicht genommen. Das Lokal liegt nahe dem Bahnhof Friedrichstraße diesseits der Spree, also dicht bei der Straße „Unter den Linden“. Das war unieren Polizeistrategen außerordentlich bedenklich. Die Versammlung durfte hier nicht stattfinden. Und sie wurde denn in letzter Stunde aus — hauptsächlichlichen Gründen verboten. Unsere Genossen sorgten schleunigst für Ersatz. Bei Dräsel in der Rosen-Friedrichstraße fand nunmehr die Versammlung statt, die sich eines außerordentlich guten Besuches zu erfreuen hatte, obwohl erst am selben Morgen der „Vorwärts“ die Ortsveränderung mitteilen konnte. Aus Anlaß des Jahrestages des Beginnes der russischen Revolution ehrten die Anwesenden die Opfer des andauernden Freiheitskampfes sowie die Opfer der japanischen Klassenjustiz durch Erheben von den Plätzen.

Außerordentlich stark besuchte Versammlung im zweiten Wahlkreis

aufzuweisen. Man versammelte sich hier an drei Stellen: In der Dennewitzstraße bei Rühle, im Riefensaal der Vordrauererei am Tempelhofer Berg und bei Altem in der Hosenheide. Das letztgenannte Lokal wurde abgesperrt. Mindestens 500 Personen mußten umkehren, während drinnen 1800 Personen versammelt waren. — In der Vordrauererei, wo, wie bei Altem, auch der allerletzte Sitzplatz vergeblich war, können an 3000 Personen gewesen sein.

Die Polizei machte sich wenig bemerkbar, doch gab es überall fliegende Wachen.

Dritter Wahlkreis.

Die Versammlung in den „Arminhallen“ war sehr stark besucht, so daß der große Saal mit seinen Galerien kaum Platz genug bot. Vor dem Eingang zum unteren Saal standen einige junge Leute von den christlichen Jünglingsvereinen, die offenbar ihre Schäfte vor Verirrungen in die Wahlrechtsversammlung bewahren sollten. Die christlichen Jünglinge hatten dort auf 1 Uhr eine öffentliche Versammlung einberufen, in der über „Unsere Gegner“ gesprochen werden sollte. Die Wahlrechtsversammlung dauerte nicht lange, so daß die christlichen Jünglinge samt ihren Begleitern, die offenbar zahlreicher als sie erschienen waren, den oberen Saal füllen konnten. Diese Versammlung, die ihre drei Stunden dauerte, war wohl die Ursache davon, daß man noch am späten Nachmittag jenseits des Lokals verschiedene Polizeibeamte herumgehen und sehen sah. Man befürchtete offenbar irgend welche Ungehörigkeiten. Aber die jungen Leute gingen schließlich ebenso ruhig ihrer Wege wie vordem die Besucher der Wahlrechtsversammlung.

Im „Gewerkschaftshaus“ waren Saal und Galerien überfüllt. Eine polizeiliche Absperrung fand nicht statt, in Nähe lehrten große Massen von Besuchern wieder um, wenn sie keinen Platz mehr finden konnten.

Die im

Südosten

des vierten Kreises in der Nähe des Gewerkschaftshauses gelegenen Versammlungsorte, „Graumanns“ in der Raunowstraße und das „Gesellschaftshaus Südost“, Waldemarstraße, waren ebenfalls überfüllt; das letztere wurde durch einen Kriminalbeamten abgesperrt. Die uniformierte Polizei hielt sich in anerkennenswerter Weise zurück. Auf den Straßen kamen keine Ansammlungen vor.

Vor dem Schlesischen Tor, wo unser Versammlungsort, die „Drachenburg“, schon um halb zwölf Uhr überfüllt war und später abgesperrt wurde, sammelten sich einige Male große Menschenmassen an, die aber in Ruhe weiterzogen, als sie hörten, daß die „Drachenburg“ keine Besucher mehr aufnehmen konnte. Ringend wurde der Verkehr gestört, überall herrschte Ruhe und Ordnung. Polizei war zuerst nur wenig zu sehen, hier und da ein einzelner Posten; später zogen weitere Posten auf und Geheime waren mehr als sonst zu bemerken.

Im Osten

waren die Versammlungen fast durchweg überfüllt. In einzelnen Lokalen war der Andrang außerordentlich stark. Große Scharen, die in die polizeilich abgesperrten Säle nicht mehr hineinkamen, wanderten in losen Gruppen nach anderen Versammlungen.

Lipp's Saal war schon um 12 Uhr überfüllt und wurde abgesperrt. Dergleichen die „Praxisäle des Ostens“. Im Hofe hatte man noch eine zweite Versammlung arrangiert. Die „Praxisäle des Ostens“ liegen schon auf Lichtenberger Gebiet, gerade an der Grenze zwischen Berlin und dem östlichen Vorort. Da der „Vorwärts“ — so behauptete der überwachende Beamte —

für Lichtenberg nicht „Publikationsorgan“ ist, so war die vorgeschriebene Form der Anmeldung eigentlich nicht gewahrt, und die Versammlung brauchte eigentlich nicht „gestattet“ zu werden! In dessen, sie wurde schließlich doch geduldet, nachdem die Veranhalter darauf hingewiesen waren, daß sie sich strafbar machten. Man erhebt aus diesem Vorkommnis wieder, mit welchem Bureaunkräneleien auch das neue Reichsvereinsgesetz noch immer bepackt ist: Kleinlichkeitskrämereien, die der nächste Reichstag hoffentlich beseitigen wird.

Im „Elysium“ fanden ebenfalls zwei Versammlungen, eine im großen, die andere im kleinen Saal statt.

Boekers Festsäle in der Weberstraße füllte ein dichtgedrängtes Publikum, während bei Borgmann in der Andreasstraße der Saal auch ziemlich stark gefüllt war. In Kellers Festsäle konnte der große Saal die ungeheueren Massen nicht fassen, so daß noch zwei Säle voll wurden und trotzdem noch Hunderte umkehren mußten. Nach Schluß entfernten sich die Besucher ruhig; die Polizei war nur schwach vertreten und verhielt sich sehr zurückhaltend. Infolgedessen ereignete sich auch kein Zwischenfall.

Fünfter Wahlkreis.

Die Männer und Frauen aus dem fünften Wahlkreis hatten sich außerordentlich zahlreich bei Lipp's am Friedrichshain versammelt. Bald nach 12 Uhr war der große Saal schon voll besetzt und nur noch auf den Galerien Platz zu finden, und es dauerte nicht lange, da war auch hier kein Platz mehr übrig. Der Ernst und das lebhafteste Interesse, womit die Versammelten dem Vortrage folgten, zeugten dafür, daß das preußische Volk nicht erlahmen wird in seinem rastlosen Streben zur Erringung einer wirklich demokratischen Verfassung. Auf der Straße war alles ruhig und die Schußmannschaft war nicht besonders zahlreich vertreten, wenigstens nicht sichtbarlich, so daß die Ansammlung Reugieriger vermieden wurde und damit auch das sonst übliche „Säubern“ der Straße.

In den Sophiensälen war der Andrang weniger stark, doch war auch hier der große Saal samt den Galerien voll besetzt. Die Versammelten gaben in lebhaften Verfassungen ihre Einverständnisse mit den Ausführungen des Referenten, ihren unerschütterlichen Willen zur Erringung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes kund. Die Polizei, die in der engen Straße durch mehrere Beamte vertreten war, hatte nichts zu tun.

Für den

sechsten Wahlkreis

waren allein nicht weniger als 14 Versammlungen einberufen worden. Sehr gut besucht war die Versammlung in der

Schönhauser Vorstadt und auf dem Gesundbrunnen,

so bei Obiglos in der Schwedter Straße und die nach dem „Zwilling-Gesellschaftshaus“ einberufene. Auch dort drängte sich vor den Referententischen Mann an Mann, um möglichst vielen die Anwesenheit zu ermöglichen, aber auch hier hieß es für die etwas später gekommenen Wahlrechtskämpfer umkehren, draußen warten oder zu versuchen, in einer der anderen Versammlungen der Schönhauser Vorstadt ein Plätzchen zu finden. Die meisten dieser Genossen und Genossinnen machten jedoch den eiligt nach der Schönhauser bezw. Kastanienallee eingeschlagenen Weg umsonst, sie konnten schon aus den weithin wahrnehmbaren Menschenansammlungen auf die Ueberfüllung der Säle schließen. Dies war auch tatsächlich der Fall. Keines der beiden Lokale, weder die Wila-Säle noch das Praer-Theater, war groß genug, um alle, die gekommen waren, ihr Verlangen nach Rechtsgleichheit zu bekunden, aufnehmen zu können. Die Versammlungen auf dem Gesundbrunnen in den nebeneinander liegenden Lokalen von Ballschmieder und Franke waren schon lange vor ihrem Beginn überfüllt, obgleich die Tische entfernt und, um Platz zu gewinnen für die anströmenden Massen, nur wenige Sitzgelegenheiten gelassen wurden. Immer noch eilten Männer und Frauen herbei — die Referate anzuhören, blies ihnen jedoch ver sagt; sie mußten außerhalb der Säle den Schluß der Versammlungen abwarten, und es waren Hunderte, die sich hieran trotz des recht unfreundlichen Wetters nicht abhalten ließen. So bot denn die Badstraße um diese Tageszeit das von früheren Wahlrechtsdemonstrationen gewohnte Bild.

Wir schätzen die Besucher der Versammlungen auf dem Gesundbrunnen und in der Schönhauser Vorstadt auf ca. 10 000 bis 12 000.

Was die Polizei anbelangt, verhielt sie sich sehr „zurückhaltend“, d. h. es waren nur wenige ihrer Vertreter vor und in der Umgebung der Versammlungsorte anzutreffen.

Das Gros hielt sich im Hintergrund, hatte aber zu irgend welchen Noabitereien keine Gelegenheit. So stark die Versammlungen auch besucht waren, sie leert sich in bester Ordnung und Ruhe. Wir sind überzeugt, wenn es Herr v. Jagow über sich brächte, seine Untergebenen in der Respektierung der Staatsbürgerrechte zu disziplinieren, die Polizeifälle würden ruhen in der Scheide und die Growings, diesmal so bescheiden unter dem Mantel getragen, könnten ganz und gar in den Magazinen aufbewahrt bleiben als Erinnerungsgelken an eine Zeit, zu der man glaubte, die Arbeiter Preußens ließen sich abtreden in der Fortsetzung ihres Kampfes um das allgemeine Wahlrecht, um Recht und Gerechtigkeit!

Auf dem

Wedding

fanden fünf Versammlungen statt, die sämtlich überfüllt waren. Die Versammlung in Franz Festsälen in der Köllner Straße war ebenso wie die Versammlung bei Noabe in der Kolberger Straße von etwa 1200 Personen besucht. In der Vordrauererei mußte ein erheblicher Teil der Besucher in den übrigen Gasträumen verweilen, weil im Saal kein Platz mehr war.

Eines besonders regen Zustroms erfreuten sich die beiden Versammlungen in den Pharus-Sälen. Die geräumigen Säle reichten nicht aus, um alle die Erschienenen, die mit 4000 nicht zu hoch beziffert sind, zu fassen. Die großen Partieräume des Restaurants sowie auch der Garten konnten noch einen ganz ansehnlichen Besuch verzeichnen. Einen erhebenden, fast feierlichen Eindruck machte die Versammlung in dem oberen, dem größeren der beiden Säle. Die Wedding'sche Abteilung vom Arbeiter-Sängerbund hatte auf der Galerie Platz genommen, von wo aus sie in wohlgeleitener Weise die Versammlung mit einem Freiheitsliede einleitete und schloß. Während die Versammlungen bei Noabe, Franz und der Vordrauererei von der polizeilichen Absperrung verschont blieben, hatte sich die Polizei der Versammlungen in den Pharus-Sälen, aber um so mehr angenommen. Mit minutiöser Pünktlichkeit wurden die beiden Säle zu der angesetzten Versammlungsstunde (12 Uhr) den Nachströmenden unzugänglich gemacht. Etwa ein halbes Dutzend Schuppleute hatten auf

der Straße im näheren Umkreise der Versammlungen Posto gefaßt. In geradezu auffälliger Weise wurden die Blicke Reugieriger nach dem Hause Mallerstr. 35 gelenkt, wo ein immerhin beträchtliches Polizeikommando ein kleines Kriegslager aufgeschlagen hatte. Eine willkommene Zielscheibe des Berliner Volkswiws bildete der in mehreren Exemplaren vertretene Berliner Kriminalschutzmänn, der erst kürzlich durch seine staatsbreitenden Heldentaten bei dem „großen Noabiter Volksaufstande“ so viel von sich reden machte.

Trotzdem verliefen die Kundgebungen vollkommen ruhig und störlos.

Für den Stadtteil

Noabit

waren zwei Versammlungen einberufen worden, eine nach dem „Artushof“ in der Perlberger Straße und eine nach der „Kronenbrauerei“ in der Straße Alt-Noabit. In den Straßen mächte mit den paar Kirchgängern, die aus dem Gottesdienst heimwandelten, sich der mehr und mehr ankündende Strom der Männer und Frauen, die den Versammlungsorten zustrebten. Vor einer Kirche in der Nähe des „Artushof“ standen drei Schuppleute bereit, wie wenn sie die Weiblein, die da herausströmten, vor einer Verührung mit den Wahlrechtsforderern behüten wollten. Sonst aber sah man in den Straßen nur ganz vereinzelt mal einen Vertreter der „ordnungschaffenden“ Polizei, deren jüngste Leistungen gerade in Noabit noch in frischer Erinnerung sind. Die Versammlungsorte füllten sich rasch, sodas sie noch vor Beginn der Versammlungen die Flut der Einladbegehrenden nicht mehr aufnehmen vermochten.

Im „Artushof“ saßen und standen Kopf an Kopf in dem großen Saal an 1800 Personen, während noch mehrere Hundert Personen, die keinen Zutritt mehr gefunden hatten, wartend in den Vordäumen und im Garten verweilten.

In der „Kronenbrauerei“ erwies der große Saal sich als bei weitem zu klein, die 3500-4000 Männer und Frauen zu fassen, die hier zusammengeströmt waren. Um allen die Teilnahme an der Wahlrechtskundgebung zu ermöglichen, wurde sofort unter freiem Himmel im Garten noch eine zweite Versammlung abgehalten.

Nach Schluß der Versammlungen begaben die Massen sich nach Hause, ohne von der Polizei belästigt zu werden. In der Umgebung des „Artushof“ wie der „Kronenbrauerei“ hielten die durch die Straßen schlendernden Schutzmännepatrullen sich in gemessener Entfernung, so daß sie kaum bemerkt wurden.

Die Berliner Vororte

hielten über 40 Versammlungen ab. Der Besuch auch dieser Versammlungen war durchweg ein guter. Der Besuch nicht nur in den Berlin begrenzenden großen Arbeiterstädten, sondern auch in den entferntesten Orten der beiden Kreiswahlkreise Teltow-Beeskow und Niederbarnim. Wer von den Referenten durch die wohlüberlegte Strategie des Berliner Aktionsausschusses nach einem fernen Ort verschlagen wurde, dessen Existenz vielleicht sogar der geographischen Wissenschaft nicht bekannt ist, der stand zunächst einmal nach dem Verlassen des Bahnhofs hilflos auf der Straße. Aber nicht lange. Bald merkte er, daß in der einheimischen Bevölkerung das Bestreben herrschte, die Schritte nach einer bestimmten Richtung zu lenken. Wandte er sich selbst ebendorthin, so ergab sich bald, daß der ganze politisch rege Teil der Einwohnerschaft sich auf der Wanderung nach dem Versammlungsort befand, zu dem ein ununterbrochener Strom von Menschen stattfand. Wer sich diesem Strome anvertraute, gelangte fast überall ohne zu fragen zum Ziel.

Teltow-Beeskow.

In Nizdorf war der Andrang zu den vier Versammlungen so stark, daß die Säle teilweise schon vor Beginn polizeilich gesperrt wurden. In den Postage-Festsälen in der Bergstraße mußten wenigstens 500 Personen wieder abgehen. Gropes Festsäle in der Hermannstraße hätten noch einmal so groß sein können, um die Besucher alle zu fassen. Auch hier mußten Hunderte wieder umkehren. Eine dichtgedrängte Masse lauschte sowohl im Lokal von Fleisch in der Sineschestrade wie auch im Feldschlößchen in der Eisenstraße den Ausführungen der Redner.

Überall kam der tiefe Groll der Massen lebhaft zum Ausdruck und der scharfen Kritik der Redner folgte überall demonstrativer Beifall. Die Resolution fand in allen Versammlungen einstimmige Annahme.

Die Polizeidirektion hat viele Schuppleute um ihren Sonntagfrühstücken gebracht. Außer der Verleumdung durch fortgesetztes Heranziehen von neugierigen Kindern in der Bergstraße und in der Hermannstraße stiftete die Polizei keinerlei Unheil.

Im Charlottenburger Volkshaus sollten zwei Versammlungen stattfinden, doch waren die Gesamträume lange vor Beginn überfüllt und immer neue Massen begehrten Einlaß. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Schöneberg. In zwei überfüllten Versammlungen, in denen über 2000 Besucher anwesend waren, demonstrierten Männer und Frauen gegen das Dreiklassenwahlrecht. Einstimmig wurde die vorgelegte Resolution angenommen.

In Trebbin waren 200 Personen anwesend.

In den „Konfordia-Sälen“ in Treptow waren über 1100 Personen anwesend. Die überwachenden Beamten, welche aus Unkenntnis des Reichsvereinsgesetzes vom Vorsitzenden genaue Angaben über die Perion der Redner haben wollten, mußten sich erst die nötige Rechtsbelehrung unter dem Beifall der Versammlung geben lassen. In seinem Schlußwort erinnerte der Vorsitzende an den denkwürdigen 22. Januar 1905, den Beginn der russischen Revolution, das Klassenurteil in Frankreich gegen den Gewerkschaftssekretär Durand und das ungeheuerliche Urteil gegen die Freiheitskämpfer in Japan. Unter Führung des Gesangsvereins „Viedestremdschaft“ schloß die imposante Versammlung mit dem Absingen der Marxefalsche.

In Johannisthal waren im Bürgergarten 350 Personen versammelt, in Adlershof im Lokal von Eißner sogar deren 1000. In Beip-Bufow schätzte man die Zahl der Anwesenden auf 700-800. Auch hier sang ein Arbeitergesangsverein. In Tempelhof war der Saal des „Wilhelmshofes“ überfüllt, 300 Personen zählte in Mariendorf. In Groß-Lichterfelde tagte das erste Mal im Lokal „Schiffenral“, das in der Sieglitzerstraße gegenüber der Kaserne liegt. Den Soldaten soll angedroht worden sein, daß jeder, welcher das Lokal betritt, drei Tage Arrest erhält. In Zehlendorf war die Versammlung im Gesellschaftshaus sehr zahlreich besucht. Hier waren auch viele Genossen aus Teltow anwesend. In Wilmerdorf-Safenau wurde die von 1000 Personen besuchte Versammlung durch den Arbeitergesangsverein „Wilmerdorfer Männerchor“ eröffnet und geschlossen. Auch in Rowawes kauf ein vom „Freien Männerchor“ vorgetragenes Arbeiterlied die rechte Stimmung in der imposanten Versammlung. In König-Wusterhausen protestierten im Wedhornschen

Sokal 900 Männer und Frauen. In Wittenau eröffnete ebenfalls ein Arbeiterlied die von 700 Personen aus Wittenau und Vorflurwald besuchte Versammlung. Selbst in Dabendorf bei Jossen zählte man noch 150 Versammlungsteilnehmer.

Nieder-Barnim.

Die Versammlung, welche in Trapps Festillen in Tegel stattfand, war von etwa 1500 Personen besucht. In Wilhelmshagen waren 450-500 Versammlungsteilnehmer anwesend. In Kleinendorf-Dh zählte man über 1000 Männer und Frauen. Es war dies die größte Versammlung, die je am Orte stattgefunden hat. Auch die Versammlung in Panow im Restaurant „Zum Ausrücken“ war von über 1000 Personen besucht. Ueberfüllt war die Versammlung in Steffens „Lindengarten“ in Nieder-Schönhagen. Die Versammlung in Bernau war von 200 Personen besucht.

In Lichtenberg war der geräumige Saal des Schwarzen Adler gerammelt voll, selbst auf der Bühne hatten die Genossen Platz genommen. Trotzdem konnte ein Teil der Besucher keinen Einlaß mehr finden und mußte auf der Straße bleiben. Vor dem Lokal waren in Abständen über ein halbes Duzend Schutze mit umgeschulterten Revolvern postiert.

In Friedrichshagen und Neu-Lichtenberg fand eine gut besuchte Versammlung bei Eube statt. Die Versammlung wurde durch ein Lied des Arbeitergesangsvereins eingeleitet und ebenso geschlossen. Mit einem dreifachen Hoch auf ein freies Wahlrecht ging die von circa 400 Frauen und Männern besuchte Versammlung auseinander.

Kummelsburg. Sämtliche Räume des „Casé Bellevue“ waren von Protestteilnehmern überfüllt, so daß die Versammlung nach dem Garten verlegt werden mußte. Die Versammlung war von 2500 Männern und Frauen besucht. Eingeleitet wurde die Versammlung vom Kummelsburger „Männerchor“ mit dem Liede „Empor zum Licht“.

Ober-Schönweide. Die Versammlung im „Wilhelminenhof“ war von 1400 Personen besucht. Obgleich die Tische hinausgeschafft wurden, mußten viele Nachzügler umkehren. Der Gesangsverein „Ober-Schönweider Liedertafel“ eröffnete die Versammlung mit dem Gesang des Liedes „Empor zum Licht“.

Röpenitz. Die im Stadttheater tagende Versammlung war äußerst zahlreich besucht, Saal und Galerien waren dicht besetzt. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Friedrichshagen. Die Genossen und Genossinnen von Friedrichshagen, verbunden mit Schöneiche und Umgebung, protestierten in einer von gut 700 Teilnehmern besuchten Wahlrechtsversammlung. Eingeleitet und geschlossen wurde die Versammlung durch Gesänge des Männerchors.

Eine von Männern und Frauen aus den beiden Orten Mahlsdorf und Kaudsdorf sehr gut besuchte Demonstrationsversammlung tagte zu Mahlsdorf im Linkeischen Lokal. Auch die Versammlung in Erkner-Walldorf war für die dortigen Verhältnisse gut besucht. Die Versammlung in Kallberge-Küdersdorf zählte circa 500 Personen, unter denen viele Frauen waren.

Wahlrechtsversammlungen in der Provinz.

Auch in den übrigen Teilen des preussischen Polizeistaates fanden meist außergewöhnlich stark besuchte Versammlungen statt. Wöher gingen darüber folgende Nachrichten ein:

Spandau. Seit über 2000, darunter viele Frauen waren dem Rufe gefolgt und am Sonntag mittag in die Versammlung bei Wöhle, Gabelstr. 20, gekommen. Das Lokal war überfüllt; bis auf den Hof und die Straße standen die Erschienenen.

Brandenburg (Havel). Die zwei hier abgehaltenen Versammlungen waren von 2000 Personen besucht.

Ferner fanden in Finsterwalde, Fürstenwalde Sommerfeld, Schwiebus, Rüdzig, Grenzlaun Kauen, Rheinsberg gutbesuchte Versammlungen statt.

Rögnitzberg. Zwei große Versammlungen trotz schlechten Wetters von 8000 Personen besucht. Großes Polizeiaufgebot. Die Demonstration verlief ruhig.

In Ostpreußen fanden weitere Versammlungen statt in Sambinen, Lillit, Memel, Mastenberg, Lgd, Braunsberg und Osterode.

Breslau. Sechs überfüllte Versammlungen, an denen circa 8000 Personen teilnahmen. Die Polizei war zurückhaltend.

Landkreis Breslau. 13 Versammlungen.

Provinz Schlesien. Es fanden mehr als 60 Versammlungen in der Provinz statt. In allen Versammlungen fand eine Resolution Annahme, die gegen das Schweigen in der Wahlrechtsfrage in der Thronrede protestiert.

Obrigkeit. Sechs Versammlungen, außergewöhnlich stark besucht. Kiel. Im Kieler Wahlkreis wurden 10 Versammlungen abgehalten. Die Beteiligung war sehr stark. In Kiel allein beteiligten sich circa 8000 Personen.

Hamburg. Zwei überfüllte Versammlungen protestierten einmütig und verliefen sonst ruhig.

Elmsbörn. Eine gutbesuchte Versammlung (über 1000 Personen).

Altona. Große Versammlung (4000 Teilnehmer).

Wandbeker. Ueberfüllte Versammlung. Ferner fanden Versammlungen in Schiffel (900 Personen) und Sonden (600 Personen) statt.

Lüneburg. Stark besuchte Versammlung.

Halle. In den acht Wahlkreisen des Bezirks Merseburg fanden 63 Demonstrationsversammlungen statt, die ausnahmslos sehr stark besucht waren. Die vier Versammlungen in Halle waren polizeilich abgepickt. Vor den Versammlungen fand eine Flugblattverbreitung statt, wobei circa 80 Genossen von der Polizei festgenommen wurden. Grund wurde den Verhafteten nicht angegeben.

Magdeburg. Zwei Demonstrationsversammlungen, darunter eine unter freiem Himmel, waren sehr stark besucht. Die Zahl der Teilnehmer wird auf 8000 geschätzt. Die Polizei hatte ihre Streitkräfte im Aufendienst durch Doppelposten verstärkt, sie verhielt sich jedoch passiv.

Erfurt. In Erfurt und Umgebung fanden drei Versammlungen statt, die insgesamt von ca. 3000 Personen besucht waren.

Eisfeld. In Eisfeld und Varnen fanden vier Versammlungen statt, sie waren durchgängig überfüllt. Die Besucherzahl belief sich auf ca. 5000. Die Versammlungen protestierten gleichzeitig gegen die sogenannte Reform der rheinischen Landgemeindeordnung, die die Vorrechte der Besitzenden erhalten will.

Reinscheid. Die Versammlungen im Reinscheider Wahlkreis und im Kreis Hagen-Schwelm verliefen bei sehr starker Beteiligung ruhig.

Röln. Im Röln Kreis fanden 8, im Mühlheimer Kreis 6 und im Aachener Kreis 5 durchgängig überfüllte Versammlungen statt; in Bonn eine Versammlung.

Düsseldorf. Im Kreis Düsseldorf wurden 9 Versammlungen abgehalten, die auch überfüllt waren.

Essen. Im Stadt- und Landkreis Essen protestierte die Bevölkerung in vier Versammlungen. Die Versammlungen waren, wie überall, sehr stark besucht. Die Polizei hielt sich überall zurück.

Lüdenscheid. In Lüdenscheid, Iserlohn, Altona, Verdohl, Gröne und Dellingshofen wurden 6 Versammlungen abgehalten. Besucherzahl 5000.

Dortmund. Der Wahlkreis Dortmund veranstaltete 13 Versammlungen. Sie waren gut besucht. Zwischenfälle sind nicht zu verzeichnen.

Bochum. In Bochum fanden 6 gutbesuchte Versammlungen statt. Auch die Versammlungen in Herne und Weisenkirch waren sehr stark besucht.

Stelefeld. In Stelefeld und den Vororten fanden drei Versammlungen statt. 3000 Besucher. Hunderte fanden keinen Platz mehr.

Rassel. Eine Versammlung war von 2000 Personen besucht. Die Polizei hatte umfassende Maßnahmen getroffen. In irgendwelchem Finschreiten kam es nicht.

Frankfurt a. M. Im Frankfurter Gebiet wurden 80 Versammlungen abgehalten. Diese Versammlungen, sowie die Demonstrationsveranstaltungen in Hanau, Höchst und Wiesbaden waren meist gut besucht.

Aus Industrie und Handel.

Der Hunger geht um.

New York, 9. Januar. Trübe ist die Lage des amerikanischen Arbeitsmarktes und düster die Aussicht für die nächste Zukunft. Das gleiche Bild im Oiten der Vereinigten Staaten, im Binnenlande und an den Gestaden des Stillen Ozeans!

In dem dieser Tage veröffentlichten Rechenschaftsbericht der hiesigen Kommission für Wohltätigkeit und Besserung der Wohnungsverhältnisse heißt es: „Rund 500 000 Personen werden in der Stadt New York bei einer Bevölkerung von nicht ganz 6 Millionen Mägen von Wohltätigkeitsanstalten unterstützt. Niemand vermag zu sagen, wie viele Leute der Unterstützung bedürftig sind. Aber es ist einwandfrei dargetan, daß mindestens ein Reuteil der Gesamtbevölkerung der Wohlthätigkeit zur Last fällt.“ Erstattet ist der vorstehend zitierte Bericht im Namen von 571 Vereinen; auf das städtische Unterstützungswesen nimmt er nicht einmal Bezug. Sonst würde er noch viel, viel trostloser lauten, obwohl er schon ohnedies ein erschütterndes Bild von der Lage des Proletariats in der reichsten und so ziemlich die besten Arbeitsverhältnisse aufweisenden Stadt der Vereinigten Staaten entwirft.

Von den 200 000 Arbeitern, welche noch im dritten Quartal des letzten Jahres in der Eisen- und Stahlindustrie von Pittsburg, Wheeling, Youngstown und Johnstown in vollem Umfang beschäftigt waren, sind gegen 80 000 zum Feiern gezwungen. Die Rückwanderung nach Europa hat in dem Hochofenrevier wieder eingesetzt. Mehr denn 10 000 Männer traten die Reise über den Atlantischen Ozean an. Nur ein Teil von ihnen wartet die Wiederkehr besserer Verhältnisse ab, um nach Pennsylvanien und West-Virginia zurückzukommen. Die meisten der Rückwanderer sind amerikanische und europäische Arbeiter, die in Europa zu bleiben. Von den Abgelegten entfallen fast 30 000 auf das Pittsburg-Revier, wo bis zum Juli 1910 annähernd 110 000 Arbeiter beschäftigt waren.

Die Zahl der Entlassenen gibt noch kein richtiges Bild des Arbeitsmarktes. Denn die 80 000 noch beschäftigten Männer des Pittsburg-Reviers arbeiten im Durchschnitt kaum halbe Zeit. In Wheeling, Youngstown und Johnstown, Städten mit gewaltiger Eisen- und Stahlindustrie, ist es nicht besser, sondern allem Anschein nach noch schlimmer. Die dortigen Werke verweigern jegliche Auskunft über die Situation. Gewerkschaften, deren Sekretäre Auskunft erteilen könnten, besitzen nicht. Wenn trotzdem 80 000 Arbeitslose ermittelt werden konnten, darf man getrost annehmen,

daß noch viel mehr Leute abgelegt worden sind. Von ihren 17 000 Arbeitern entließen die Cambria Steel Works zu Johnstown gegen 5000; der Rest wird zwei bis drei Tage per Woche beschäftigt. Die Leute verdienen gerade genug, um sich vor dem Verhungern zu schützen. Noch trostloser steht es in Wheeling und Umgebung aus. 12 000 Arbeiter sind dort abgelegt. Das Walzwerk La Belle, das 8500 Leute beschäftigte, ruht gänzlich. In den Aetna Steel Mills sind noch 3500 Mann beschäftigt, während die normale Zahl der Arbeiter 9000 beträgt. Die Loughlin-Werke halten nur in vier von ihren 23 Abteilungen den Betrieb aufrecht. Ebenso arg ist es in den der Carnegie Steel Co. gehörigen Walzwerken in Velleaire.

Für die Beurteilung der Lage der Eisen- und Stahlindustrie bietet der Umfang der Koksproduktion einen Maßstab. Sie ging nach dem offiziellen Bericht der Hochofenbesitzer des Reviers Conneville von 449 082 Tonnen in der ersten Januarwoche 1910 auf 292 438 in der letzten Woche des verflohenen Jahres zurück. Von den 80 000 in der Koksproduktion beschäftigten Arbeitern wurde rund ein Drittel brotlos. Nicht minder ungünstig lauten die Nachrichten aus dem Westen.

Vorstehend wurde die Eisenindustrie nur darum herausgegriffen, weil ihre Lage das ganze Wirtschaftsleben und damit den Arbeitsmarkt allgemein fühlbar beeinflusst.

Auf eine Besserung ist vorläufig nicht zu hoffen. Unter dem Vorsitze Garms, des eigentlichen Leiters des Stahlwerks, traten im November 1910 Vertreter der Stahlindustrie zusammen; sie repräsentierten 95 Proz. der Produktion. Die Effektivierungen stellten sich damals auf etwas über 50 Proz., die vorliegenden Bestellungen auf weniger als die Hälfte der Leistungsfähigkeit; sie sind nach den Neujahrsveröffentlichungen inzwischen noch geringer geworden. Auf der Konferenz wurde vereinbart, die Preise auf der gegenwärtigen Höhe zu halten. Auf der anderen Seite sind die Abnehmer, in erster Linie die Eisenbahnen, entschlossen, bei den jetzigen Notierungen mit Aufträgen zurückzuhalten. „Iron Age“, ein gewand redigiertes Fachblatt, das sich warm der Interessen der Stahlindustriellen annimmt, schreibt in seiner letzten Nummer: „Die unvermeidliche Erwartung niedrigerer Preise läßt einen bestimmten Einfluß auf den Eisen- und Stahlmarkt aus. Die gehegte Hoffnung ist angesichts des überfüllten Marktes recht wohl begründet.“

Mit der Zurückhaltung von Aufträgen verfolgen die Bahnen noch ihre besonderen Zwecke. Auf Grund der im Juli letzten Jahres in Kraft getretenen Mann-Eis-Akte suspendierte die Bundeskommission für wirtschaftlichen Verkehr die von den Bahnerwartungen angeforderten Erhöhungen der Frachttarife. Eine Entscheidung ist noch immer nicht erlangt und vor März oder April auch nicht zu erwarten. Obwohl die Dividenden für die drei ersten Quartale 1910 gegenüber den gleichen Zeiträumen des Vorjahres fast allgemein stiegen, lassen die Bahnerwartungen schon seit fünf Monaten verbreiten, daß sie infolge der verminderten Rentabilität nicht über die zur Ergänzung des rollenden Materials und zur angemessenen Unterhaltung der Strecken und anderen Anlegen erforderlichen Gelder verfügen. Vom Standpunkte der Aktionäre aus ist es ja bis zu einem Grade begreiflich, daß die Eisenbahnen im Hinblick auf die noch ausstehende Entscheidung über die Erhöhung der Frachttarife eine abwartende Haltung einnehmen. Aber die demagogische Bearbeitung der öffentlichen Meinung zum Zwecke der Beeinflussung der zwischenstaatlichen Verkehrskommission ist schon im Hinblick auf die verhängnisvollen Folgen für viele Arbeiter- und Geschäftskreise höchst verwerflich. Andererseits könnten die Stahlindustriellen ohne den ihnen durch die Hölle geschaffenen Schutz gegen die Auslandskonkurrenz ihre gegenwärtigen Wucherpreise nicht behaupten.

Die rückläufige Bewegung unseres Wirtschaftslebens, welche sich trotz der guten Ernte und der gesteigerten Kohlenförderung seit einigen Monaten bemerkbar macht, wurde durch das Verschalen der Eisenbahn- und Stahlmagnaten, wenn auch nicht verhindert, so doch beschleunigt und wesentlich verschärft. Für die Sünden des wucherischen Kapitals müssen in letzter Linie die Arbeiter büßen.

Wirtschaftlicher Marktbericht der Adhäsigen Marktbesitzer-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktblätern. Markttag: Freitag. Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise für Roh- und Schweinefleisch anziehend, sonst un verändert. Milch: Zufuhr reichlich, Geschäft ziemlich reger, Preise fast un verändert. Getreide: Zufuhr mäßig, Geschäft schleppend, Preise behauptet. Fleisch: Zufuhr knapp, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise un verändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft sehr still, Preise fast un verändert.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		am		
	22. I.	21. I.	22. I.	21. I.	
	am	am	am	am	
Bremel, Mühl	341 ¹	+17	Saale, Brühl	138	-2
Regel, Anstalt	145 ¹	+2	Qabel, Sanden	110	-3
Wesiel, Thom	180 ¹	+6	Qabel, Sanden	139	+1
Ober, Rathow	312	-9	Spree, Sternberg	210	0
„ „ „ „	192	+7	Bestow	178	0
„ „ „ „	270	+15	Weser, Minden	14	-1
Weser, Schrimm	96	+20	Weser, Minden	67	+11
Weser, Sandberg	58	+7	Rhein, Rastatt	348	-9
Weser, Borsum	48	-2	Rhein, Rastatt	178	-5
Weser, Weimerg	120	+34	„ „ „	198	-4
„ „ „ „	-14	+33	„ „ „	88	-3
„ „ „ „	339	+87	„ „ „	—	—
„ „ „ „	175	+40	„ „ „	104	-4

¹ + bedeutet Wuchs, - Fall, - ? Unterpost, - ? Stöhan, - ? oberhalb und unterhalb der angegebenen Stöhan, - ? eistrel.

Syphilis - Nachweis
in allen Trich. u. veraltet. zweifelhafte Fall durch mikroskop. Untersuchung, sofort; besgl. Darm (bes. auf Gonorrhoe-Fäden) u. Spilium-Analyse. Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, im Reichen- und Mohrenstrasse, I. 8724. Berl. Adressb. d. Str. u. lottent. Gedruckt von 8-9 Sonntags von 12-1.

Dollmanns Bandagen
Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenkpflege, Verbandstoffe, Gummigewer etc. Berlin N., Rothringstr. 60. Lieferant für Krankenkassen. Eigene Werkstat.

Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie Zaremba, Weinbergstr. 1, dir. u. Holtenauer Str. Wichtigste Bezugspunkte! Versuch! zur dauernden Kundschaff.

Große heimische, delikate Käse
Ritte mit 66 Stück für 20, 2.50 fr. 2. G. Mackenrodt, Quedlinburg 10.

MANOLI CIGARETTES
zu haben in den Spezial-Geschäften
DANDY - CHIC
GIBSON GIRL - LA FLEUR

20 Säle und Vereinszimmer
mit modernen Bühnen, in allen Größen sowie 8 neu renovierte Kegelbahnen an Wochentagen (auch einige Sonnabende und Sonntage) noch frei.

Sophien-Säle Pracht-Säle Alt-Berlin
O. 54, Sophienstr. 17-18 Blumenstr. 10
Tel. III 2783 Tel. VII 3095
Inhaber: Paul Bantz.

Nach der Inventur
verkaufen wir einen Posten zurückgesetzter Abonnements-Anzüge für 8 M., 10 M. und 12 M.

J. Stock & Co., Größtes Abonnements-Haus feiner Herren-Moden.
Verkaufsstelle der getragenen Anzüge Chaussee-Straße 1, Eingang Elsassstr.

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Sommer noch **Nichelswerder**, an der neuen Preerbrücke beim **Alten Freund**.

Wir empfehlen:
Die Welträtsel.
Gemeinverändl. Studien über monistische Philosophie.
Von **Ernst Haeckel**.
Mit Nachträgen zur Begründung der monistischen Weltanschauung.
Preis 1 Mark.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68
Lindenstraße 60 (Laden).

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 24. Januar.

Königl. Opernhaus. Keine Vorstellung.
Königl. Schauspielhaus. Der Kaufmann von Venedig.
Deutsches. Othello.
Kammerspiele. Langelot.
 (Anf. 8 Uhr.)

Neues königl. Opern-Theater.
 Der Freischütz.
 Sonntag. Die Ratten.
 Komische Oper. Weibchen.
 Kleines. Studentenliebe.
Neues Operetten. Die schöne Wally.

Neues Schauspielhaus. Kleine Schokoladenmädchen.
Berliner. Bummelstudenten.
Westen. Das Puppenmädchen.
Trianon. Der G. m. b. H. Tenor.
Wieder. Hippolyte Abenteuer.
Waldhalla. Polnische Sträflinge.
Schiller. Der Himmelfahrer.

Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.
Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.

Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.
Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.

Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.
Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.

Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.
Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.

Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.
Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.

Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.
Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.

Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.
Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.

Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.
Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.

Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.
Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.

Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.
Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.

Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.
Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.

Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.
Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.

Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.
Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.

Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.
Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.

Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.
Der Himmelfahrer.
Schiller. Der Himmelfahrer.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater
 Taubenstraße 45/49.
 Abends 8 Uhr:
 Direktor Franz Goerke:
Meine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.
 Hörsaal 6 Uhr:
 Professor Dr. B. Donath:
Wellenlehre und Schall.
 Abends 8 Uhr:
 Prof. Dr. Artur Bins (Handels-
 hochschule): Der gegenwärtige
 Stand der chemischen Großindustrie
 in Deutschland.

Kaiser-Panorama.
 Neu! Mittelmeer-Reise.
 Schloß Achilleion. L. W.
 Wintersport in Oberengadin.
 Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf.
 Abonnements 1 M. Tausende Abonn.

Residenz-Theater.
 Direktion: Richard Alexander.
 Anfang 8 Uhr.
Pariser Menu.
 Drei Gänge von Georges Feydeau
 und Deber-Abric.
 1. Gang: „32 Meter über Paris“.
 2. Gang: „Eine Nachtigung“, 1 Akt
 von Georges Feydeau.
 3. Gang: „Nach dem Hühner-
 Ball“, 1 Akt von Georges Feydeau.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 182.
 Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
Don Carlos.
 Dramat. Gedicht in 5 Akten v. Schiller.
 Mittwoch, Freitag: Der Glöck-
 schmelz. Donnerstag: Die Räuber.
 Sonnabend nachm.: Prinzessin
 Edeltraut. Abends: Don Carlos.

Metropol-Theater.
Hurra!
Wir leben noch!
 Große Ausstattungskostüm in 7 Akten
 v. A. Freund. Musik v. H. Goldner.
 In Szene gesetzt von Dir. H. Schulz.
 Anfang 8 Uhr: Hurra! gelacht.

Apollo Theater
 Komisch
Otto Reutters
 neueste Schlager gehört haben.
 Vorher ab 8 Uhr:
 Nur noch wenige Tage!
 Das grandiose Programm.

WINTERGARTEN
 Das lustige, glänzende
Januarprogramm
La belle Leonora
 Spanische Tänzerin.
 Mila. Donarbers
Luftballonfahrt
 über den Köpfen des Publikums
ETHEL LEVEY
 Amerikanische Sängerin
 und weitere
 12 Star-Attraktionen 12

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr.
Affe Consul
 Menschendarsteller.
 P. Schneider-Duncker.
Lina Loos
 u. d. großartige Januar-Program.

Herrnfeld Theater
 Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-3 Uhr.
Zwei Schlager:
Eine verlorene Nacht.
 Er, Sie und Er
 mit Kanton und Donat Dornfeld in
 den Hauptrollen.

Burgtheater-
 Festsäle und Kinematograph
 vom. Groterjan. Umbau: Rud. Herz.
 Schönhauser Allee 129. Tel. 3. 9353
Lebende Photographien.
 Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
 Anf. 7 u. Sonntag 4 u. Vorverkauf
 nur noch ein wenig. 25 Pf. auf allen
 Plätzen. Jedes wech. Programm.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Baumer-Iden).
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Himmel auf Erden.
 Schwan in 3 Akten von Julius Gort.
 Ende 10 Uhr.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Egmont.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Kreuzschreiber.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Nathan der Weise.
 Ein dramatisches Gedicht in fünf
 Akten v. G. E. Lessing. Ende 11 1/2 u.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Nacht der Feuertänzer.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Husarenfieber.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
 Mauersstr. 62. Zimmerstr. 90-91
 !!! Heute !!!
 Eintritt 50 Pf.
Gastspiel der
„Diavoli rossi di Pianella“.
 Original Italien. Harmonie-Orchester. Zum ersten Male in Deutschland!
 Anfang 8 Uhr. — An allen Wochentagen von 4-7 Uhr:
Großes Promenadenkonzert bei freiem Eintritt.

Pro Patria.
 Ein Drama im Unterseeboot und das
Schlagerprogramm dieser Woche
 müssen Sie sehen im
Excelsior-Lichtspielhaus
 Rixdorf, Bergstr. 151/152. (Passage.)

Neue freie Volksbühne
 Sonnabend, den 28. Januar 1911, in den
 Gesamträumen der Brauerei Friedrichshain am Königstor:
Großes Alpen-Fest
 (Tiroler Volksfest)
 — veranstaltet zugunsten des Baufonds —
 Schorsch Ehrengraber mit seiner Kapelle — Ballmusik: Berliner
 Sinfonie-Orchester — Tiroler Kapellen und Sänger-Gesellschaften —
 Schachplattler — Allerlei Volksbelustigungen — Alpenrutschbahn —
 Original-Biertunnel.
 Preis des Billette im Vorverkauf 75 Pf. Beginn 9 Uhr.
 Billette sind in der Geschäftsstelle sowie in allen Zahlstellen zu haben.
 Alle Mitglieder und Freunde des Vereins laden herzlich ein
 180/1*
Die Baukommission.
 NB. Alle Festteilnehmer werden gebeten, möglichst in Kostüm zu
 erscheinen, besonders als Tiroler, Tirolerinnen, Bauern,
 Sennerrinnen, Führer, Jäger, Tauristen, Globetrotter, Sommergäste,
 Handwerksburschen usw.

Zirkus Busch.
 Dienstag, 24. Jan., abds. 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend.
 Frä. Martha Hehne, Schultze.
5 Cliftons 5.
 Gastspiel d. Hrn. Direkt. Pierre
 Althoff und Frau Direktor Adele
 Althoff Freiheitsadressuren.
 Die Fredians, Akrobaten zu
 Pferde. 3 Gebr. Fratellini, ur-
 komische Clowns. Aeres, ur-
 kom. Trapezkünstler.
 Um 9 Uhr ca. zum 23. Male:
„Armin“!
 Vorher das große Galaprogramm.

Bosporus
am Moritzplatz.
 Täglich 8 Uhr
 Das erstklassige Spezialitäten-
 Programm.
 Beachten Sie das
 Varietè-Konsum-System
 Nach Schluß der Vorstellung:
Anfang des Triumphatorfestes.
 Großer Betrieb, 2 Kapellen, Fest-
 zug bis 2 Uhr nachts.
 Donnerstag, den 26. Januar 1911
 Voranzeige! Voranzeige!
 Prämierung der engsten Taille.

Zirkus A. Schumann.
 Berlins größtes
 Vergnügungs-Etablissement.
 Dienstag, 24. Januar, abds. 7 1/2 u.
Briff-Bruff-Bruff.
Arconi-Truppe, vier
Foot-Ball - Push-Ball
Polo-Ball
Kreisel-Globus,
 neueste Erfindung des Direktors
 H. B. Schumann.
 Exklusiv, geritten von Herrn Karl
 Sch. sowie die
 übrigen Attraktionen.
Der große Coup
 9 1/2 Uhr. der 9 1/2 Uhr.
Schmuggler.

Theater Sanssouci
 Hochbahnstation Köpenicker Tor.
 8 1/2 Uhr:
7 Roller
Skating girls.
R. Neemann
Lotte Sebus
So wird's gemacht.
 Bielefeld.

LICHTSPIELE.
MOZART-SAAL.
 Nollendorf-Platz.
 Beginn 6 Uhr.

Karl Haverland-
 Anfang 8 Uhr. Kommandant-
 str. 7 1/2 u. Theaterstr. 77/78.
Das sensationelle
Januar-Programm.
Victor Ritter mit sein. neuesten
 Schlingern.

Passage-Panoptikum.
 Lebend! Lebend!
Das blaue
Weib:
 Ein Opfer wilder Barbaren.
Prinz Atom:
 der kleinste Mensch aller Zeiten.
Der Mann mit dem
eisernen Schlund.
Buddhas Wundertafel.
 Alles ohne Extra-Entrée!

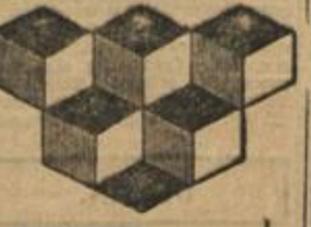
Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Donnerstag, den 26. Januar 1911:
Sudermann-Abend.
Das Glück im Winkel
 Schauspiel in 3 Akten v. D. Sudermann.
 Kassenöffn. 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
 Nach der Vorstellung:
Tanz.

Volgt-Theater
 Gesundbrunnen, Bodstraße 58.
 Gastspiel in Puhmanns Theat.,
 Schönhauser Allee 148:
 Dienstag, den 24. Januar 1911:
Ein feltfamer Fall.
 Ueberrassendes Schauspiel in 4 Akten
 Kassenöffn. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater
 Goldgraber Straße 37. Täglich 8 Uhr:
 Das Original Berliner Volkstheater
Julie Wippen.
 Ueberrassender Ueberrassender Ueberrassender
 Um Stille der ehem. Berliner Bühne.
 Vorker erstklassiger bunter Teil.
 Sonntag 8 1/2 Uhr. Berühmte Theater.

Königstadt-Kasino.
 Potsdamerstr. 72. Ueberrassender.
 Täglich: Esmanoff-Truppe, russ.
 Sänger, Franz Sobanski, Pulwar,
 Musikant, Godeker Kühn, Tho
 Murnellas, Popsänger usw.
Die Erbtante.
 Poffe mit Gesang von Uly-Sobanski.
 Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr.

Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.

3 oder 5
?


U.T. und gute
Unterhaltung
sind identisch.
 Alexander-
 Platz
 U. d. Linden 21
 Wedding
 Hasenheide
 Moritzplatz
Auflösung!
 Falls Sie heute
 abend zufällig nicht
 ins Union-Theater
 gehen sollten, be-
 schäftigen Sie sich
 bitte damit, zu ent-
 decken, ob dies 3
 oder 5 Würfel sind.

Arnold Scholz **Neue Welt** **Hasenheide**
 108-114
Heute Dienstag, den 23. Januar 1911:
Bockbierfest
in den bayerischen Alpen.
 Um 9 1/2 Uhr:
Der Schützenkönig von Berchtesgaden.
 Neu für Groß-Berlin!
Wunderbare Alpendekoration.
Echt bayerische Mad'l-Bedienung.
Anfang 7 Uhr. 4 Kapellen. Entree 30 Pf.
 Voranzeige!
Donnerstag, den 26. Januar 1911:
Gr. Elite-Tag. Prämierung des leichtesten Ehepaares.
 Drei bare Geldpreise: 50, 30, 20 Mark.
 Legitimation ist mitzubringen. — Anmeldungen bis 10 Uhr abends.

Sport-Palast
 Entree 1 M. Potsdamer Straße 72-72a Entree 1 M.
Größter Eispalast der Welt.
Feerie „Karnawal am Nordpol“.
 200 Eislauferkünstler. X Prachtvolle Ausstattung.
 Unerreichbare Lichteffekte. X 2 Musikkapellen.
 Raum für 10 000 Personen. X Unterricht im Eislauf.
Vermittlungs-Konzerte.
 Sonntags 4 Uhr: **Nachmittags-Vorstellung.**
 Dienstag, den 24. or.: **Schnelllauf-Präkonkurrenzen**
 der Berliner Athletik-Vereine.

Passage-Panoptikum.
 Lebend! Lebend!
Das blaue
Weib:
 Ein Opfer wilder Barbaren.
Prinz Atom:
 der kleinste Mensch aller Zeiten.
Der Mann mit dem
eisernen Schlund.
Buddhas Wundertafel.
 Alles ohne Extra-Entrée!

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Donnerstag, den 26. Januar 1911:
Sudermann-Abend.
Das Glück im Winkel
 Schauspiel in 3 Akten v. D. Sudermann.
 Kassenöffn. 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
 Nach der Vorstellung:
Tanz.

Volgt-Theater
 Gesundbrunnen, Bodstraße 58.
 Gastspiel in Puhmanns Theat.,
 Schönhauser Allee 148:
 Dienstag, den 24. Januar 1911:
Ein feltfamer Fall.
 Ueberrassendes Schauspiel in 4 Akten
 Kassenöffn. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater
 Goldgraber Straße 37. Täglich 8 Uhr:
 Das Original Berliner Volkstheater
Julie Wippen.
 Ueberrassender Ueberrassender Ueberrassender
 Um Stille der ehem. Berliner Bühne.
 Vorker erstklassiger bunter Teil.
 Sonntag 8 1/2 Uhr. Berühmte Theater.

Königstadt-Kasino.
 Potsdamerstr. 72. Ueberrassender.
 Täglich: Esmanoff-Truppe, russ.
 Sänger, Franz Sobanski, Pulwar,
 Musikant, Godeker Kühn, Tho
 Murnellas, Popsänger usw.
Die Erbtante.
 Poffe mit Gesang von Uly-Sobanski.
 Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr.

Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.

Für den Inhalt der Inserate
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

Partei-Angelegenheiten.

Schlendker (Wannseebahn). Heute Dienstag, den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung des Wahlvereins bei Berno Midley. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. Der Vorstand.

Adlershof. Heute Dienstag, den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Genossen Bayer, Bismarckstr. 10, Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Heinrich Ströbel über: „Historischer Materialismus“. 3. Bericht des Vorstandes. 4. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Unter den Linden am 22. Januar.

Seit Jahren zum ersten Male sah es rings um das graue Schloßgemäuer an der Spree, sobald der Hof ein Fest feiert, wieder mal einigermaßen manierlich aus. Die Polizei, die bisher bei solchen Gelegenheiten schon Gespenster sah, wenn halb Berlin noch im Sonntagschlaf lag und nicht mal träumte von Revolution, zog vorgestern erst in zwölfter Mittagsstunde auf — ohne Browning, im gurtlosen blauen Kittel. Hat man sich am Alexanderplatz nun endlich genug blamieren? Ist man den Achtgroßentungen und den noch tiefer stehenden scharfmacherischen Drahtziehern allzu oft auf den reaktionären Leim gegangen? Die umgebenden Brücken und die sonstigen Hauptzugänge zur Festung des Preußenkönigs waren ja noch immer ganz überflüssig mit Posten besetzt, aber es fiel doch sofort auf, daß die Polizei-Feldherren nicht den fünften Teil ihrer früher üblichen Macht aufgebieten hatten. In Privatgebäuden, Banken, in Börse und Dom waren keine Detachements untergebracht zum „Schutze“ gegen einen eingebildeten Feind. Nur im Saal des Schloßes verschwanden etwa hundert Mannschaften, um sich bei Alkohol und Stat die Vangeweile zu vertreiben. Die Verititten konnten gezählt werden.

Die Bevölkerung blieb dem höfischen Ordenskultus fern bis auf die gewohnheitsmäßige Lindengalerie der Sonntagsgaffer, die bald von den Inselperrons im Lustgarten verjagt wurden und keine Stiefelspitze über die Vordachwelle sehen durften. Es hat immer etwas ungemein Komisches und zugleich Erniedrigendes an sich, wenn beim bekannnten Sirenenklang die patriotischen Maulaffen in wilder Hast nach vorn drängen und sich den Hals austrecken. . . Was sehen sie? Eine ordentlich besetzte Uniform, einen grellbunten Federhut, an dem man den seltenen Vogel erkennt, und — einen Menschen. Vorgestern gab überhaupt nichts zu sehen, denn der ganze Ordensrummel spielt sich hinter den Schloßkullissen ab. Den unaufhörlich vorbeifahrenden Benzinkutschen entstieg erst im Schloßhofe ergraute Generäle, die den Ordenssaal zum soundsovielten Male blasiert mitmachen, gepreizte Staatsbeamte, denen die Ordenszier an die wackere Amtsbrust fliegt, wenn die halbe Wandel Dienstjahre voll ist oder der hohe Vorgesetzte gut gefürhst hat, Hunderte von Offizieren, die ohne erkennbares Verdienst auf Behänderung der Lapferkeitsweste unsehbar Anspruch haben, . . . und die Ordensproleten, die nach einem Menschenalter mit knapper Not das Allgemeine Ehrenzeichen ergatterten, ziehen in die Königsburg auf Schusters Rappen ein. Bis die verheißungsvollen Schleusen der Hofküche sich öffnen, wird die Magen geduld auf eine harte Probe gestellt. Vor des Leibes Kung muß droben in der Schloßkapelle, wo nach höfischer Etikette die neugebackenen Ritter das fünfte Rad am Hofswagen sind, die Seele abgefüttert werden. Dann erst gehts mit steifer Gemessenheit, unter den zereemoniösen Klinterlischen der Höflinge und mit Fanfarengebläse zum lederen Mahle. Im Geiste sehen wir den herrlichsten aller Rangler. Die eine Trauerweide läßt die ellenlange Gestalt die philosophischen Flügel hängen. Die strahlende Hohenzollernsonne läßt ihm zwar noch, aber der große Kuliffenschieber hat sich seit Wochen gehörig den Magen verdorben. Am anderen Ende der Tafel würgt der Polizeigewaltige an einem mächtigen Knochen. Daß er nur nicht daran erstickt! Und da hinten bei den Ordensgästen . . . sind das frischdekorierte blaue Silberne Heiden von Raabit?

Ein feiner, eiskalter Sprühregen hat die Mehrzahl der Strafengaffer in das Zeughaus getrieben. Hier können sie die aufgeschichteten Orden Wilhelms des „Großen“ und des Ersten Napoleon bewundern, desselben klugen Korsen, der von Orden so geringschäßig dachte, daß er sie monarchische Kinderklappern nannte. Erst das Aufziehen der Wache, natürlich mit der obligaten Siegerkranzhymne, bringt wieder etwas mehr Leben in die Lindenstaffage. Ein paar abgerissene, frierende arme Teufel aus dem Obdachlosensaal, von Gentilements scharf aufs Korn genommen, stellen Vergleiche an zwischen Glanz und Elend, Ueberfluß und Hunger. Oben von den Schloßfenstern äugen Minister, Generäle, Vandräte auf die mäuschenfille Menge herab. Wo bleiben denn bloß die Strawaller, die Barrikadenbauer und Schloßstürmer? Da könnt ihr lange warten!

Und so durstet die da in den Brunnfälen ungefürt ihre metallene Renommierbrust mit des Königs Champagner begeben. . . .

Die Tuberkulose-Ausstellung.

Mit einfachen Mitteln hat die Stadt Wilmersdorf dieser Tage die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu lenken gewußt. Wir reden nicht vom Straßenbahnvertrag, auch nicht vom Gänsegeknatter des Herrn Leidig, sondern von der Tuberkulose-Ausstellung, die dank der Tätigkeit der städtischen Gesundheitskommission vor gut acht Tagen in der hübschen Aula der Cecilia-Schule am Nikolsburger Platz eröffnet wurde. Es handelt sich hier um eine Wanderausstellung, die nach dem Muster des Tuberkulose-Museums von den Genossen der furchtbaren Volkskrankheit ein Bild geben soll. Dieser Zweck wird erreicht durch Abbildungen und statistische Tafeln, durch natürliche Präparate und Röntgenbilder und am deutlichsten wohl durch eine große Anzahl Wachspräparate, die uns veranschaulichen, welche entsetzlichen Zerstörungen namentlich der Lufus und die Hauttuberkulose an menschlichen Körper anrichten. In jungen Jahren hat wohl mancher in gewissen anatomischen Museen schauernd gesehen, welches Unheil venerische Krankheiten verursachen. Ob solche Anschauungslektion irgend jemand dauernd vor Infektion geschützt hat,

wissen wir nicht; wohl aber konnte man die theoretische Möglichkeit einer derartigen Wirkung behaupten. Solches ist nun im Hinblick auf die Tuberkulose nicht angängig; denn auch der brutalste Lobredner der heutigen Ordnung bringt es wohl nicht fertig, den hunderttausend Deutschen, die jährlich dieser Volkskrankheit zum Opfer fallen, eigenes Verschulden vorzuwerfen und etwa den zur Arbeit in staubigen Schwindelkühlhöhlen verdamnten Proletariern zu bedeuten, daß sie durch Vorsicht sich hätten gesund erhalten können. So wäre der Wert der Wilmersdorfer Ausstellung denn ziemlich belanglos, wenn sie nicht auch auf die Mittel hinwiese, durch die die Krankheit geheilt und unter Umständen auch verhütet werden kann. Wir erfahren von dem hohen Wert der Heilstättenbehandlung sowohl wie auch von der Möglichkeit, durch peinliche Sauberkeit Körper und Wohnung vor Krankheitskeimen zu schützen und durch genügende Ernährung, sowie durch Vermeidung von Alkohol die Widerstandskraft des Körpers zu heben. Vor allem aber dienen verschiedene Vorträge von Fachleuten in dieser Hinsicht zur Aufklärung; besonders erwähnen wir, daß am nächsten Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, Professor Dr. Nietner über die Betätigung der Frau in der Tuberkulosebekämpfung und am selben Abend um 9 Uhr Professor Dr. Bendig über die Tuberkulose im Kindesalter sprechen werden. Es versteht sich, daß der Teil der Ausstellung, der die Heilung und Verhütung der Krankheit veranschaulicht, den sozialen Einrichtungen des Reiches ein nicht gering bemessenes Lob spendet. Wir sind die letzten, die die Bedeutung des Versicherungswertes herabmindern wollen. Doch meinen wir, daß eine städtische Behörde bei einer Gelegenheit wie der vorliegenden sich auch zur Anerkennung der Versuche bequemen könnte, die die Arbeiter selbst zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung und damit zur Bekämpfung der Volkskrankheit unternommen haben. Von den rastlosen Bestrebungen der Gewerkschaften in dieser Hinsicht, von dem sozialdemokratischen Kampfe gegen den Alkohol ist leider mit keinem Worte die Rede. Hoffentlich nicht deshalb, weil Gewerkschaften und Sozialdemokratie von den heutigen Verkern des Staates der Sozialreform ingrimmig bekämpft werden und weil nach dem Willen einer pflichtvergessenen Regierung der heilsame Einfluß der Arbeiterschaft in den Krankenkassen bis zur Wirkungslosigkeit herabgemindert werden soll. Doch was hier noch an Mängeln vorhanden ist, kann bei späterer Ausstellungen ergänzt werden, und wir möchten bei dieser Gelegenheit gleich den Wunsch aussprechen, daß der zum ersten Male von Wilmersdorf unternommene Versuch recht bald an anderen Stätten Groß-Berlins wiederholt werde. Die zahlreiche Beteiligung, die die Ausstellung und besonders die Vorträge aufweisen, spricht für die Bedeutung des Unternehmens und ist zugleich die beste Anerkennung für alle, die sich in seinem Dienste bemüht haben. Wir wiederholen, daß die Ausstellung diese ganze Woche noch täglich von 3 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends geöffnet bleibt und daß der Besuch völlig unentgeltlich ist.

Die Versorgung der Säuglingsfürsorge der Stadt Berlin mit Milch, welche auf den eigenen Gütern der Stadt gewonnen ist, ist seit einem Jahr durchgeführt und bewährt sich durchaus. Diese Milch wird nicht mehr, wie das früher üblich war, dadurch als Säuglingsnahrung geeignet gemacht, daß sie durch Sterilisation von Krankheitskeimen befreit wird. Vielmehr hat die Stadt auf dem Gute Albershof, welches in gewöhnlicher Weise ohne Verrieselung bewirtschaftet wird, eine eigene Anlage zur Gewinnung leimfreier Milch geschaffen. Die dort mit allen erdenklichen Vorsichtsmaßnahmen gewonnene Milch von 200 Kühen wird einer eigenen Behandlung unterzogen. Die menschliche Hand darf nicht mit der Milch in Berührung kommen. Diese wird nach dem Melken über mehrere Siebe und Batterfilter geleitet, tief geföhlt, dann sofort selbsttätig in sterilisierte Flaschen geföhlt, welche mit allseitig paraffinierten Pappschleiben verschlossen werden. Die Flaschen kommen in einen Kühlschrank, aus dem Kühlschrank in den Kühl-Eisenbahnwagen, in Berlin in die Kühlwagen, welche die Milch in die einzelnen, über die ganze Stadt zerstreuten, etwa 70 zum Teil bei Schuldienern oder sonstigen städtischen Angestellten befindlichen Niederlagen bringen, werden dort in einen Kühlschrank gestellt und dort den Müttern auf die Ordination des jeder der sieben Säuglingsfürsorgestellen vorgehenden Arztes hin ausgedöhnt. Es ist naturgemäß, daß eine derartige Milchgewinnung und Verteilung bis in die Hand der Mutter nicht billig sein kann. Die Nachrichten aber, welche kürzlich durch die Presse gingen, daß die Abfuhr allein 50 000 M. Kosten im Etatsjahre 1909 verursacht habe, sind aus mangelndem Verständnis des Massenabflusses der Güter entstanden. Die Abfuhr hat im vergangenen Etatsjahre, wie aus dem Massenabfluß sich ergibt, 19 400 M. gekostet.

Der Bau der Nord-Südbahn. Das statistische Nachrichtenamt schreibt: In verschiedenen Zeitungen ist die Nachricht gebracht worden, die städtische Verwaltung habe die Absicht, den Bau der Nord-Südbahn auf die lange Bank zu schieben. Diese Mitteilung ist völlig unzutreffend. Man wünscht im Gegenteil, sobald wie möglich mit dem Bau der Bahn beginnen zu können. Das kann aber erst geschehen, wenn hierzu die Genehmigung der Aufsichtsbehörde vorliegt, was bisher nicht der Fall ist.

Zu dem Selbstmord eines Soldaten des dritten Garde-Regiments, von dem wir in unserer Sonntagsnummer Notiz nahmen, berichtet heute eine Korrespondenz, daß es sich um den 22jährigen Grenadier Nießer handelt. Danach soll Nießer mit seinem Korporalschaftsführer wegen einer kleinen dienstlichen Unregelmäßigkeit eine Auseinandersetzung gehabt und der Korporalschaftsführer gedroht haben, ihn bei dem Hauptmann zu melden. Daraufhin habe Nießer, der bestraft zu werden fürchtete, in sehr aufgeregter Stimmung das Zimmer verlassen und sich nach dem dritten Stadtwerk begeben. Dort sprang er, ohne daß ihn jemand hindern konnte, aus dem Fenster auf den gepflasterten Hof hinab, wo er mit zerstückelten Gliedern und schweren inneren Verletzungen liegen blieb. Der Grenadier wurde nach dem Garnisonlazarett übergeföhrt, wo er jedoch nach zwei Tagen verstarb. Die sofort eingeleitete Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Leichte Nebenbeschäftigung. In der „Welt am Montag“ lesen wir: „Im Lok.-Anz.“ las man vor einigen Tagen folgendes Inserat:

Leichte Nebenbeschäftigung für junge Frau oder Mädchen. „Fabrik . . .“ Königsgraben lagernd.

Eine Dame, die darauf reagierte und sich nach der Art der Nebenbeschäftigung erkundigte, erhielt dann folgende Zuschrift:

Berlin C. 25, den 12. Januar 1911.

Frau . . . Da ich unverheiratet bin, suche ich auf diesem Wege eine Dame, die sich damit einverstanden erklärt, daß an ihr Artikel auf ihre praktische Verwendbarkeit hin angepaßt und probiert werden. Es handelt sich um Artikel, die für Damen bestimmt sind und wäre es nichts für eine zu präde Dame, da es natürlich dabei etwas frei zugehen muß.

Da es sich um eine außergewöhnliche Sache handelt, ist die Bezahlung auch etwa zehnmal so groß, als sonst für die aufgewendete Zeit — Derartige Proben würden jede Woche etwa zweimal erforderlich sein, könnten zu jeder Ihnen genehmen Zeit in Ihrer Wohnung, sonst allerdings erst des Abends in der Fabrik vorgenommen werden und zwar in vollkommen diskreter Weise.

Ich werde gern von Ihnen hören, ob Sie der Angelegenheit näher zu treten beabsichtigen, welche Zeit Ihnen eventl. paßt und außerdem Angabe des Alters. — Damen über 30 würden nicht in Frage kommen.

Ich versichere Sie meiner vollkommensten Hochachtung und erbitte Ihre gest. Antwort postlagernd an

„Fabrik . . .“ Postamt Königsgraben lagernd.

Als auf diese Offerte hin, um bei dem Herrn „Fabrikdirektor“ auf den Tisch zu klopfen, ein weiterer harmloser Brief an ihn erging, zog er es vor, nicht mehr zu reagieren. So daß man leider nichts Näheres über die „Fabrikation“ erfahren konnte. Vielleicht kennt jemand in unserem Leserkreise die „Fabrik“ des auf solchen noch nicht ganz gewöhnlichen Wege Anschluß suchenden Herrn. Es wäre interessant genug, den Betrieb kennen zu lernen.

Von den beiden Millionärinnen im Irrenhause, über die wir berichteten, soll die eine, die am 19. Dezember polizeilich internierte 73jährige Rechtsanwaltswitwe Dr. Matthias, schon in den nächsten Tagen als gesund wieder entlassen werden. Wie es jetzt heißt, sollen sich gewisse Personen an Frau Dr. M. herangemacht haben, um ihre Reigung zur Wohlthätigkeit in nicht einwandfreier Weise auszunutzen. Man habe die alte Dame, um sie dem unheimlichen Einfluß dieser allzu „liebessollen“ Pfleger zu entziehen, in Schutzhaft genommen und behördlicherseits die einseitige Unterbringung in der Maison de santé verfügt, auch erst nachher die außerhalb lebenden Verwandten ermittelte und diese von den Vorgängen in Kenntnis gesetzt. Wegen die „guten Freunde“ soll auf Antrag der Schöneberger Kriminalpolizei ein Untersuchungsverfahren bei der zuständigen Staatsanwaltschaft eingeleitet sein.

Wenn diese der „Voss. Ztg.“ entnommene Meldung, die anscheinend aus Schöneberger Polizeiquelle stammt, richtig ist, so würde sie das Vorliegen eines polizeilichen Mißgriffs bestätigen. Da die alte Dame sich schon jetzt, nach nur vier Wochen, so weit erholt hat, daß ihre Entlassung aus der Anstaltspflege bevorsteht, konnte von der geisteskranken und von der unbedingten Notwendigkeit der Unterbringung im Irrenhause wohl schwerlich die Rede sein. Die Polizei hätte richtiger gehandelt, die Verpflegung in einem Sanatorium ohne Irrenhauscharakter zu veranlassen. Wäre Frau Dr. M. arm, so hätte sie wahrscheinlich nicht Aufnahme in einer Privatirrenanstalt gefunden.

Zusammenstoß zwischen Automobil und Straßenbahn.

Einen traurigen Abschluß fand Sonntagmittag eine Automobilfahrt, die der Kaufmann Artur Grünthal, Tempelhofer Ufer 4 wohnhaft, mit der Familie des Kaufmanns Otto Stern aus der Dahlmannstr. 13 zu Charlottenburg und dem Rechtsanwalt Vorn aus der Friedrichstr. 13 unternahm. Als das Automobil durch die Baumshuldenstraße in Treptow fuhr, stieß es an der Kreuzung der Neuen Krugallee mit einem elektrischen Straßenbahnwagen der Ostbahn zusammen. Der Anprall war so gewaltig, daß die Insassen herausgeschleudert wurden. Vier von ihnen trugen so schwere Verletzungen davon, daß sie mit Krankenwagen in Krankenhäuser geschafft werden mußten. Der Besitzer des Automobils, Kaufmann Artur Grünthal, der Chauffeur und ein junges Fräulein Hedwig Weingarten aus Kassel erlitten nur leichte Wunden und konnten sich nach ihren Wohnungen begeben. Schwerverletzt sind: Rechtsanwalt Vorn, Kaufmann Otto Stern, dessen Ehefrau und die 17jährige Nichte Gertrud Stern. Herr Stern, der einen Schädelbruch erlitten hat, wurde nach dem Krankenhause in Ober-Schöneweide gebracht, wo er in der Nacht gestorben ist, während seine Frau mit anscheinend schweren inneren Verletzungen im Krankenhause Verthams Aufnahme fand. Rechtsanwalt Vorn wurde im Briker Krankenhause aufgenommen; er hat anscheinend eine schwere Gehirnverletzung davongetragen. Fräulein Gertrud Stern hat einen Armbruch erlitten und wurde nach der Charité transportiert. Da sich ihr Zustand im Laufe des nachmittags besserte, wurde sie am Abend einweilen wieder nach der Wohnung entlassen. Herr Grünthal befindet sich in seiner Wohnung in Behandlung. Das Automobil wurde stark beschädigt. Die Schuldfrage ist noch nicht aufgeklärt.

Von einem Augenzeugen wird uns berichtet: Als gegen 12 Uhr vormittags das von sieben Personen besetzte im rasenden Tempo gefahrene Automobil gegen die elektrische Bahn stieß, flog das Auto trotz seiner 30 Zentner Gewicht wie ein Summball durch die Luft, überschlug sich und bedeckte noch zum Teil die Insassen, welche wie Bündel auf der Landstraße zerstreut lagen.

Das furchtbare Schauspiel spielte sich in wenigen Sekunden ab. Zum Glück für die Verunglückten war der die Kreuzung Neue Krugallee nach Treptow fahrende elektrische Wagen von Besuchern der Protestversammlung stark besetzt. Wie auf Befehl stürzten die Genossen nach der Unfallstelle und stellten den schweren Wagen wieder auf die Räder. Eine Genossin und mehrere Genossen widelten sofort die eine Dame aus ihren Luchern und Kleidern heraus und gaben den anderen Verunglückten eine vernünftige Lage.

Hervorheben möchte ich, daß Gemeindebeamten (Wendarmerte) in dieser Zeit nicht zur Stelle waren. Die Staatsbeamten befanden sich dort, wo die „Revolution ausbrechen sollte“.

Das nächste, was einer unferer Genossen tat, war, daß er ein Privatautomobil anhielt, die Herren bat, auszustiegen und mit dem Chauffeur die Baumshuldenweg Arzt Dr. Schmidt und Dr. Wildt nach der Unfallstelle holte. Einer der Herren konnte sofort mitgebracht werden, der andere Herr, welcher nicht zu Hause war, kam etwas später. Als der letzte Verunglückte nach dem Lokal geschafft werden sollte, erschien die freiwillige Sanitätskolonne Baumshuldenweg und der erste Krankenwagen. Die Rettungsmannschaften hatten jetzt nur noch die Verunglückten zu verladen.

Natürlich zeigten der Treptower und der später eintreffende Krankenwagen nicht aus, die Verunglückten zu transportieren und mußten wir im Einverständnis des Herrn Dr. Schmidt die Elektrische umlegen lassen, um einen Verunglückten fortzuschaffen.

Allgemein fiel es auf, daß die bis an die Zähne bewaffnete Wendarmerte, welche von ihrem Standort am Karpfenteich weggeholt worden war, nicht soviel Herr der Situation war, daß sie die Kinder, welche stark vertreten waren, von der Unglücksstelle wies.

Große Blutlachen bezeichnen die Unfallstelle, aus denen die Autoruine hervorrage.

Das Unglück hat gezeigt, wie notwendig es ist, daß die große Ortschaft Baumshuldenweg-Treptow eine ständige Rettungswache, Unfallstation, bekommen muß. War es doch der reine Zufall, daß im Augenblick des Unglücks gegen 50 Arbeiterfäuste zur Rettung bereit waren.

Dem unglücklichen Automobilbesitzer Herrn Grünthal möchte ich als Fachmann den guten Rat geben, einen 24/30 PS.-Wagen in belebten Gegenden nicht mit aller Kraft laufen zu lassen, und erst recht nicht in stillen Gegenden, da dort bei einem Unglück gar nicht auf Hilfe zu rechnen ist.

Professor Kernst soll Stadtverordneter werden; er ist in einer liberalen Wählerversammlung an Stelle des verstorbenen Stadtverordneten Seegar als Kandidat aufgestellt worden.

Ein langgesuchter Messerheld ist jetzt dingfest gemacht worden. Die Polizei hat einen 28 Jahre alten Maler Richard Bennenwig vorgestern bei einer Schlägerei verhaftet; in seinem Besitz fand man u. a. auch ein spitzes Messer. Drei Fälle, in denen Straßenmädchen im Juli 1909 durch Messerstücke in den Unterleib sehr schwer verletzt wurden, sind dem Bennenwig nachgewiesen. Dagegen steht es noch nicht fest, ob B. auch die im Februar 1909 erfolgten Attentate auf Mädchen und Frauen an der Darschauer Brücke und im Schlesiens Busch verübt hat.

Erster Aufstieg des Siemens-Ballons.

Schon seit 14 Tagen war das Luftschiff der Siemens-Schuldt-Werke bereit, eine Luftfahrt zu unternehmen. Aber seine Führer waren wegen der schlechten Witterung immer wieder gezwungen, davon Abstand zu nehmen. Gestern endlich legte sich der Wind, der Himmel klarte sich auf und unter allgemeiner Spannung wurde der 120 Meter lange Niesensack des Ballons aus der drehbaren Hölle gezogen. Gehalten von zahlreichen Gutsarbeitern aus der Umgebung von Viërdorf wurde das Luftschiff, welches im ganzen sechs Propeller aus Chromnickelstahl besitzt, auf eine 200 Meter entfernte Wiese transportiert. Hauptmann v. Krogh bestieg mit einigen Ingenieuren die mittlere Führergondel, während in den beiden Nebengondeln das übrige Personal Platz nahm. Auf das Kommando aus der Führergondel wurden zwei der vier feilich befindlichen dreiflügeligen Propeller in Tätigkeit gesetzt und langsam erhob sich der Koloss vom Erdboden, seine erste Freifahrt begleitend. Der Wind wehte in einer Stärke von 5 Sekundenmeter. Trotzdem gehoberte das Luftschiff mit spielender Leichtigkeit dem Willen seiner Bediener. In etwa 300 Meter Höhe führte es die verwickeltesten Evolutionen aus. Höhen- und Seitensteuerung, alles klappte. Für stärkere Winde besitzt das Luftfahrzeug vorn in der Längsachse noch einen ganz großen, vierflügeligen Propeller. Auch dieser trat probeweise in Funktion. Nachdem das Luftschiff ungefähr eine Stunde lang die verschiedensten Bewegungen ausgeführt hatte, wobei es eine Stundengeschwindigkeit von etwa 50 Kilometer entwickelte, kehrte es langsam nach seinem Aufstiegsort zurück. Nun wurde die Landungsvorrichtung erprobt. Zu diesem Zweck befand sich an dem hinteren Ende des Luftschiffes ebenfalls in der Längsachse ein großer vierflügeliger Propeller. Seine Stellung ist so eingerichtet, daß er durch seine Bewegungen das Luftschiff nach unten drückt. Diese Einrichtung bewährte sich ganz vorzüglich, denn die Landung ging glatt von statten.

Das Luftschiff wird demnächst einige Verbesserungen an den Gondeln erhalten und im Frühjahr regelmäßige und größere Fahrten ausführen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Die Angst vor der Wahrheit. Mit diesem Thema hatten die deutschnationalen Handlungsgesellen eine Versammlung zum Freitag, den 20. d. M. einberufen. Als Referent trat ein antisemitischer Agitator Namens Thomas auf. Nachdem derselbe seinen Vortrag — der aus einem wüsten Geschimpfe gegen den Zentralverband der Handlungsgesellen und Gehilfen in Deutschland sowie aus einem Sammelsurium von Verdächtigungen der Sozialdemokratie bestand, beendet hatte, nahm in der Diskussion Genosse L. o. das Wort, um die Ausführungen des Antisemiten Punkt für Punkt unter dem Beifall der übergroßen Mehrheit der Versammlung zu zerpfücken. Nach diesen Ausführungen versuchten es die Herren mit einer Fälschung der Rednerliste. Anstatt unserem Genossen Heinrich — der an nächster Stelle gemeldet war — erteilte die antisemitische Verhandlungsleitung dem Stadtverordneten von Gnaden des Wahlkreises rauhes Maß das Wort.

Natürlich beantwortete die übergroße Mehrheit der Versammlung dieses Vorgehen der Leitung, indem sie sich anschickte, den Saal zu verlassen.

Jetzt haben die antisemitischen Führer unserer Genossen Udo, doch im Saale zu bleiben — nachdem man ihn einen Augenblick vorher hinausgewiesen hatte. Auch erklärte man nun unseren Redner zuerst zum Wort kommen zu lassen.

Damit gaben die Herren die Fälschung der Rednerliste unumwunden zu.

Die Mehrheit der Versammlung hatte natürlich keine Lust, durch die „Gnade“ der fälschenden Versammlungsleitung weiter im Saale zu bleiben und ganz besonders konnte man nicht verlangen, daß irgend jemand noch Vertrauen zu einer Leitung haben kann, die eben eine plumpe Fälschung versucht hatte. So blieben denn nur die ganz Getreuen zurück, denen die Antisemiten dann ihre „lautere Wahrheit“ künden durften.

Für den Zentralverband der Handlungsgesellen hat diese „deutschnationalen Versammlung“ zweifellos einen guten Erfolg gehabt.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir darauf hinweisen, daß der Zentralverband zu heute Dienstag, den 24. d. Mts., abends 8 Uhr, ins „Deutsche Wirtshaus“, Bergstraße 136/37, eine öffentliche Versammlung einberufen hat.

Genosse Reichstagsabgeordneter Stöckel spricht über das Thema: „Die Segner der Liste B. I.“ Wir bitten unsere Genossen, auch für diese Versammlung zu agitieren und alle Interessenten zum Besuche zu veranlassen. Ein Zwangsentree von 20 Pf. — wie bei den Antisemiten — wird nicht erhoben.

Unsere Abonnenten geben wir bekannt, daß wir am gestrigen Montag in der Siegfriedstraße 28/29 eine zweite Ausgabe der Zeitschrift „Die Segner der Liste B. I.“ herausgegeben haben. Der Verlagsbezirk umfaßt den Teil südlich der Steinweg-, Thomaskirch-, Richardplatz und Reichstraße. Wir bitten, alle Umschreibungen, Mittelungen und Inserate von jetzt ab dorthin zu richten.

Ein Straßendiebstahl bei dem eine Person verletzt wurde, ereignete sich gestern mittag um 1 Uhr vor dem Hause Hermannstraße 74. Der Kaufmann Willi Krüdt, Barthstr. 67 wohnhaft, verfuhr vor dem herannahenden Motorwagen 1815 das Gleis zu überschreiten, wurde jedoch umgerissen und geriet unter den Schuttrahmen. Mittels mitgeführter Winden wurde der Wagen angehoben

und der junge Mann, der eine Gehirnerschütterung sowie Hautabschürfungen im Gesicht und an den Händen erlitten hatte, nach der nächsten Unfallstation und von dort in seine Wohnung gebracht.

Schöneberg.

Ein braunlebernes Portemonnaie mit 20 M. Inhalt hat am Sonnabendabend die Frau eines Arbeiters auf dem Wege von der Kolonnen- bis zur Mozartstraße verloren. Da dies Geld der Wochenverdienst und zum Lebensunterhalt bestimmt war, so trifft die Verliererin den Verlust um so schwerer. Der ehrliche Finder wird gebeten, den Fund bei Schneider, Goltzstr. 14, abzugeben.

Treptow-Baumshuldenweg.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gab der Vorsitzende Genosse Freigang den Halbjahresbericht. Er konstatierte ein erfreuliches Vorwärtsschreiten der Bewegung in beiden Ortsteilen. Vorstand und Funktionäre haben in ihrer Tätigkeit leider nicht immer die gewünschte Unterstützung der Mitglieder gefunden. Im kommenden Halbjahre mühten sich alle Genossen zur Pflicht machen, bei allen Parteiarbeiten auf dem Posten zu sein. Nur dann sei es den Funktionären möglich, die gewaltige Arbeit, welche die kommende Reichstagswahl bringt, so zu erledigen, wie es im Parteinteresse notwendig ist. An Mitglieder hatte der Wahlverein am 1. Juli 1910 948, am 31. Dezember 1910 1060; davon sind 881 männliche und 179 weibliche Mitglieder. Für den Ortsteil Treptow ist eine neue Bibliothek errichtet worden, die sich im Jugendheim bei Blaschke, Riefholzstr. 6, befindet. Die Bibliothek des Ortsteils Baumshuldenweg ist erweitert und befindet sich im Jugendheim, Ernststr. 20, Hof part. Durch die Beschaffung der Jugendheime ist den jungen Leuten ein Sammelpunkt gegeben worden. Die „Vorwärts“-Expeditionen haben auch ein günstiges Resultat zu verzeichnen. So war der Abonnementstand in Treptow im Juli 1910 1284, am 31. Dezember 1910 1381. Die Expedition in Baumshuldenweg hatte im Juli 669, im Dezember 666 Abonnenten.

Der Besuch der Jahrsabende war 83 Proz. bis 45 Proz. Auch die Frauenlesende, speziell im Ortsteil Baumshuldenweg, konnten sich eines immer reger werdenden Besuches erfreuen. In sechs Mitglieder- und drei öffentlichen Versammlungen wurde zu den aktuellen Fragen Stellung genommen. Auch hier hat sich gezeigt, daß nur die Sozialdemokratie fähig ist, Massenaktionen zu veranstalten und die Bürgerschaft auf die Beine zu bringen. Hier- aus gab Genosse Reichstagsabgeordneter den Massenbericht. Es war am 1. Juli 1910 ein Bestand von 275,34 M. Die Einnahmen beliefen sich auf 2213,51 M., die Ausgaben auf 789,58 M. In den Kreis wurden abgeführt im ersten Quartal 928 M., im zweiten Quartal 615,50 M., in Summa also 1543,50 M. Den Bericht der Lokalkommission gab Genosse Reichstagsabgeordneter. Eine Diskussion über den Bericht fand nicht statt.

Ein Antrag zur Kreisgeneralversammlung auf Einführung der Urabstimmung im Kreise bei wichtigen Statutenänderungen wurde, nachdem Genosse Glente denselben begründet hatte, mit allen gegen eine Stimme angenommen. Als Leiterin der Frauenbewegung in Treptow wurde Genossin Kröll gewählt, als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung die Genossen Freigang, Reichstagsabgeordneter, Glente und Nagel, als Delegierte für Groß-Berlin die Genossen Daad, Schlette, Spielhagen und Fischer. Genosse Freigang gab noch bekannt, daß am Sonntag, den 29. d. M., im Lokal Konordia eine gemütliche Zusammenkunft aller Genossinnen und Genossen stattfindet.

Ober- und Nieder-Schöneweide.

Für beide Orte besteht seit Jahren in Ober-Schöneweide, Klarastraße 2, portierte, ein Jugendheim. Um für den Umbau und regen Besuch desselben Propaganda zu machen, findet heute Dienstag, den 24. Januar, im „Wilhelmshof“ eine Versammlung statt, in der der Reichstagsabgeordnete Herr Eichhorn über: „Die bürgerliche und die proletarische Jugendbewegung“ referieren wird.

Es wird erwartet, daß jeder, dem das Wohl unserer Jugend am Herzen liegt, für den Besuch dieser Versammlung rege agitiert.

Insbondere machen wir die Genossen aufmerksam, daß sie ihre Söhne und Töchter, soweit dieselben in Frage kommen, auf diese Versammlung hinweisen.

Röpenitz.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung kam zunächst der in der vorigen Sitzung einem Ausschuss zur Vorberatung überwiesene Antrag des Magistrats, die Mädchen-Mittelschule in eine höhere Mädchenschule umzuwandeln, zur Beratung. Der Berichterstatter, Stadtverordneter Rogge, empfahl namens des Ausschusses, die Vorlage anzunehmen. Begründend hob er hervor, daß nach der mit dem 1. April in Kraft tretenden Mädchenschulreform die Mädchen-Mittelschule mit dem jetzigen Schulplan nicht mehr zulässig wäre, da künftig nicht mehr zwei fremde Sprachen gelehrt werden dürfen. Gleichzeitig spreche der Ausschuss den Wunsch aus, daß der Magistrat auch bei den Mädchen-Gemeinschaftsschulen die Erziehung von Selekten ins Auge fassen möge. Auch unsere Genossen stimmten der Vorlage zu, da sie der Meinung waren, daß die Mittelschulen überhaupt keine Berechtigung haben. Auch ersuchten sie den Magistrat, energische Schritte bei der Aufsichtsbehörde zu unternehmen, um endlich die Genehmigung zur Errichtung von Selekten an unseren Volksschulen zu erhalten. Die Vorlage wurde angenommen. Die Umwandlung erstreckt sich zunächst auf die untere und Mittelstufe; das Schulgeld beträgt für die erstere 76 M. für hiesige und 100 M. für auswärtige Kinder, und für die Mittelstufe 100 resp. 120 M. — Dem Verträge über Elektrizitätslieferung für die Berliner Wasserwerke am Müggelsee wurde zugestimmt. Des weiteren wurden die Etats der kaufmännischen Fortbildungsschule mit 2438 M. und der gewerblichen Fortbildungsschule mit 15128 M. in Einnahme und Ausgabe angenommen, während der Etat der Hilfsschule mit 4491 M. in Einnahme und Ausgabe, und auch die Regelung der Anstellungsverhältnisse der städtischen Betriebsleiter dem verstärkten Staatsausschuss zur Vorberatung überwiesen wurden. Nachzutragen ist noch, daß unsere Genossen außer in der Schulkommission und dem Kuratorium der höheren Knabenschule in allen Kommissionen vertreten sind.

Vogelagen-Rummelsburg.

Ueber die politische Lage referierte in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Reichstagsabgeordneter Emil Eichhorn. Bei der Wahl zur Bezirksleitung wurden die Genossen Fritz Berger zum Bezirksleiter, Gabel und Glabis zu Schriftführern gewählt. Wible wurde zum Beisitzer für den Kreis gewählt. In der Delegationen zur Kreis- und Verbandsgeneralversammlung wählte die Versammlung die Genossinnen Kräuslein, Johanna Schulze und Frau Hüter, sowie die Genossen Bremer, Rastberg, Müdersdorf, Karl Bartel, B. Fiedler, W. Franke, Otto John, Lorenz, A. Ottmann, M. Ring, Georg Schulze, Otto Stein, Welter und Wible. Der Antrag auf Ausschluß des Mitgliedes Wenger konnte nicht vollzogen werden, da derselbe einige Tage vorher seinen Austritt erklärt hatte. Die Versammlung trat in ihrer

überwiegenden Mehrheit der Ansicht der Bezirksleitung bei, daß sonst der Ausschluß hätte erfolgen müssen.

Von einem Schlächterwagen überfahren und schwer verletzt wurde am gestrigen Montag, mittags um 12 Uhr, die 24jährige Frau Luise Schwämmmer, Friedrich-Karl-Str. 31 wohnhaft. Die junge Frau, die auf der Vogelhager Chaussee spazieren ging, wurde von dem Wagnern des in röhrender Fahrt herannahenden Schlächtermeisters Robert Reibel, Eibenaerstr. 15 wohnhaft, angefahren und so unglücklich zu Boden gerissen, daß die Räder des Gefährts ihr über die Brust und Arme hinweggingen. In schwerer Verletzung wurde die junge Frau, die eine starke Brustquetschung und Brüche an beiden Armen davongetragen hatte, nach dem Rummelsburger Krankenhaus übergeführt.

Bankow.

Die Generalversammlung des Wahlvereins nahm nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag des Gen. Krüll den Halbjahresbericht der Bezirksleitung entgegen. Aus demselben ist bemerkenswert, daß die Mitgliederzahl sich bedeutend vergrößert hat. Während dieselbe im vorigen Halbjahr kaum 500 betrug, sind jetzt 745 zahlende Mitglieder vorhanden. Trotzdem läßt der Besuch der Mitgliederversammlungen viel zu wünschen übrig, so daß die Bezirksleitung empfahl, die Mitgliederversammlungen ganz fallen zu lassen und dafür nach Bedarf öffentliche Versammlungen einzuberufen. Der Vorschlag fand auch Annahme. Zur besseren Information der Mitglieder sollen die Jahresberichte der Bezirksleitung den Mitgliedern in Zukunft gedruckt vorgelegt werden. Der Massenbericht ergibt einen Bestand von 248 M. Der Kassierer, Genosse Lorenz, legte über unpünktliche Abrechnung mit Willettis von Vergnügen. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, die säumigen Zahler in Zukunft zu veröffentlichen. Die Agitation auf dem Lande macht bedeutende Fortschritte. Dadurch, daß es gelungen ist, freie Lokale zu schaffen, konnten ganz imposante Versammlungen veranstaltet werden. Es wurde hierbei auch auf die nötige Beachtung der Lokalliste hingewiesen. Ferner wird eine neue Einteilung der Landbezirke geplant. In die Jugendkommission wurde an Stelle des Genossen Schindler Genosse Gerhardt gewählt. Der Antrag, dem Stellvertreter der Gruppenführer in der Funktionärsversammlung Sitz und Stimme einzuräumen, wurde nach lebhafter Debatte abgelehnt, dagegen der Antrag auf Herausgabe eines Montagsblattes während der Wahlzeit angenommen. Wegen Streikbruchs soll gegen Genossen Ulrich ein Ausschlußverfahren eingeleitet werden. Nach einem kurzen Rückblick, den Genosse Brüll über die Tätigkeit unserer Gemeindevertretertraktion gab, brachte er die Hoffnung zum Ausdruck, daß wir die verlorenen Sitze im nächsten Jahre bei den Neuwahlen wieder zurückerobern werden. Unter Verschiedenes machte der Vorsitzende bekannt, daß am 5. März eine Uramia-Vorstellung stattfindet. Zum Schluß ersuchte er die Genossen, daß fortan jeder seine Schuldigkeit als Parteigenosse tun möge.

Lichtenrade.

Mit den kommunalen Verhältnissen in der hiesigen Gemeinde beschäftigte sich im Wirtshaus Lichtenrade eine stark besuchte Volksversammlung. Der Referent, Genosse Croger, betonte treffend, daß die Reaktionäre und ihre Presse wohl längst über Korruption gegetert hätten, wenn auch nur amäbend ähnliche Zustände in einer von Sozialdemokraten beherrschten Gemeinde plattgegriffen hätten, wie am Ort. Um so sonderbarer sei das Verhalten der Aufsichtsgenossen gegenüber den Maßnahmen des Gemeindevorstandes und der Vertretung, wenn sie u. a. zugelassen haben, daß Gemeindevertreter-sitzungen seit Jahren in Wirtshäusern stattfinden konnten, oder daß der Gemeindevorsteher Gelände ohne öffentliche Ausschreibung verpachten konnte. Einen eloquenten Beweis für die Unfähigkeit der Gemeindeverwaltung liefert aber der letzte Etat, welcher in Wirklichkeit circa 60 Proz. höher ist als er im Voranschlag angesetzt war. So machte sich u. a. beim Bau eines Feuerwehrgeschäftes, welches mit 42 000 M. veranschlagt war, allein eine Nachforderung von 30 000 M. erforderlich. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag sowie den Ausführungen des Gemeindevorstandes Gen. Wöple wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige aus allen Kreisen der Einwohner und Gemeindevorsteher besuchte öffentliche Versammlung von Lichtenrade verurteilt das ungeschickte und eigenmächtige Vorgehen des Gemeindevorstandes auf das allerhöchste. Die Versammlung kann zu dem Gemeindevorstand in keiner Weise Vertrauen haben und verpflichtet sich, mit aller Energie für schnelle Abhilfe des vorhandenen Mißstandes zu sorgen. Dagegen geloben die Versammelten, bei den nächsten Wahlen zur Gemeindevertretung nur solche Vertreter zu wählen, die in diesem Sinne zu arbeiten gewillt sind.“

Vernau.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. In der vorausgegangenen Vorbesprechung über die Befegung des Vorstandes, hatten unsere Genossen in der dritten Abteilung eine kühnliche Erklärung verlangt, wonach ihnen als Vertreter der dritten Abteilung ein Platz im Vorstand eingeräumt werden sollte. Da diese Erklärung nicht gegeben wurde, verließen sie demonstrativ die Vorbesprechung. Bei der in der Stadtverordnetenversammlung erfolgten Vorstandswahl erhielt A. Bernick 15 Stimmen als Vorsteher, 6 Stimmen entfielen auf unsere Genossen. Zwei unserer Genossen waren wegen Krankheit verhindert, an der Sitzung teilzunehmen. Zum stellvertretenden Vorsteher wurde Schmeißel mit 14 Stimmen gewählt; für Genossen Helbig wurden 6 Stimmen abgegeben, während eine Stimme auf den Stadtverordneten Holz und ein weißer Fettel abgegeben wurde. Die Wahl des Schriftführers ergab für den Stadtverordneten Grün 18 und für Genossen Helbig 9 Stimmen. Der vereidete Protokollführer wurde einstimmig wiedergewählt. In die Etats- und Rechnungskommission wurden die Genossen Wünsche und Helbig wiedergewählt. Ein Antrag des Stadtverordneten Dr. Wieners zwecks Gründung einer höheren Knaben- und Mädchenschule an Stelle der in Vernau bestehenden Privatschulen, zeitigte die Wahl einer dreigliedrigen Kommission, bestehend aus den Stadtverordneten Wilmann, Dr. Wieners und dem Genossen Krüger. Der Magistrat gab in einer Vorlage der Versammlung bekannt, daß er dem Antrage des Genossen Helbig betreffend die Beigabe schriftlicher Begründungen an die einzelnen Stadtverordneten für die Magistratsvorlagen entsprechen werde, sofern er es für die einzelnen Vorlagen als erforderlich erachtet.

Die Auslegung der Gemeindevorstandslisten.

Mariendorf. Die Listen liegen bis zum 30. Januar im Gemeindebureau aus. Außerdem kann sich in den einzelnen Bezirkslokalen, im Hagenrengelstraße von Reichardt, Kurfürststraße, jeder, der zum Einreiben selbst keine Zeit hat, eintragen; es wird dann für ihn Eintrag genommen.

Rosowes. Die Gemeindevorstandsliste liegt nur noch bis zum 30. Januar im Gemeindebureau und außerdem auch beim Genossen Grün zur Einsicht aus. Für diejenigen Genossen, welche keine Zeit haben, übernimmt auch der Genosse Gornoll, Großbeerstr. 60, die Einsichtnahme.

